

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

FD 15 Politische Wissenschaft
(Otto-Suhr-Institut)

10. JAN. 1974

Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

D 21 395 E 12

Frankfurt, Dezember 1973

Einzelpreis 1,75 DM

XIII. Jahrgang

Wie in jeder Lohnrunde üblich, so haben auch dieses Mal Konzernherren und Bundesregierung ein gemeinsames Komplott geschmiedet. Es richtet sich gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Einkommensverbesserungen verlangen. Dabei sind deren Forderungen wirklich maßvoll, wenn man die enormen Preissteigerungen der letzten Monate, den aus vorangegangenen Lohnrunden resultierenden Nachholbedarf sowie die auf Grund der verstärkten Arbeitshetze gestiegenen Leistungen einerseits und die gewachsenen Unternehmerprofite andererseits berücksichtigt.

Als Vorwand wird die sogenannte Ölkrise hochgespielt, um gegen die Lohn- und Gehaltsforderungen Sturm zu laufen. Einkommensverbesserungen von über 10 Prozent, so tönt es gleichermaßen lautstark aus Unternehmerkreisen als auch aus dem Munde von Bundeskanzler Brandt, gefährden die Wirtschaft. Mit einer Hysterie ohnegleichen wird das Gespenst von Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit heraufbeschworen. Und zur Untermalung all dessen für die Autofahrer ein Sonntagsfahrverbot verhängt und die Bevölkerung tagtäglich zum Energieeinsparen aufgerufen.

Komplott gegen Lohnforderungen

Und wie nicht anders zu erwarten war, stimmen die CDU und die CSU lautstark in diesen Chor mit ein. Strauß erklärt sich sogar bereit, den „Retter des Vaterlandes“ zu spielen und „Mitverantwortung“ zu tragen. Indessen nutzen die Konzernherren, allen voran die im Mineralölbereich, fleißig die Gelegenheit, die Preise weiter in die Höhe zu treiben und sich die Taschen vollzuschneffeln. Daß bei diesem Coup nie-

mand abseits stehen möchte, versteht sich in Unternehmerkreisen. So steigen die Preise munter weiter, nicht nur für Benzin und Heizöl. Für alles muß die sogenannte Ölkrise herhalten, obwohl bis heute noch kein Tropfen Rohöl weniger durch bundesrepublikanische Pipelines geflossen ist. Man verfährt nach dem Goebbelschen Rezept, der „kleine“ Mann wird es schon glauben, wenn man es ihm nur oft genug einredet.

Eugen Loderer traf den Nagel auf den Kopf. Er erklärte, daß das ganze Geschrei nur dem einen Zweck diene, die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften zu beeinflussen. Es ist auch zu begrüßen, daß der DGB-Bundesvorstand in diesem Zusammenhang auf die fast unbegrenzte Macht der multinationalen Konzerne hinwies.

Dieser Macht der Konzerne muß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entschieden entgegengetreten werden. Die Forderung im vor nunmehr zehn Jahren verabschiedeten Grundsatzprogramm des DGB, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern, sollte für die Gewerkschaften Anlaß sein, neue Überlegungen anzustellen.

gim

Aus dem Inhalt:

Steht die Bundeswehrführung einer Reformpolitik im Wege	2
Stahltarifabschluß in NRW: Kurze Laufzeit der Verträge	4
Aktive Lohnpolitik: jetzt notwendiger denn je	6
„Ergebnisse des Streiks werden präjudizierende Wirkung haben“ – Interview mit Ernst Eisenmann	8
Disproportionen in BRD-Wirtschaft: Massenkaukraft hinkt hinterher	10
DKP: Hamburger Parteitag zeigt politische Alternativen	12
22. Parteitag der CDU: Arbeiterinteressen untergebügelt	15
PersVG: Entwurf stößt auf wachsenden Widerstand	16
Loderers „Dritter Weg“ führt nicht ans Ziel	18
Wie ist die Zukunft des Autos und der Automobilarbeiter?	20
Organisatorische Voraussetzungen für Mediengewerkschaft schaffen – Interview mit Leonhard Mahlein	23
Normale Beziehungen mit FDGB-Gewerkschaften hergestellt	24
Auch bei der 17. Rentenanpassung: Rentenniveau unter 50 Prozent	27
Größtes Wohnungsbauprogramm der DDR beschlossen	30
Reimann: „Entscheidungen ...“	31

Frohe Festtage
und ein friedliches,
gesundes und
erfolgreiches Neues Jahr
wünschen wir allen
Lesern und Freunden.

Verlag und Redaktion

Steht die Bundeswehr-Führung einer Reformpolitik im Wege?

Was ist los in der Bundeswehr? Hat deren Führung überhaupt noch etwas mit der ursprünglichen Konzeption der „inneren Führung“ der Soldaten als „Bürger in Uniform“ zu tun? Ganz offensichtlich nicht. Der „demokratische Geist“ in der Bundeswehr, von dem manche Politiker in der Vergangenheit so oft und gern geredet haben, hat sich verflüchtigt. Spätestens seit dem Militärputsch in Chile haben sich bei Gewerkschaftern und anderen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik die Zweifel an der Verfassungstreue hoher Bundeswehroffiziere verstärkt. Äußerungen von Offizieren sowie Manöverübungen gegen Arbeiter haben einen Zustand offenbart, der nach unverzüglichen Konsequenzen verlangt.

So stand z. B. die jüngste turnusmäßige Alarmübung der Raketen- und Jägerdivision der Bundeswehr in Nordhessen unter dem Manöverziel: „Angriff gegen demonstrierende Arbeiter der Henschelwerke in Kassel“. Auf der 8. Vertrauensleutkonferenz der IG Metall Ende Oktober in Travemünde charakterisierte das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Lutz Dieckerhoff, diesen bezeichnenden Vorgang als „makaber“, wenn man ihn vor dem Hintergrund der Ereignisse in Chile sehe. Bundesdeutsche Militärs hätten „in unverschämter Offenheit ihre Ziele deutlich werden lassen“.

Pfuirufe löste der Text der „Lageorientierung“ aus, die dem Kasseler Bundeswehrmanöver zugrunde lag und von Dieckerhoff wie folgt zitiert wurde:

„In Kassel haben offensichtlich organisierte Arbeitergruppen die Arbeit niedergelegt und hindern Arbeitskollegen an der Fortführung der Arbeit. Weder der Firmenleitung noch den Gewerkschaften ist es gelungen, die Wiederaufnahme der Produktion durchzusetzen. Polizeikräfte haben in der Nacht die Henschelwerke besetzt. Die Rädelführer konnten festgenommen werden. Sabotageakte sind angekündigt worden. Die Firmenleitung in Kassel wurde von der Regierung in Rot-Land aufgefordert, die Betriebsführung in die Hände der Arbeiterräte zu legen.“

Zweifelloos ein krasses Beispiel, das auf den reaktionären Geist in Teilen des Offizierskorps schließen läßt. Einen weiteren Anschauungsunterricht vermittelt der Rundbrief des Oberstleutnants Werner Witt, der Anfang November von der NPD verbreitet wurde. Witt ist NPD-Funktionär und als Angehöriger des Verteidigungskommandos Ostholstein aktiver Offizier. Quintessenz seiner Schrift: nicht Willy Brandt, sondern Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß hat den Friedensnobelpreis verdient. Die Politik der Regierungsparteien und das Verhalten der CDU erforderten die Stärkung der NPD, „um von Deutsch-

land für die Zukunft Schlimmeres abzuwenden“.

Weder die Verantwortlichen für das Manöver gegen die Henschelarbeiter noch Oberst Witt wurden von Verteidigungsminister Leber aus der Bundeswehr gefeuert, wie das notwendig ist, und wie das andererseits Unternehmer mit Gewerkschaftern machen, die sich aktiv für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen. Leber hatte kürzlich im Bundestag zu einem alarmierenden Bericht des SPD-Bundestagsabgeordneten Erwin Horn über die reaktionäre Gesinnung hoher Offiziere nichts weiter zu sagen, als daß auch ihm „an der Peripherie der Bundeswehr“ Offiziere aufgefallen seien, deren Verfassungstreue fraglich sei. Konsequenzen gibt es nicht.

Horn hatte immerhin — zu seiner Untersuchung durch den Putsch in Chile inspiriert — festgestellt, „daß es manche Leute in der Bundeswehr mit dem demokratischen Geist nicht allzu genau nehmen, daß also auch hierzulande nicht ganz undenkbar wäre, was in Santiago schon Wirklichkeit ist“ („Welt der Arbeit“, 2. 11. 73). Aber der zuständige Minister verharmlost das Ganze, so daß selbst das DGB-Organ diesem ehemaligen Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden den „weitverbreiteten Eindruck“ bescheinigt, „daß Leber mehr und mehr in das Schlepptau der Generale geraten ist“. Zweifelloos bestätigen das auch seine gerade seit Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau verstärkten Forderungen nach erhöhten Rüstungsanstrengungen.

Bekannt ist auch sogenanntes „Kasino-gerede“ unter Offizieren über die Frage, wie lange die 15. Brigade wohl brauche, um von Koblenz nach Bonn zu marschieren und da Ordnung zu schaffen. Dazu die „Welt der Arbeit“: „Solche Sprüche werden heute in den Streitkräften massenweise kolportiert, und jeder denkt sich sein Teil dabei.“

Es ist gewiß kein Zufall, daß diese verfassungsfeindliche, zum Teil schon putschistische Denkrichtung, unter Bundeswehroffizieren nach dem faschistischen Putsch in Chile verstärkt hochgekommen ist. In welche Richtung solche „Denkspiele“ zielen, offenbarte am 11. November auf dem Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein in Heiligenhafen der Bundestagsabgeordnete Brigadegeneral a. D. Beermann, als er dem Landesvorsitzenden Jochen Steffen vorwarf, daß er und seine Anhänger „den Boden hier ebenen wollen, in diesem Land und in diesem Volk, für eine sozialistische Revolution außerhalb der Verfassung“.

Ausdrücklich bezog Beermann diese Feststellung auf Steffens Forderung nach Kontrollmaßnahmen, Mitbestimmung und Strukturreformen in der Bundesrepublik. Beermann verwies in diesem Zusammenhang auf Chile. Allende sei vom Militär gestürzt worden, weil er kein verfassungstreuer Präsident gewesen sei. In der Bundeswehr, sagte General Beermann unter Bezug auf das weitverbreitete Verlangen nach demokratischen Reformen weiter, werde jede politische Bewegung, die die Verfassung der BRD nicht mehr ernst nehme, als Gegner empfunden.

Das sagt ein General, der schon 1947 der SPD beitrug. Und er qualifizierte Reform- und Mitbestimmungsforderungen als gegen die Verfassung gerichtet. Wie reaktionär muß erst die Mehrheit der Generale und Obersten sein, die sich bei CDU/CSU und NPD organisiert haben bzw. in diesen Parteien ihre politische Vertretung sehen!

Wenn in diesen Tagen der langjährige Kanzler-Anbeter Günter Grass bitter beklagte, Brandt tue nichts, um versprochene Reformen in Gang zu setzen, so bestätigt das einmal mehr, wie sehr auch die SPD-Führung in die auf Systemerhaltung gerichteten Interessen der Konzerne und Monopole eingebunden ist und daß 1969 zwar ein Regierungswechsel, aber eben kein Machtwechsel stattgefunden hat. Es muß angesichts der verfassungsfeindlichen Gesinnung bei Bundeswehroffizieren aber auch gefragt werden, inwieweit sich manche sozialdemokratischen Politiker in ihren Handlungen und Unterlassungen bereits auch von putschbereiten Generalen und Obersten beeinflussen lassen.

Der faschistische Putsch in Chile und das Echo in Teilen der Bundeswehrführung sollten Anlaß genug sein, unverzüglich mit dem eisernen Besen alle jene vor die Tür der Armee zu kehren, die sonst einmal Manöver gegen Henschelarbeiter nicht nur mehr durchspielen, sondern gegen die Gewerkschaften und alle Demokraten praktizieren könnten, wenn ihnen — wie der CDU/CSU — die „ganze Richtung“ nicht mehr paßt. G. S.

Israel sabotiert Verhandlungen

Die hartnäckige Weigerung der Regierung Israels, das zwischen ihr und den Ägyptern abgeschlossene 6-Punkte-Abkommen zu verwirklichen und ihre Truppen auf die Waffenstillstandslinie vom 22. Oktober zurückzuziehen, hat die Situation am Suezkanal erneut verschärft. Während Ägypten sich streng an die Abmachungen hält, versucht die Regierung in Tel Aviv mit ihrer Obstruktionspolitik offensichtlich, die Friedensverhandlungen, die den Krieg im Nahen Osten beenden sollen, zu sabotieren.

Die israelische Regierung weiß, daß ihre Aggressionspolitik sie vor der breiten Weltöffentlichkeit ins moralische Abseits geführt hat und kaum noch bei jemand Zweifel besteht, daß der Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten, von einer großen UNO-Mehrheit von 1967 und wieder 1973 gefordert, die einzige reale Basis für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten sein kann.

Die Politik der Israelis zielt offenbar darauf hin, durch eine Verzögerung der Friedensverhandlungen das Interesse der Weltöffentlichkeit einzuschläfern, um einen militärischen Frieden, der ihren aggressiven Vorstellungen entspricht, erreichen zu können. Auf der anderen Seite aber hat der Oktober-Krieg den Israelis die Grenzen ihrer militärischen Macht deutlich werden lassen und die Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in Algerien hat die Solidarität der arabischen Länder im Kampf gegen die Aggressionsabsichten Israels unterstrichen.

Der Krieg im Nahen Osten bedeutet für die Entspannungspolitik eine direkte Gefährdung. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik haben nach Kräften mitgeholfen, eine Politik der Entspannung und des Friedens zu fördern, wie es dem Grundsatz internationaler Solidarität der arbeitenden Menschen entspricht. Darum müssen die Versuche Israels, den Friedensvertrag für Nahost zu verzögern, die Gewerkschaften beunruhigen.

Vor einiger Zeit hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem Telegramm an den israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut das Recht Israels auf gesicherte Staatsgrenzen betont und hinzugefügt, das sei aber nicht durch ständige kriegerische Auseinandersetzungen gewährleistet. Der Krieg könne weder politische Lösungen ersetzen noch sie erzwingen. Obwohl die Parteinarbeit des DGB für Israel unverkennbar ist, sind doch die Erklärungen während der gegenwärtigen Auseinandersetzungen sachlicher als noch in der Vergangen-

heit. Es wäre jedoch gut gewesen, wenn sich der Bundesvorstand des DGB in seiner Stellungnahme zum Nahostkonflikt zur UNO-Resolution bekannt hätte.

Es ist immer wieder notwendig, festzustellen, daß der Präsident Ägyptens, Sadat, wiederholt erklärt hat, Israel solle als Staat keineswegs in Frage gestellt werden, es gehe vielmehr allein um die Durchsetzung der UNO-Resolution. Ägypten war und ist auch heute auf dieser Grundlage verhandlungsbereit. Israel dagegen hat die Vernichtung der arabischen Armeen zum Kriegsziel erklärt, eine Position, die ihren Annexionsanspruch bekräftigt.

In dieser Situation unterstreichen die Initiativen der Sowjetunion und der USA um einen für die Araber wie für Israel annehmbaren Frieden, daß die Entspannungspolitik praktisch zu wirken beginnt. Ein Erfolg der beiden Großmächte bei ihrem Bemühen um den Frieden könnte sich auch positiv auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in Wien begonnen hat, und auf die Abrüstungskonferenz in Genf auswirken. sr

GLOSSE

Konzern-Dirigismus

Nun konnte die freie Marktwirtschaft vor „dirigistischen Eingriffen“ des Staates doch noch gerettet werden. Der Staat und die Unternehmer waren nämlich durch den großen Profitrückgang der Ölkonglomerate arg in Bedrängnis geraten: das Gerede von einer notwendigen Enteignung der privaten Ölhäute, die eine Notlage in schändlichen Mamon ummünzen, wurde immer bedrohlicher ...

Da endlich hatten alle Politiker, die sich hierzulande dem Profitsystem verbunden fühlen, gleichzeitig den rettenden Einfall: Heizungsgeld für sozial Schwache. Das sieht so schon nach Verantwortung gegenüber dem Volke aus und entbindet von der Notwendigkeit, gegen die Öl-Aktionäre und ihre Manager vorgehen zu müssen. Im Wohnungswesen funktioniert der mit Steuergeldern (Wohnungsgeld) erleichterte Wucher ja schließlich auch.

Aber „Dirigismus“ geht nicht — wenn er Machtmißbrauch der großen Wirtschaftsbosse zügeln soll. Doch „Dirigismus“ geht, wenn er sich — und das noch im Ruck-zuck-Verfahren — gegen simple Sonntagfahrer richtet. Wer hat hier wen in der Hand: die Regierung oder die Konzerne?

Vom Aufbau der DDR beeindruckt

Nach der Herstellung von Beziehungen zwischen den Bundesvorständen des DGB und des FDGB im Oktober 1972 und im März 1973 haben vereinbarungsgemäß drei Industriegewerkschaften und der Bundesjugendausschuß des DGB zu den entsprechenden Industriegewerkschaften bzw. dem Jugendausschuß des FDGB Beziehungen aufgenommen. Auf Initiative der entsprechenden FDGB-Gewerkschaften weilten im vergangenen Monat unter Führung ihres jeweiligen Vorsitzenden Delegationen der IG Metall, der IG Druck und Papier, der IG Chemie — Papier — Keramik sowie des Bundesjugendausschusses in der DDR.

Erstmals beschränkten sich diese offiziellen Delegationen nicht nur auf zentrale Verhandlungen und Gespräche, sondern nahmen auch die Gelegenheit wahr, Betriebe zu besichtigen und Gespräche mit Gewerkschaftern am Arbeitsplatz zu führen sowie sich an „Ort und Stelle über die Tätigkeit des FDGB in einer sozialistischen Gesellschaft zu informieren“. Die Delegation der IG Metall zeigte sich u. a. „von den Aufbauleistungen der Bevölkerung der DDR beeindruckt“ (siehe Seite 24).

Die in offener und sachlicher Atmosphäre geführten Gespräche sind ein Ausdruck dafür, daß sich die Gewerkschaften in der BRD und der DDR „im Interesse der Arbeiterbewegung für normale gleichberechtigte Beziehungen, wie sie international üblich sind, einsetzen“ (Druck und Papier).

Bei allen Gesprächen bekräftigten die Gewerkschaftsvertreter aus beiden deutschen Staaten, daß sie sich für Frieden und Entspannung, entsprechend den abgeschlossenen internationalen Verträgen, und für einen positiven Abschluß der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit einsetzen wollen. Die beiden Druck- und Papier-Gewerkschaften halten neben dem Treffen von Gewerkschaftsvertretern im Rahmen der Europäischen Regionalkonferenz der ILO im Januar 1974 „die Vorbereitung und Durchführung einer europäischen Gewerkschaftskonferenz für nützlich und erstrebenswert“.

Die vom Monopolkapital in der Bundesrepublik beherrschten Massenmedien haben die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Delegationen in der DDR weitgehend totgeschwiegen. Offensichtlich paßt ihnen die Aufnahme von normalen Beziehungen von Arbeiterorganisationen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht in ihr antikommunistisches Konzept. (Erklärungen Seite 24/25)

W. P.

Stahltarifabschluß in NRW Kurze Laufzeit der Tarifverträge

In der 7. Verhandlungsrunde der IG Metall mit den Unternehmervertretern der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie wurde am 28. November 1973 in Bochum der „Einigungsvorschlag“ der Unternehmer vom 23. November mit kleinen Korrekturen von den Mitgliedern der Großen Tarifkommission als Kompromiß gegen 22 Stimmen angenommen. Das wesentliche Ergebnis, die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11 Prozent für 10½ Monate, bedeutet kaum mehr als nur den Ausgleich der Preissteigerung und Steuerprogression. Von Verbesserung des Reallohnes kann generell nicht die Rede sein.

Im einzelnen sieht der Verhandlungskompromiß vor: Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 11 Prozent ab 1. Dezember 1973 bis 15. Oktober 1974; Auszubildende erhalten 50 DM auf die alten Entlohnungssätze; Dynamisierung von Prämien und Festlohnanteilen auf 110 Prozent des tariflichen Basis- bzw. Arbeitswertlohnes; stahltypische Zuschläge ab 1. Januar 1974.

Die Forderung der Großen Tarifkommission der IG Metall lautete dagegen 15 Prozent — nach einer hauchdünnen Abstimmung von 50:48 Stimmen. Die Mehrheitsforderung aus den Betrieben dagegen war 18 bis 20 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung bei einer Laufzeit von höchstens neun Monaten. Das von den Stahlindustriellen am 23. November unterbreitete Papier — als „Eini-

gungsvorschlag“ deklariert — trug bereits den erpresserischen Stempel der Unternehmer.

Die Operationsbasis der Stahlindustriellen bestand darin, sich mit Genugtuung hinter die neuesten Gutachten des Sachverständigenrates, der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Regierung mit ihren proklamierten Orientierungsdaten von maximal 11 Prozent zu verschanzen und dabei die Gewerkschaften auf die „Mitverantwortung regierungsamtlicher Stabilitätsprogramme“ festzulegen.

Ohne auf die für Außenstehende schwer zu verstehenden Lohnberechnungsarten der Stahlindustrie — a) Lohngruppensystem (Basislohn) und b) analytische Arbeitsbewertung (Arbeitswert-

licher Duldung wird die stabile Mark der DDR 1:4 entwertet. Auf diese Weise werden Millionen Besucher der DDR angereizt, illegal Mark der DDR einzuschmuggeln, um sich gegenüber den Bürgern der DDR Vorteile zu verschaffen und den Volkswirtschaftsplan zur Versorgung der Bevölkerung zu stören.

Doch der kalte Krieg ist nicht nur gefährlich, sondern auch teuer. Die Antwort der DDR ist deutlich und hart. Die Menschenhändler werden von der Polizei gestellt und von den Gerichten für viele Jahre ins Gefängnis gesteckt. Um den materiellen Schaden, der durch schwindelhaften Devisenschmuggel entsteht, auszugleichen, hat die DDR die Umtauschquote von DM/BRD in M/DDR bei Besuchen in die DDR erhöht. Obwohl die DM laufend an Wert verliert und die DDR-Mark stabiler wird, tauscht die DDR im Verhältnis 1:1 um.

Friedliche Koexistenz zwischen der BRD und der DDR erfordert den vollständigen Verzicht auf alle Methoden des kalten Krieges gegen die DDR.

-hn

Gegenwehr

Millionen von Bürgern der Bundesrepublik und der DDR haben seit dem Abkommen der vier Großmächte über Westberlin und dem Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR von den Erleichterungen Gebrauch gemacht, die diese Verträge bieten. Große Hoffnungen wurden an die Verträge über weitere Normalisierungen zwischen der DDR und der BRD geknüpft.

Nicht so bei den kalten Krieger, die ihre antikomunistischen und revan-chistischen Felle davonschwimmen sahen. So ist denn der Abschluß des Westberlin-Abkommens und des Grundlagenvertrages von neuen Schikanen gegen die DDR begleitet. Menschenhändlerorganisationen wurden — mit staatlicher Duldung — aktiv. Illegaler Devisenhandel gegen die DDR wird durch die Banken in der BRD wieder wie in alten Zeiten betrieben. Mit staat-

lohn) mit vorgesehener Dynamisierung — näher einzugehen, dürfte vorrangig von Interesse sein, was dabei am Ende herauspringt. Deshalb ist vor allem zu berücksichtigen, daß der Tariflohn, dessen Erhöhung es geht, etwa 30 Prozent und mehr in diesem Industriezweig unter dem Effektivlohn liegt.

Der neue Ecklohn (Facharbeiter) beträgt 6,50 DM. Gegenüber dem bisherigen Ecklohn von 5,86 DM bedeutet das ein Plus von 64 Pfennig die Stunde bzw. 11 Prozent. Der zur Zeit erzielte Bruttodurchschnitts-Stundenlohn in der Stahlindustrie, das heißt mit allen Überstunden, Zusatzschichten, Zuschlägen und Vergütungen, beträgt im Ruhrgebiet etwa 9 DM. Die ausgehandelten 11 Prozent machen bei einem durchschnittlichen Facharbeiter (je nach Bewertung und bei schon zugrundegelegter Dynamisierung) 0,76 DM die Stunde aus. Ausgehend vom Bruttostundenlohn von 9 DM beträgt die effektive Lohnerhöhung keine 11, sondern nur 8,3 Prozent. „Mutige“ Leute aber errechnen, ausgehend vom alten Ecklohn von 5,86 DM einen Erfolg von 12,8 Prozent. Die Dynamisierung bisher auf längere Zeiträume zementierter Prämien- und Festlohnanteile ist zu begrüßen, da jetzt über tarifliche Zulagen tariflich höher abgesichert sind.

Der von der IG Metall akzeptierte „Einigungsvorschlag“ der Stahlunternehmer, der bei einem Facharbeiter nach unserem Beispiel 0,76 DM die Stunde ausmacht, würde bei 173 normalen Monatsstunden rund 131 DM brutto ergeben. Wenn aber schon heute 44 Prozent des Bruttolohnzuwachses durch erhöhte Sozialabgaben und Lohnsteuerprogression aufgezehrt werden — das sind nach obigem Beispiel rund 57,60 DM monatlich — und von den verbleibenden 73,40 DM Rest noch die Preissteigerungsrate aufgebracht werden müssen, dann wäre es unbedingt nötig gewesen, die geforderten und beschlossenen 15 Prozent voll durchzusetzen. Dies vor allem bei den galoppierenden Heizöl- und Benzinpreisen, die eine weitere Preiswelle auf anderen Gebieten der Lebenshaltung auslösen werden.

Es darf nicht übersehen werden, daß beabsichtigt ist, mit dem Stahltarifabschluß in Nordrhein-Westfalen ein Signal für die kommenden Tarifabschlüsse 1973/74, vor allem in der Metallverarbeitung, zu setzen. Der Stahltarifabschluß kann jedoch kein Modellfall sein. Die Forderungen der Metallarbeiter, der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen sind — und das mit Recht — weitergehend.

Auch in der Stahlindustrie hatten die Gewerkschafter berechnete Forderungen angemeldet. Laut „Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft“, Heft 3/73, wurden im bisherigen Re-

ÖTV fordert 15 Prozent und zusätzliches Urlaubsgeld

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat am 28. November beschlossen, für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 15 Prozent sowie ein zusätzliches Urlaubsgeld von 300 DM zu fordern. Die Mindeststeigerung der Einkommen soll 185 DM betragen. Das Urlaubsgeld soll sich für jedes Kind um weitere 50 DM erhöhen. Die Vergütung für Auszubildende soll auf 600 DM monatlich für alle Ausbildungsjahre angehoben werden. Auch die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands haben sich diesen Forderungen angeschlossen.

Damit ist die Tarifrunde 1973/74 in ein neues Stadium getreten. Rückblickend läßt sich sagen, daß die Vorbereitung dieser Tarifrunde eine neue Qualität aufwies; denn mehr Mitglieder als je zuvor waren daran beteiligt. Wenn auch die Aktivitäten regional unterschiedlich stark ausgeprägt waren, so ist doch die Tendenz unverkennbar, daß die Gewerkschaftsmitglieder häufiger als früher ihre Forderungen ausführlich diskutiert haben. Immer mehr Kollegen verlangten auch, daß der Mitgliederwille die alleinige Grundlage der Entscheidung der Großen Tarifkommission sein müsse.

Ein Großteil der Forderungen aus Betrieben, Dienststellen und Gewerkschaftsgremien lag in diesem Jahr bei 18 bis 20 Prozent. So faßte zum Beispiel die ÖTV-Delegiertenkonferenz in Hannover den Beschluß, 220 DM monatlich, zusätzlich 50 DM als Teuerungsaus-

gleich für 1974, ein Urlaubsgeld in Höhe von 500 DM, zusätzlich 100 DM für den Ehegatten und 50 DM für jedes Kind, sowie eine einmalige Teuerungszulage für 1973 von 600 DM zu fordern.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zweier großer Krankenhäuser in Hamburg verlangten einen Sockelbetrag von monatlich 150 DM, 12 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung sowie 30 Prozent eines Monatseinkommens als Urlaubsgeld. Der Kreisvorstand der ÖTV Gießen beschloß eine Forderung von 325 DM monatlich, was einer 20prozentigen Erhöhung des Durchschnittsverdienstes entsprechen würde, und dazu einen Teuerungsausgleich für 1973 von 700 DM. Dem Verlangen des ÖTV-Kreisvorstandes Gießen lagen die Beschlüsse von zwei Mitgliederversammlungen und die schriftlichen Stellungnahmen aus 21 Dienststellen und Betrieben zugrunde. Ebenso wie in Hannover und in den zwei Hamburger Krankenhäusern wurde auch in Gießen eine kurze Laufzeit der Tarifverträge gefordert sowie die Absicherung der Arbeit der Vertrauensleute.

Im Bereich der Post gab es Forderungen in ähnlicher Höhe. Die Delegiertenversammlung der DPG in Hagen verlangte einen Sockelbetrag von 100 DM und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent. Die Forderungen im Bezirk Hessen lauteten: 180 DM Sockelbetrag und 8 Prozent.

Der Bezirksvorstand der ÖTV Hessen forderte in einer Entschliebung, die als Empfehlung an die hessischen Mitglieder der Großen Tarifkommission gerichtet war, 15 Prozent mehr Lohn und Gehalt, ein um 40 DM höheres Urlaubsgeld und eine einmalige Zahlung von 300 DM zur Abgeltung des Kaufkraftverlustes im Jahre 1973. „Einmütig geht die gesamte Mitgliedschaft des Bezirks davon aus“, so heißt es in dieser Entschliebung, „daß die Forderung 15 Prozent plus Urlaubsgeld, d. h. ca. 18 Prozent Gesamtvolumen — auf keinen Fall unterschreiten dürfe.“

Der Bezirksvorstand stellte weiter fest, es sei nach den bisher in der Mitgliedschaft geführten Diskussionen davon auszugehen, daß die ÖTV-Mitglieder kampfbereit seien.

Nun liegen die Forderungen der Großen Tarifkommission auf dem Tisch. Das Verlangen nach einem Teuerungsausgleich sucht man jedoch vergebens. Angeblich ist die Teuerung in den 15 Prozent enthalten. Die Rechnung geht jedoch nicht auf. Die Forderungen nach verkürzter Laufzeit und zu Absicherung der Arbeit der Vertrauensleute sind auf der Strecke geblieben.

Stellten die Forderungen der Großen Tarifkommission schon für die Situation vor einigen Wochen eine absolute Minimalforderung dar, dann um so mehr zum jetzigen Zeitpunkt, wo die Profiteure der Ökonzerne zu zusätzlichen schweren Belastungen für Arbeiter und Angestellte geführt hat.

In einem Gespräch mit Funktionären der ÖTV erklärte kürzlich der hessische ÖTV-Bezirksvorsitzende, Heinz Wolf, es kommen nach Abschluß der Tarifrunde darauf an, mit den Mitgliedern das Problem der Forderungsstruktur und insbesondere die Haltung der ÖTV zu den Forderungen nach Teuerungszulagen gründlich zu diskutieren und erneut einzuschätzen. Das scheint tatsächlich dringend notwendig zu sein. Bei Berücksichtigung der Belastungen, die in immer stärkerem Maße auf uns zukommen, könnte dies Problem schon sehr bald aktuell werden.

Sabine Eiermann

Gegen Unterdrückung in Griechenland

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert in einer Presseerklärung vom 19. November anläßlich des erneuten Militärputsches in Griechenland „die Bundesregierung und alle demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland auf, ihre Solidarität zum griechischen Volk auch mit einer effektiven Haltung gegenüber der Militärdiktatur in Griechenland zu unterstreichen“. Alle demokratischen Kräfte seien aufgefordert, die Arbeiterschaft und die Jugend Griechenlands — „die Träger dieser Freiheitsbewegung, aber auch gleichzeitig die Opfer der blutigen Ausschreitungen der Militärdiktatur“ —, zu unterstützen.

Forderungen

Die Große Tarifkommission der IG Metall für die metallverarbeitende Industrie Nordrhein-Westfalens hat die Lohn- und Gehaltsforderungen für die 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellten dieses Industriezweiges beschlossen. Neben einer Vorweganhebung von 3 Prozent verlangt die Gewerkschaft Einkommensverbesserungen um 15 Prozent. Darüber hinaus tritt sie für Korrekturen in den unteren Lohngruppen ein.

Lohn- und Gehaltserhöhungen von 17 Prozent hat die IG Metall Hessen für die rund 360 000 in der Metall- und Elektroindustrie Beschäftigten gefordert. Außerdem werden eine gestaffelte Heraufsetzung der Ausbildungsbeihilfen zwischen 120 DM im ersten und 80 DM im vierten Lehrjahr sowie die Beseitigung der Altersstaffelung für Zeitlöhner verlangt. Die IG Metall Hessen will sich auch dafür stark machen, daß der Spätschichtzuschlag von 7,5 Prozent künftig auch den Angestellten gewährt wird.

18 Prozent Einkommensverbesserungen sollen künftig die 53 000 in der Hamburger metallverarbeitenden Industrie tätigen Arbeiter und Angestellten erhalten. Dafür sprach sich kürzlich die IG-Metall-Vertreterversammlung der Hansestadt aus.

Die inzwischen mehrmals unterbrochenen Manteltarifvertrags-Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und den Arbeitgeberverbänden des Bankgewerbes sollen Mitte Dezember fortgesetzt werden. Die Gewerkschaft will für die rund 300 000 Bankangestellten neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Mehrarbeitszuschläge sowie eine Verdoppelung der Sparförderungsleistungen auf 624 DM erreichen. Außerdem soll der Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Jugendvertreter im Tarifvertrag abgesichert werden.

Daneben verlangt die Gewerkschaft HBV eine Entfristung der Gehaltstarifverträge, die regulär am 28. Februar 1974 auslaufen. Durch die enormen Preissteigerungen des letzten Jahres, so erklärt die Gewerkschaft, sind die beim letzten Tarifabschluß erzielten Einkommensverbesserungen von 8,5 Prozent schon lange aufgezehrt.

Vorgezogene Tarifverhandlungen für die über 200 000 Bergarbeiter und -angestellten der Steinkohlenreviere hat auch die IG Bergbau und Energie verlangt. Die Laufzeit der Ende Juli auslaufenden Tarifverträge soll auf den 30. April verkürzt werden.

Aktive Lohnpolitik jetzt notwendiger denn je

In schnellem Tempo nähern wir uns dem Jahresende und damit der Tatsache, daß für rund 7 Millionen Arbeiter und Angestellte die Tarife auslaufen. In zahlreichen Vertrauenskörpern und Vertreterversammlungen wurden Forderungen entwickelt und begründet, die sich zwischen 18 und 20 Prozent bewegen. Unternehmerverbände und Regierung schießen gegen diese Forderungen Dauerfeuer. In diesen Kreis hat sich nun, wie nicht anders zu erwarten, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingereiht.

Wie schon immer seit ihrer Berufung, betätigten sich die fünf Sachverständigen auch in diesem Jahr wieder als Interessenvertreter des Kapitals. Obwohl die arbeitende Bevölkerung von allen wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen ist, von der Investitionstätigkeit bis hin zu den Preisen, behaupten die „Sachverständigen“, „daß über den Ausgang der Stabilitätspolitik im Jahre 1974 die Lohnpolitik entscheiden wird“. Es wäre interessant, einmal von den Sachverständigen zu erfahren, ob etwa die Tarifpolitik der IG Chemie-Papier-Keramik die gegenwärtige Preistreiber bei den Erdölprodukten (von mehreren 100 Prozent bei leichtem Heizöl) ausgelöst hat. Die Sachverständigen setzten mit den beiden von ihnen vorgelegten Strategien Lohnleitlinien zwischen 9 und 13 Prozent. Auf derselben Linie bewegen sich die Verlautbarungen aus dem Bundeswirtschaftsministerium.

In der eisenhaltenden Industrie hat die Große Tarifkommission der IG Metall, bei einem äußerst knappen Stimmenverhältnis von 50 zu 48, lediglich 15 Prozent gefordert. Untersucht man die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung, so stellt man fest, daß für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften nicht der geringste Grund besteht, in der lohnpolitischen Auseinandersetzung kürzer zu treten.

1973 wäre eine 10,5- bis 11prozentige nominelle Lohnerhöhung erforderlich gewesen, um die Reallöhne zu sichern. Wir können davon ausgehen, daß die Preise für die Lebenshaltungskosten einer Arbeitnehmerfamilie mit mittlerem Einkommen 1973 um 7 Prozent steigen werden. Wenngleich die Preissteigerungsraten in den letzten Monaten leicht rückläufig waren, kann von einer Tendenzwende ernstlich keine Rede sein. Die Preise für gewerbliche Güter steigen nach wie vor unverändert stark. Das bedeutet, daß auch für 1974 keineswegs mit einer Verringerung der Preissteigerungsraten zu rechnen ist.

Ab 1. Januar 1973 wurden die Rentenversicherungsbeiträge um 1 Prozent erhöht, wovon der Versicherte 0,5 Pro-

zent tragen mußte. Die Krankenkassenbeiträge der AOK stiegen vom 1. 9. 1972 bis zum 1. 9. 1973 um 0,73 Prozent, so daß auch hier der einzelne Arbeiter oder Angestellte wiederum mit 0,37 Prozent seines Lohnes belastet wurde. Dazu kommt, daß die Lohnsteuerprogression einen zunehmenden Teil des Lohnes wegfrisst. Wir können davon ausgehen, daß 1 Prozent mehr Lohn die Lohnsteuer um 2 Prozent erhöht. Bei 11 Prozent mehr Lohn wären dies also 22 Prozent Lohnsteueranstieg. Da die Lohnsteuerbelastung die 13-Prozent-Marke überschritten hat, würden von dieser Lohnerhöhung zwischen 2,5 und 3 Prozent aufgezehrt.

Damit hätten die Arbeiter und Angestellten bei 10,5 bis 11 Prozent Lohnpolitik ihren sozialen Besitzstand nur gesichert und keinen Anteil — und schon gar nicht einen höheren — an dem von ihnen vergrößerten volkswirtschaftlichen Kuchen gewonnen. Daher ergibt sich, daß die Forderungen von 18 bis 20 Prozent realistisch und erfüllbar sind.

Aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes geht hervor (siehe beiliegende Informationen zur Wirtschaftsentwicklung), daß die Netto-lohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten im 1. Halbjahr 1973 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nur um 7,4 Prozent stieg und bei der enormen Preissteigerung in diesem Zeitraum allenfalls von einer Stagnation der Reallöhne gesprochen werden kann. Infolge der Stagnation der Massenkaufkraft zeigen sich Krisenerscheinungen in den konsumnahen Bereichen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie dem Wohnungsbau.

Die Gewinnsituation der Unternehmer ist, im Gegensatz zu dem Gejammer des Sachverständigenrates, nach wie vor ausgezeichnet. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Unternehmer meist mit Erfolg ver-

suchten, „ihre Gewinnspannen zu verteidigen oder sogar auszuweiten“. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen stieg im ersten Halbjahr 1973 noch um 12,0 Prozent und soll nach den Schätzungen der Unternehmerinstitute im 2. Halbjahr immer noch einen Steigerungssatz von 9,5 Prozent aufweisen.

Wenngleich die kapitalistische Wirtschaft sich ständig zyklisch, nach oben und unten, bewegt und folglich nach der Hochkonjunktur wieder Krisenerscheinungen auftreten werden, so kann doch davon ausgegangen werden, daß, abgesehen von Teilbereichen, in den nächsten Monaten mit keiner umfassenden Wirtschaftskrise zu rechnen ist. Wenngleich die Situation auf dem Arbeitsmarkt komplizierter ist als vor einem Jahr und es im Oktober 1973 mit 267 000 um 24 Prozent mehr Arbeitslose gab als im Oktober 1972, so ist festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit und auch die Kurzarbeit erst relativ wenig Zweige erfaßt haben. Es bestehen also außerordentlich günstige Möglichkeiten, um durch solidarisches Handeln die vom Arbeitsmarkt ausgehenden negativen Auswirkungen zu kompensieren.

Unternehmerverbände, Sachverständigenrat, Regierung und die ihnen nahestehenden Publikationen versuchen, zumindest in der Agitation, die für einen späteren Zeitraum zu erwartende größere Arbeitslosigkeit schon jetzt vorwegzunehmen. Dabei wollen sie die aus dem Profitstreben entspringende Arbeitslosigkeit den Lohnforderungen der Gewerkschaften zuschreiben. Hohe Löhne haben niemals die Arbeitsplätze gefährdet. Hohe Massenkaufkraft regt stets den Absatz von Konsumgütern an.

Unter kapitalistischen Verhältnissen wird der Arbeitslohn stets nur einen Teil des von der Arbeiterklasse geschaffenen Werts umfassen. Die Unternehmer verfügen aber über das gesamte von der Arbeiterklasse geschaffene Produkt. Infolge des dem Kapital inwohnenden maßlosen Profitstrebens werden Überkapazitäten geschaffen, oder aber durch den Aufbau von Fabriken in anderen Ländern die Arbeitsplätze gefährdet.

Der Lohnkampf 1973/74 wird hart. Der Sachverständigenrat appellierte an die Unternehmer, den Forderungen der Gewerkschaften Widerstand zu leisten. Der Druck der vereinten Unternehmerfront muß mit Gegendruck beantwortet werden, mit Lohnforderungen, die den Interessen der Arbeiter und Angestellten gerecht werden und dem Charakter einer aktiven Lohnpolitik entsprechen.

Die feste Solidarität der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften ist in der Lage, die Unternehmerfront aufzubrechen und den berechtigten Forderungen zum Erfolg zu verhelfen.

Heinz Schäfer

Saar-Streik

Die 13 000 Bergarbeiter aller sechs Gruben des Saargebietes hatten am 24. Oktober 1973 die Arbeit niedergelegt und drei Tage gestreikt, um ihre Forderung nach einer Teuerungszulage von 300 DM durchzusetzen. Ihre Aktion war einheitlich und wuchtig. Sie streikten nicht nur, sie demonstrierten zum Landtag in Saarbrücken und besetzten zeitweise das Verwaltungsgebäude des Konzerns der Saarzechen.

Unverständlicherweise stellte sich aber die IG Bergbau und Energie (IGBE) im Saargebiet und auch ihr Hauptvorstand in Bochum gegen die kämpfenden Bergarbeiter und diffamierte gemeinsam mit der bürgerlichen Presse den berechtigten Kampf an der Saar um einen Teuerungsausgleich als „wildes Streik“. Wenn die Bergarbeiter ihre Forderung auch nicht durchsetzen konnten, so wagten es die Zechenherren nicht, Repressalien gegen die Bergarbeiter und ihre Streikführer zu ergreifen.

In der Zeitung der IGBE, „einheit“ (2.-November-Ausgabe), wird diesem Thema eine ganze Seite gewidmet, aber nicht, um die Aktion der Bergarbeiter zu erläutern, sondern um global die DKP zu attackieren, der angeblich starke Gewerkschaften im Wege seien bei der Erreichung ihres Zieles, nämlich die „Diktatur des Proletariats“. Ein solcher, im allgemeinen von der CDU/CSU vertretener Standpunkt ist eine glatte Unwahrheit. Einmal gehört die Mehrheit der DKP-Mitglieder den Gewerkschaften an. Außerdem hat die DKP auf ihrem Hamburger Parteitag Anfang November erst wieder unterstrichen, daß sie für starke Gewerkschaften eintritt, denn nur mit ihnen könnten sich die Arbeiter gegen die mächtigen Monopole durchsetzen, die u. a. durch laufende Preiserhöhungen den Lebensstandard der arbeitenden Menschen senken. Daß sich die DKP solidarisch an die Seite der streikenden Bergarbeiter an der Saar stellte — eine Handlung, die der IGBE-Hauptvorstand heftig attackiert — gereicht ihr als Arbeiterpartei zur Ehre.

Nur durch Kampf und demokratische Initiativen in den Betrieben sind die Gewerkschaften einflußreich geworden. Das ist eine Erfahrung der Arbeiterbewegung aus der Vergangenheit. Das gilt erst recht für Gegenwart und nahe Zukunft, wo es u. a. darum geht, alle Unternehmen der Energiewirtschaft in Gemeineigentum zu überführen und dabei eine wirksame demokratische Kontrolle zu sichern. Das aber kann die IGBE nur in Zusammenarbeit mit ihren auch in der DKP organisierten Mitgliedern erreichen.

JOLE

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

- **31. 12. 1973**
Metallverarbeitende Industrie (4 300 000), öffentlicher Dienst (1 800 000), Bundespost (140 000), Bundesbahn (240 000), Papierverarbeitung (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Holzverarbeitung — nur ein Tarifbezirk (240 000 insgesamt).
- **31. 1. 1974**
Schuh- und Lederindustrie (100 000).
- **28. 2. 1974**
Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000).
- **31. 3. 1974**
Druckindustrie (210 000), Einzelhandel, Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (1 000 000), chemische Industrie (600 000), Versicherungen (180 000).
- **30. 4. 1974**
Bauindustrie (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000).
- **30. 6. 1974**
Kautschukindustrie (65 000).
- **Juni—September 1974**
Kunststoffverarbeitung (182 000).
- **31. 7. 1974**
Steinkohlenbergbau (250 000).
- **31. 8. 1974**
Papierherstellende Industrie (70 000).
- **30. 9. 1974**
Holzverarbeitung — restliche Bezirke (240 000 insgesamt).
- **unterschiedliche Termine**
Einzelhandel, Groß- und Einzelhandel — weitere Tarifbereiche (900 000).

Forderung: 15 Prozent für Papierverarbeitung

Für die Arbeiter und Angestellten der papier-, pappe- und kunststoffverarbeitenden Industrie hat die entsprechende Tarifkommission der IG Druck und Papier ab dem 1. Januar 1974 eine lineare Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife von 15 Prozent gefordert. Ferner sollen die Lohngruppe VI ersatzlos gestrichen und die Tätigkeitsmerkmale der Lohngruppe III neu geordnet werden. Die regionalen Tarifverträge wurden fristgerecht zum 31. Dezember 1973 gekündigt. Die aufgestellten Forderungen wurden vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage als „durchaus vertretbar“ bezeichnet.

„Ergebnisse des Streiks werden präjudizierende Wirkung haben“

Interview mit IGM-Bezirkssekretär Ernst Eisenmann

Der Streik der Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden in der zweiten Hälfte des Monats Oktober hat über den regionalen Bereich hinaus und auch im Ausland starke Aufmerksamkeit gefunden. Wie seinerzeit 1955/56 bei dem Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ging es jetzt auch in Nordwürttemberg/Nordbaden zum erstenmal nicht um Lohn und Gehalt. Die IG Metall hatte zum Kampf für die Durchsetzung humaner Arbeitsbedingungen aufgerufen. Zu Bedeutung und Inhalt des Streikresultats stellte unser Redaktionsmitglied Gerd Siebert dem Bezirkssekretär der IG Metall — Bezirk Stuttgart — Ernst Eisenmann, einige Fragen.

NACHRICHTEN: Im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden hat die IG Metall bei Einsatz der Streikwaffe ein neues Lohnrahmenabkommen durchgesetzt. Kollege Eisenmann, von Ihrer Gewerkschaft wurde die Auseinandersetzung unter dem Motto „Für eine humane Arbeitswelt“ geführt. Das Ergebnis dieses Kampfes wird von der IG Metall nicht allein unter tarifpolitischen, sondern auch unter gesellschaftspolitischen Aspekten hoch bewertet. Ist das gerechtfertigt und worin besteht nach Ihrer Ansicht die Bedeutung der Vereinbarungen?

Ernst Eisenmann: Die Forderung nach mehr Qualität des Lebens und der daraus abzuleitenden Humanisierung der Arbeitswelt war ein beliebtes Thema von Sonntagsrednern und Zukunftsforschern. Bei diesen Reden blieb es jedoch bei Forderungen, um deren Realisierung sich niemand kümmerte.

Wir waren der Auffassung, daß mehr Qualität des Lebens und die Humanisierung der Arbeitswelt dort verwirklicht werden mußte, wo der Mensch den größten Teil seines bewußten Lebens verbringt, nämlich am Arbeitsplatz. Hier galt es, Voraussetzungen für eine humanere Arbeitswelt zu schaffen. Dieses Ziel konnte jetzt mit dem Mittel des Arbeitskampfes erreicht werden. An den jetzt gesetzten Fakten dieses Tarifvertrages wird niemand vorbeigehen können. Der Vertrag wird eine präjudizierende Wirkung haben, nicht nur für den Bereich der Metallindustrie, sondern darüber hinaus auch für andere Branchen.

Es dürfte wohl auch kein Zufall sein, daß sich auch andere Gewerkschaften außerhalb des Bundesgebietes für diesen Tarifvertrag interessieren.

NACHRICHTEN: Welche Bestimmungen des neuen Lohnrahmens sind unter diesen Gesichtspunkten die wichtigsten?

Ernst Eisenmann: Die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Tarifvertrages sind unter den oben genannten Gesichtspunkten folgende:

1. die Gewährung einer Erholungszeit von 5 Minuten in der Stunde;
2. die Gewährung einer Bedürfniszeit für persönliche Bedürfnisse von 3 Minuten in der Stunde.

Das bedeutet, daß in Zukunft nur noch 52 Arbeitsminuten in der Stunde dem Unternehmen zur Verfügung stehen und 8 Minuten in der Stunde dem Arbeitnehmer zur Erholung und zur Verrichtung von Bedürfnissen gewährt werden.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Beschränkung der Taktzeiten bei Fließ-, Fließband- und Taktarbeit. Hier wurde erreicht, daß

„Den Terror hart zurückweisen!“

Zu den sich häufenden Polizeieinsätzen in der Bundesrepublik gegen streikende Belegschaften übergab uns der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers der Schalker Eisenhütte, Egon Pomaska, folgende Stellungnahme:

Schärfstens verurteile ich die Haltung der Unternehmer, die — wie etwa der Konzernboß Schleyer von Daimler-Benz — den Arbeitern ihr Diktat aufzwingen wollen. Die Drohungen mit Aussperrung und anderen Willkürakten zeigen den Machtanspruch dieser Vertreter des Großkapitals sehr deutlich. Die Polizeieinsätze gegen spontane Streiks und die vom baden-württembergischen Innenminister Schieß (CDU) angeordneten polizeilichen Ermittlungen gegen

1. bestehende Arbeitstakte nicht weiter verkürzt werden dürfen;

2. daß Arbeitstakte unter 1,5 Minuten durch Aufgabenbereicherung und Aufgabenerweiterung, also im Arbeitsinhalt angereichert werden müssen, daß mindestens eine Taktzeit von 1,5 Minuten zustande kommt.

Durch diese Maßnahme kann der Arbeitgeber nicht mehr wie in der Vergangenheit jede Arbeit weiter unterteilen, so daß letztlich für den Arbeitnehmer nur noch wenig sinnvolle Handgriffe als Arbeitsinhalt übrig bleiben. Gerade die Arbeitsunterteilung brachte mit sich, daß Arbeiter immer weiter abgruppiert werden konnten.

Diesem Trend ist jetzt Einhalt geboten. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß bei der Aufgabenbereicherung und Aufgabenerweiterung in der Zukunft wieder Arbeitsaufgaben gefordert werden, die eine höhere Eingruppierung und einen höheren Verdienst gewährleisten.

Ein weiterer Punkt ist die Altersabsicherung, die gewährleistet, daß

a) ein Arbeitnehmer bei einjähriger Betriebszugehörigkeit mit Erreichung des 55. Lebensjahres im Verdienst nicht mehr absinken kann;

b) einem Arbeitnehmer, der das 53. Lebensjahr vollendet hat, nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden kann.

Darüber hinaus wurden die Kündigungsfristen, die der Arbeitgeber gegenüber dem Arbeiter einzuhalten hat,

streikende Arbeiter verdeutlichen diesen Machtanspruch.

Streikende Arbeiter sollen wie Kriminelle behandelt, der Streik als gesetzlich und Verbrechen hingestellt werden. In die gleiche Richtung zielen öffentliche Äußerungen von CSU-Strauß und CDU-Kohl, die verlangten, Gewerkschaften staatlicher Kontrolle zu unterstellen.

Das ist großkapitalistischer Machtanspruch, dem mit allen demokratischen und gewerkschaftlichen Kampfmitteln begegnet werden muß. Die bei Mannesmann-Huckingen rücksichtslos durchgeführten Entlassungen sind gefährliche Zeichen verschärften Unternehmerrrors, dem nicht hart genug entgegengetreten werden kann.

bis zu zwei Monaten, je nach Alter und Betriebszugehörigkeit, erhöht.

Bei einem Arbeitsunfall wird der Lohnausgleich von der 7. bis zur 78. Woche gewährleistet.

Die Aufzählung ist nicht vollständig. Sie unterstreicht lediglich, daß für den Arbeitnehmer eine wesentlich bessere Absicherung gefunden werden konnte.

NACHRICHTEN: Das Verhandlungsergebnis wurde in einer Urabstimmung von 71,4 Prozent der abstimmungsberechtigten Metallgewerkschafter gebilligt. Drückt sich in den Gegenstimmen und Enthaltungen auch die Meinung aus, daß bei einer Ausweitung des Streiks mehr herauszuholen gewesen wäre?

Ernst Eisenmann: Es ist richtig, daß 71,4 Prozent der Abstimmungsberechtigten diesen Tarifvertrag gebilligt haben. Die Wahlbeteiligung war in der zweiten Urabstimmung wesentlich geringer. Daraus läßt sich jedoch nicht ableiten, daß alle jene, die sich nicht an der Urabstimmung beteiligten, gegen diesen Tarifvertrag waren. Im Gegenteil. Diejenigen, die der Auffassung waren, daß sich durch einen längeren Streik mehr hätte herausholen lassen, beteiligten sich an dieser Urabstimmung. Jene, die sich nicht beteiligten, akzeptierten dieses Ergebnis. Das haben einige Untersuchungen, die wir im Anschluß an die Urabstimmung durchführten, bewiesen.

NACHRICHTEN: Kollege Eisenmann, aus einer Mitteilung des Vorstandes der IG Metall geht hervor, daß in der metallverarbeitenden Industrie gegenwärtig der Verdienst der Akkordarbeiter im Durchschnitt bei 137 Prozent liegt. Im Lohnrahmenabkommen von Nordwürttemberg/Nordbaden wurden für die ersten zwei Jahre 125 Prozent und danach für vier Jahre 130 Prozent des Betriebsdurchschnittes vereinbart. Welchen Nutzen bringt das für die betroffenen Arbeiter?

Ernst Eisenmann: Die vom Vorstand herausgegebenen Zahlen, wonach im Durchschnittsverdienst der Akkordarbeiter bei 137 Prozent liegt, sind uns bekannt. Der Durchschnitt liegt in Nordwürttemberg/Nordbaden nicht niedriger. Zwei Drittel aller Betriebe gewähren jedoch Zuschläge der verschiedensten Art, die als solche auch ausgewiesen sind. Das bedeutet, daß diese freiwilligen Zuschläge sehr schnell abgebaut werden können. Der dann noch verbleibende Akkordverdienst würde unter den jetzt im Tarifvertrag vereinbarten Prozentsätzen in einem erheblichen Umfange liegen. Insofern war diese Absicherung notwendig, um den Betrieben die Möglichkeit zu verbauen, bisher Gewährtes wieder wegzunehmen.

NACHRICHTEN: Eine letzte Frage: Befürchten Sie nicht, daß die Arbeitgeber

Starke Solidaritätsbewegung für entlassene „Mannesmänner“

3000 Arbeiter der Mannesmann-Werke Duisburg-Huckingen traten am 30. Oktober in den Streik. Ihre Forderung: Weiterzahlung des monatlichen Teuerungszuschlages von 70 Mark, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen ist, der neben der gestiegenen Leistung auch die Verluste berücksichtigt, die durch die enormen Preissteigerungen entstanden sind. Bereits einen Tag früher hatten die Lokführer der werkseigenen Verkehrsbetriebe das Signal für den Arbeitskampf gegeben. Die Konzernleitung drohte mit fristlosen Entlassungen. Verhandlungen zwischen Betriebsrat, IG Metall und der Mannesmann-Direktion fanden am gleichen Tage statt. Hunderte Arbeiter in ihrem Blauzeug mit Schutzhelmen warteten vor dem Betriebsratsbüro auf Ergebnisse. So fing es an.

Einen Tag später, am Morgen des 31. Oktober, wird 98 Arbeitern von Beauftragten der Konzernleitung das Betreten des Werksgeländes mit der Begründung untersagt, sie seien wegen ihrer Beteiligung an den Streikaktionen des Vortages fristlos entlassen. Damit unternimmt einer der größten Konzerne der BRD den Versuch, die auf einer internen „schwarzen Liste“ stehenden aktiven Gewerkschafter auszuschalten. Ursprünglich weist diese Liste 114 Namen der Frühschicht auf. 17 Kollegen aber sind krank und in Urlaub, haben überhaupt nichts mit den Streikaktionen zu tun und müssen wieder gestrichen werden. Unter den Gemaßregelten befinden sich zahlreiche gewerkschaftliche Vertrauensleute.

Am Mittwoch dieses 31. Oktober erhöht sich die Zahl der fristlos Entlassenen auf 121; denn bei Beginn der Mittagsschicht werden weitere 23 aktive Gewerkschafter nicht in den Betrieb gelassen. Es wird bekannt, daß die Ent-

lassungsliste auf Anweisung des Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden Dr. Overbeck und seines Miteinpeitschers Dr. Weisweiler, Vorsitzender im Arbeitgeberverband Eisen und Stahl, bereits im April nach dem Streik im Profil-Walzwerk in Duisburg-Huckingen angefertigt worden ist. Vorstandsmitglieder empfehlen mit Hinweis auf „übergeordnete unternehmerische, aber auch staatspolitische Interessen“ Mäßigung. Sie werden von Dr. Overbeck als „Schwächlinge“ bezeichnet.

Am 2. November legt die Frühschicht der Mannesmann-Eisenbahnbetriebe erneut die Arbeit nieder. Mit diesem Warnstreik protestiert sie dagegen, daß Betriebsratsmitglieder von der Werkspolizei daran gehindert werden, die Arbeiter der Hauptwerkstatt über die Verhandlungen zur Zurücknahme der Kündigungen zu unterrichten.

In weiteren Betriebsteilen kommt es an diesem Tag zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen, als die Betriebsräte darlegen, die Existenz, „schwarzer Listen“ sei nicht zu leugnen. Als Beweis dafür führen sie an, daß weitere sieben Belegschaftsmitglieder auf die Entlassungsliste gesetzt worden seien, die krank oder in Urlaub sind. Sie müssen schließlich gestrichen werden.

Aus Protest gegen die Maßregelung der 121 Mannesmänner gibt der Betriebsrat am 3. November bekannt: bis auf weiteres werden keine Überstunden gemacht: „Wenn Mannesmann auf 121 Arbeiter verzichten kann, dann sind auch keine Überstunden erforderlich.“ Allein im Duisburger Werk wurden in den letzten Monaten rund 40 000 Überstunden verfahren.

4. November, dritter Tag des Hamburger DKP-Parteitag. Empfang einer Delegation der fristlos entlassenen Mannesmann-Arbeiter. Es ist einer der Höhepunkte des Parteitages. Durch langanhaltenden Beifall bekunden die Delegierten ihre Solidarität.

die materiellen Ergebnisse des Lohnrahmen- und des Manteltarifvertrages bei den jetzt anstehenden Lohn- und Gehaltsforderungen anzurechnen versuchen, und wie wollen Sie solchen Bestrebungen begegnen?

Ernst Eisenmann: Sicher werden die Arbeitgeber bei den anstehenden Lohn- und Gehaltsforderungen versuchen, die Belastungen des Tarifvertrages in Anrechnung zu bringen. Wir sind jedoch der Auffassung, daß mehr Humanität am Arbeitsplatz nicht durch die Arbeitnehmer selbst finanziert werden sollte, sondern von jenen finanziert werden muß, die den Nutzen aus dieser Arbeit ziehen. Auf eine Anrechnung der Belastungen aus diesem Tarifvertrag können wir uns deshalb nicht einlassen.

Einen Tag später geht den Gemaßregelten ein Schreiben der Konzernleitung zu. „Nach unseren Feststellungen waren Sie am 30. 10. 73 während der Arbeitszeit an einer Arbeitsniederlegung beteiligt. Deshalb beabsichtigen wir, uns von Ihnen zu trennen. Der Betriebsrat wurde dazu gehört. Sollten Sie den Wunsch haben, sich selbst zu Ihrem Verhalten zu äußern, stehen wir zur Verfügung.“ Den Entlassenen wird das Ultimatum gestellt, sich bis Dienstag, 6. Oktober, 12 Uhr, zu melden, „weil wir in unserer Entscheidung an Fristen gebunden sind“.

Das Mannesmann-Solidaritätskomitee ruft für Sonnabend, den 10. November, zu einer Protestdemonstration auf. Inzwischen schwillt die Protestwelle zu einer Flut an. Die Telegramme und Briefe häufen sich.

Am 6. November tagen die 200 gewerkschaftlichen Vertrauensleute von Mannesmann. Am gleichen Tage finden auch zwei Belegschaftsversammlungen statt. Scharfer Protest wird angemeldet. Auf Grund dieses Drucks sieht sich die Geschäftsleitung gezwungen, 92 der 114 gemaßregelten Gewerkschafter von der Entlassungsliste zu streichen.

Der Kampf werde fortgesetzt, bis auch die letzte aller Kündigungen zurückgenommen sei, betont im Namen der Belegschaft der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Willi Brandt. Dieser Kampfeswille wird noch gestärkt durch zahlreiche weitere Solidaritätsbekundungen.

Samstag, 10. November: 7000 Gewerkschafter, Wissenschaftler, Studenten, Künstler und Arbeiterfrauen demonstrieren durch Duisburgs Straßen gegen Unternehmerwillkür. Delegationen aus allen Teilen der BRD mischen sich unter die Demonstrierenden: „Alle stehen Mann für Mann für die Kollegen von Mannesmann“ und „Keiner kämpft für sich allein, alle müssen wieder rein“, schallt es durch Duisburgs Straßen.

Auf der anschließenden Großkundgebung spricht der Mitherausgeber von NACHRICHTEN und Betriebsratsvorsitzender der Rheinstahl-Hütte in Duisburg-Meiderich, Heinz Lukrawka. Die Willkürmaßnahme sei „keine einmalige Entgleisung eines Konzerns“. Sie richte sich vielmehr gegen „alle im Land, die da arbeiten, lernen und studieren. Der Mannesmann-Konzern zwingt uns zur Aktionseinheit. Schmieden wir sie daher heute zur Verteidigung der 22 Mannesmäner, morgen zur Durchsetzung unserer sozialen und politischen Forderungen“.

19. November, Arbeitsgericht Duisburg, Sühnetermin der 22 Entlassenen. Spontane Arbeitsniederlegungen rechtfertigen nicht die fristlose Entlassung, erklärt der Rechtsexperte des IG-Metall-Vorstandes, Dr. Thon. Seine Gewerkschaft werde bis zum Bundesarbeitsgericht gehen, damit alle 22 Entlassenen wieder eingestellt werden. G. M.

Disproportionen in BRD-Wirtschaft Massenkaufkraft hinkt hinterher

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik im Jahre 1973 ist durch ein Nebeneinander von Erscheinungen der Hochkonjunktur, Disproportionen zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen sowie verstärkten sozialen Belastungen und Konflikten gekennzeichnet. Die gegenwärtige Situation, ohne Berücksichtigung der „Ölkrise“, läßt sich vor allem durch vier Feststellungen charakterisieren:

Erstens bestimmte der Konjunkturaufschwung, der im Herbst 1972 nach einer fast zweijährigen Periode der „Stagflation“ begonnen hatte, weitgehend das Gesamtbild der Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr. Das reale Brutto-sozialprodukt wuchs im 1. Halbjahr 1973 um 6 Prozent, die Industrieproduktion stieg in den ersten drei Quartalen 1973 um rund 8 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit an, und die realen Auftragseingänge an die Industrie erhöhten sich in diesem Zeitraum um 14 Prozent. Hinter den relativ hohen gesamtwirtschaftlichen Daten verbirgt sich allerdings eine weit differenziertere Entwicklung der Bereiche und Zweige als in früheren Konjunkturphasen.

Zweitens ist diese Hochkonjunktur in noch viel stärkerem Maße „exportlastig“, also von hohen Außenhandelsumsätzen abhängig, als frühere Konjunkturperioden. Die realen (preisbereinigten) Auslandsaufträge an die Industrie waren vom I. bis III. Quartal 1973 um fast ein Drittel größer als in der vergleichbaren Vorjahreszeit; in der Investitionsgüterindustrie erhöhten sie sich sogar um 44 Prozent.

Das explosionsartige Anwachsen der Auslandsaufträge ist eine Folge der in allen wichtigen kapitalistischen Ländern herrschenden Hochkonjunktur, die mit einer außerordentlich schnellen und kräftigen Ausdehnung der Nachfrage nach Investitionsgütern verbunden war. Die Industrie der Bundesrepublik profitierte von dem internationalen Investitionsboom in besonders starkem Maße, weil sie über eine der Nachfrageausweitung entgegenkommende Exportstruktur verfügt – rund 56 Prozent aller exportierten Waren sind Investitionsgüter –, aus der sich eine Reihe von Vorteilen gegenüber den ausländischen Konkurrenzunternehmen ergaben. Der Ausfuhrüberschuß nahm dadurch einen alle bisherigen Rekorde übertreffenden Umfang an. Er erreichte für die ersten drei Quartale dieses Jahres eine Höhe von 22,8 Milliarden DM und war damit bereits um 2,5 Milliarden DM größer als während des gesamten vergangenen Jahres.

Eine Außenhandelsexpansion solchen Umfangs führt zwar dazu, daß die

Großunternehmen der exportorientierten Zweige ihre internationalen Konkurrenzpositionen ausbauen und besonders hohe Profite einstecken können. Sie hat auf der anderen Seite jedoch beträchtliche negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die gewaltigen Exportüberschüsse sind eine der Quellen der inflationären Preissteigerungen. Sie tragen neben den Devisenzuflüssen infolge der Währungskrise dazu bei, daß immer mehr ausländische Gelder in die Bundesrepublik einströmen und zur Ausdehnung der hier umlaufenden Geldmenge führen. Damit entsteht ein inflationärer Geldüberhang, weil dem sehr kräftig expandierenden Geldvolumen nur eine wesentlich langsamer wachsende, durch die Ausfuhrüberschüsse verminderte Warenmenge im Inland gegenübersteht.

Die ungewöhnlich starke Exportlastigkeit des jüngsten zyklischen Aufschwungs ist gleichzeitig damit verbunden, daß die Fortdauer der Konjunktur in der Bundesrepublik noch weit mehr als zuvor von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den anderen kapitalistischen Ländern abhängt.

Drittens ist der Exportboom von einer nur auf schwachen Füßen stehenden Binnenkonjunktur begleitet. Die Investitionen der Industrie-Unternehmen werden nach den bisherigen Schätzungen in diesem Jahr stagnieren. Die staatlichen Investitionen haben sich nach den Angaben der Bundesbank im 1. Halbjahr 1973 real sogar rückläufig entwickelt, weil die restriktive Haushaltspolitik der Bundesregierung einmal mehr den Rotstift an der falschen Stelle ansetzte und statt der Rüstungskosten die geplanten Investitionsausgaben beschränkte. Vor allem aber haben die inflationären Preiserhöhungen sowie der Druck des Großkapitals und der Regierung auf die Lohnforderungen dazu geführt, daß die Massenkaufkraft trotz der Hochkonjunktur hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurückgeblieben ist. Während das reale Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1973 um 6 Prozent wuchs, nahm der private Verbrauch nur um 4 Prozent zu. Das spiegelt sich auch in einer zunehmend

rückläufigen Nachfrage und Produktion der Verbrauchsgüterindustrie wider. So waren die realen Auftragseingänge dieses Bereichs von Januar bis September 1973 nur um ganze 0,4 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; im III. Quartal sanken sie sogar schon um rund 9 Prozent.

Die schwache inländische Konsumgüternachfrage und Investitionskonjunktur haben zu erheblichen Disproportionen in der Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige geführt. Die Großunternehmen der Zweige, die einen hohen Anteil ihrer Erzeugnisse exportieren oder als Zulieferer für die Exportindustrien fungieren, erzielten hohe Zuwachsraten der Produktion, der Aufträge und natürlich auch der Profite. So stieg beispielsweise im III. Quartal 1973 die Produktion der chemischen Industrie um ca. 15 Prozent, der eisen-schaffenden Industrie um 14 Prozent und der Elektroindustrie um 12 Prozent.

In anderen Bereichen gibt es dagegen deutliche Krisenerscheinungen. Die Produktionsergebnisse des Hochbaus gingen im III. Quartal um rund 4 Prozent zurück, die des Tiefbaus stagnierten gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit. Die realen Umsätze der Textilindustrie waren im letzten Quartal um 11 Prozent geringer als im Vorjahr, in der Bekleidungsindustrie betrug der Umsatzrückgang ca. 9 Prozent.

Die relativ geringe öffentliche Investitionstätigkeit und die überwiegend auf Ausrüstungsvorhaben orientierten Investitionen der Unternehmen brachten vor allem die Bauwirtschaft in Schwierigkeiten. Die restriktiven kreditpolitischen Maßnahmen von Bundesbank und Bundesregierung verstärkten diese Wirkungen noch. Sie bewirkten zwar keine spürbare Drosselung des Inflationstempos, führten jedoch bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen zu Finanzierungsschwierigkeiten. Diese Unternehmen sind verhältnismäßig stark von Krediten abhängig und werden von den Zinserhöhungen weitaus härter betroffen als die finanzkräftigen und eng mit den Monopolbanken verbundenen Großunternehmen. Die Folge ist ein Ausmaß der Konkurse und der Arbeitsplatzunsicherheit, wie es bislang für Krisen, aber keineswegs für Konjunkturperioden typisch war.

Viertens haben die inflationäre Geldentwertung wie auch der Druck des Monopolkapitals und der Regierung auf die Löhne eine Verstärkung der sozialen Belastungen und Auseinandersetzungen bewirkt. Die bisher höchsten Preissteigerungsraten seit der Bildung der Bundesrepublik, die enorme Lohnsteigerungsprogression und der von der Regierung unterstützte Lohndruck der Monopole führten dazu, daß die Bewegung der Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten in der letzten Zeit genau entgegengesetzt zum konjunkturellen

Aufschwung der Produktion verlaufen. Im 1. Halbjahr 1972, als noch eine weitgehende Stagnation der Produktion herrschte, stieg die reale Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten um 5,2 Prozent. Im 2. Halbjahr 1972, in dem der zyklische Aufschwung begann, verminderte sich der Zuwachs auf 1,6 Prozent, und im 1. Halbjahr 1973 – auf dem Gipfel der Konjunktur – stagnierten die Reallohn- und -gehälter schließlich. Die in der Hochkonjunktur erkämpften nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen reichten also gerade noch aus, um wenigstens ein Absinken der Realeinkommen der arbeitenden Menschen zu verhindern.

Auch in der nächsten Zeit müssen wir uns auf ein Anhalten der inflationären Prozesse einstellen. Die in den Sommermonaten eingetretene geringfügige Verminderung der Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten war keinesfalls ein Anzeichen der so oft beschworenen „Tendenzwende“ in der Preisentwicklung, sondern lediglich eine zeitweilige Erscheinung, die vor allem auf saisonbedingte Verringerung des Preisanstiegs für eine Reihe von Nahrungsmitteln zurückzuführen war. Der sich weiter verstärkende Auftrieb der von den Monopolen diktierten industriellen Erzeugerpreise, die sehr hohen Steigerungen der Importpreise und auch die nach wie vor kräftige Ausdehnung des Geld- und Kreditumlaufs sind Indizien dafür, daß in den kommenden Monaten wieder mit einer Beschleunigung des Anstiegs der Lebenshaltungskosten gerechnet werden muß.

Vertreter des Monopolkapitals und der Regierung nutzen die zunehmende Arbeitsplatzunsicherheit – im Oktober stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 267 000 und die der Kurzarbeiter auf 68 000 – als Druckmittel zur Zurückdrängung der berechtigten Lohnforderungen aus. So forderte zum Beispiel Bundeswirtschaftsminister Friderichs kürzlich in einem Interview („Wirtschaftswoche“, 26. 10. 1973) unter Hinweis auf das vermutlich gering werdende wirtschaftliche Wachstum, daß sich 1974 die Anforderungen „aller Gruppen“ an das Sozialprodukt im Vergleich zu diesem Jahr ermäßigen müssen, um „Beschäftigungsrisiken“ zu vermeiden. Die Arbeiter und Angestellten sollen im nächsten Jahr eine Senkung der Realeinkommen hinnehmen.

Unter solchen Bedingungen wird es mehr denn je entschlossener und energischer Kampfkaktionen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften bedürfen, um die rückläufige Tendenz der Reallohnentwicklung wieder umzukehren und gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze zu erkämpfen. Dazu sind Lohn- und Gehaltserhöhungen von 18 bis 20 Prozent erforderlich, wie sie in zahlreichen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen verlangt wurden. Dr. Tu.

Ölkrise schafft Riesenprofite

In einer Erklärung zur Ölkrise hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Wucherpreispolitik der Mineralölkonzerne als unverantwortlich bezeichnet. Unter dem Vorwand, einer von den Ölkonzernen selbst künstlich hervorgerufenen Verknappung, kassierten sie hohe Profite durch willkürliche Preiserhöhungen. Diese Methode sei bezeichnend für die unbegrenzte Macht der multinationalen Konzerne. Der DGB fordert deshalb Kontrolle der Ölpreise und staatliche Lenkungsmaßnahmen, um die durch die Konzernpolitik heraufbeschworenen Gefahren für die Arbeitsplätze abzuwenden. Auf die Dauer, so heißt es in der DGB-Erklärung weiter, sei diesen Gefahren durch sogenannte marktwirtschaftliche Mittel nicht zu begegnen.

Mit dieser Erklärung stellt sich der DGB in Widerspruch zu den Auffassungen von Bundeskanzler Brandt und seines Wirtschaftsministers Friderichs, die beide eine Ölpreiskontrolle und einen Ölpreisstopp mit der Begründung ablehnen, in diesem Falle würden die Ölkonzerne den Ölhahn für die Bundesrepublik zudrehen.

Das aber heißt doch nichts anderes, als daß sich die Bundesregierung von den Ölkonzernen erpressen läßt, die für die Wirtschaft und für die Verbraucher notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Ölkrise zu unterlassen, um die Profitpolitik der Ölkonzerne nicht zu stören. Es sind also nicht die Rohöl-lieferländer in erster Linie für die Ölkrise verantwortlich, sondern die Ölkonzerne, die ihre bis an den Rand gefüllten Tanks verschlossen halten und die Tankschiffe vor den Häfen unge-löscht liegen lassen, um, wie die „Welt der Arbeit“ schrieb, „Profite von historischem Ausmaß“ einzustreichen.

Anstelle einer Politik gegen die multinationalen Konzerne und für die Interessen der nationalen Wirtschaft, hat der Bundeskanzler bisher nur Appelle zur Sparsamkeit und Enthaltensamkeit zu bieten. Damit ist aber die von den Ölkonzernen provozierte Ölkrise nicht zu überwinden. Preiskontrolle und Preisstopp für Heizöl und Benzin, staatliche Erfassung aller von den Ölkonzernen gehorteten Ölvorräte und die Überführung aller Energieträger, von der Kohle über das Erdöl bis zur Atomkraft, in die Gemeinwirtschaft, sind die einzig wirksamen Mittel, um diese Öl- und Energiekrise, die auch ohne den Nahostkrieg gekommen wäre, unter Kontrolle zu bringen. sr

DKP: Hamburger Parteitag zeigt politische Alternativen

Einen Zuwachs um rund ein Drittel auf fast 40 000 Mitglieder hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in den zwei Jahren seit ihrem Düsseldorfer Parteitag erzielen können. Das ist nur eines von vielen Daten, die auf dem Hamburger Parteitag der DKP vom 2. bis 4. November 1973 vom zunehmenden Einfluß dieser Arbeiterpartei zeugen. Sie hat sich im politischen Bereich in den fünf Jahren seit der Neukonstituierung vor allem als Zentrum und Impuls für den demokratischen und antimonopolistischen Kampf in der Bundesrepublik erwiesen und als konsequent sozialistische Partei profiliert.

Bemerkenswert ist das starke Engagement von DKP-Mitgliedern in den Gewerkschaften. Das drückt sich nicht allein darin aus, daß viele Forderungen dieser Partei, wie sie in Reden und Beschlüssen auf dem Parteitag formuliert wurden, eine weitgehende und zum Teil volle Deckungsgleichheit mit Forderungen der Gewerkschaften aufweisen. Auch die Zusammensetzung der Delegierten ließ das erkennen: Von den 872 Delegierten und Gastdelegierten (618 waren stimmberechtigt) waren 673 Arbeiter und Angestellte; 759 sind gewerkschaftlich organisiert und 430 von ihnen üben gewerkschaftliche oder betriebliche Funktionen aus.

Der Parteitag faßte eine Reihe von Beschlüssen zu politischen und organisatorischen Fragen. Die Satzung wurde dahingehend geändert, daß in der Bundesrepublik lebende Ausländer künftig Mitglied werden können. Die Delegierten verabschiedeten zwei Erklärungen mit grundsätzlichem, programmatischem Charakter: die „Entschließung des Hamburger Parteitages zu den nächsten Aufgaben der DKP“ und ein „Wort an die arbeitenden Menschen“. (Siehe nebenstehenden Bericht.) Von besonderer Bedeutung für die Jugendpolitik ist der Beschluß, eine sozialistische Kinderorganisation zu gründen.

Als Nachfolger von Kurt Bachmann, der sich aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr zur Wiederwahl gestellt hatte, wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Herbert Mies, zum neuen Vorsitzenden der DKP gewählt. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde Hermann Gautier. Kurt Bachmann und Max Reimann wurden in das Präsidium des Parteivorstandes gewählt.

Im Bericht des Parteivorstandes an den Hamburger Parteitag, der von Herbert Mies erstattet wurde, ging dieser auf eine Vielzahl von Fragen der aktuellen Politik, der politischen Alternativen und Perspektiven ein. Ein zentrales Thema betraf das Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften und den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei.

Nach der Feststellung, „daß fast 85 Prozent der Mitglieder unserer Partei Gewerkschaftsmitglieder sind“, machte Mies einige grundsätzliche Bemerkungen zur pro-gewerkschaftlichen Haltung der Kommunisten:

„Die DKP sieht in den Einheitsgewerkschaften eine bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung unseres Landes. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Versuche des Großkapitals und der CDU/CSU, die Gewerkschaften unter Kuratel zu stellen. Wir wenden uns gleichfalls gegen Versuche bestimmter sozialdemokratischer Führer, die Gewerkschaften zu einem Stillhaltekurs zu veranlassen und sie zur Tolerierung ihrer unternehmerfreundlichen Politik zu bewegen. Wir grenzen uns ab von den arbeiterfeindlichen Bestrebungen sektiererischer und maoistischer Kräfte zur Organisation von Spaltergruppen wie der sogenannten RGO. Sicher schadet den Gewerkschaften das Zurückweichen einzelner Gewerkschaftsfunktionäre vor den Angriffen des Monopolkapitals. Aber wer das Versagen einzelner Funktionäre zur Entfesselung einer anti-gewerkschaftlichen und spalterischen Kampagne mißbraucht, der schadet der ganzen Arbeiterklasse.“

Die Mitglieder der DKP, sagte Mies weiter, würden sich „aktiv für die Verwirklichung aller gewerkschaftlichen Beschlüsse einsetzen, die eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und die Ausweitung ihrer Rechte zum Ziel haben“. Die gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften wertete Mies so:

„Wir Kommunisten sind davon überzeugt, daß den Gewerkschaften in der Bundesrepublik sowohl im Ringen um die Durchsetzung der Tagesinteressen der Arbeiter als auch im Kampf für grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen eine bedeutende Rolle zukommt. Mitbestimmung, tiefgreifende Bildungs- und Sozialreformen und die Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle, ... all das, was die Arbeiter brauchen, ist nur bei aktiver Mitwirkung der Gewerkschaften denkbar.“

Zuvor hatte Herbert Mies das Verhältnis von Kommunisten zu Sozialdemokraten differenziert dargelegt und dabei das unveränderte Streben nach Herstellung des gemeinsamen Handelns betont: „Wir wissen um die ideologischen Gegensätze. Sie schließen die Aktionseinheit nicht aus.“

Der Redner erinnerte an die beharrliche Politik der Kommunisten in der Bundesrepublik, die an der Ingangsetzung einer Politik der Entspannung und der Anerkennung der DDR ihren Anteil hätten. „Für alles, was heute in den Verträgen mit den sozialistischen Staaten seinen Niederschlag gefunden hat, haben wir schon gekämpft, als alle anderen Parteien noch in den Bunkern des kalten Krieges verharrten.“ Es habe sich bestätigt, was die Kommunisten immer gesagt hatten: „Am Anfang muß die Anerkennung der Grenzen stehen.“

Mies attackierte die Rüstungspolitik der Bundesregierung als gegen die Entspannungstendenzen gerichtet. Die nationalen Interessen erforderten eine eigenständige, weltoffene Politik. Der Staat habe sich in den sozialen Kämpfen der letzten Monate wieder einmal als Interessenvertretung des Großkapitals erwiesen. Kein Kanzler und kein Minister habe sich mit den streikenden Arbeitern solidarisiert.

Es müsse sofort etwas für den Schutz der sozialen Interessen des arbeitenden Volkes geschehen, sagte Mies angesichts der Preistreiberei und inflationären Entwicklung. Die entscheidende Waffe zur Sofortabwehr der Inflationsfolgen sei der Kampf um höhere Löhne und Teuerungszulagen. Daneben müsse ein punktueller Preisstopp und eine demokratische Steuerreform durchgesetzt werden.

Der neue DKP-Vorsitzende sprach von der Notwendigkeit, zur Durchsetzung und Sicherung der Rechte der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik eine „antimonopolistische Demokratie“ zu erkämpfen, die den Weg zu einer sozialistischen Ordnung öffnen soll. „Die antimonopolistische Demokratie wird bestimmt von einer grundlegenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, von einer Staatsmacht, die von der Arbeiterklasse und allen antimonopolistischen Kräften getragen ist, die sich auf das gesellschaftliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln gründet.“

Entsprechend ihrem Charakter als Arbeiterpartei nahmen in der Diskussion die Forderungen und Probleme der abhängig Beschäftigten einen breiten Raum ein. Einmütig solidarisierte sich der Parteitag mit den Hunderttausenden Arbeitern und Angestellten, die vor allem in der Stahl- und Metallindustrie in den letzten Monaten für Teuerungszulagen kämpften und dabei auch von der Streikwaffe Gebrauch machten. Die

Delegierten protestierten gegen die Maßregelungen bei Mannesmann und sagten telegrafisch den Betroffenen die solidarische Unterstützung der DKP zu.

Helmut Bublitz, Betriebsratsvorsitzender, wertete die betrieblichen Streiks als erstarktes Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft. Kennzeichnend für das Verhalten der Unternehmer sei deren zunehmende „provokative Brutalität“. Die ausländischen Arbeiter hätten sich mit „nie dagewesener Aktivität“ an den Kämpfen beteiligt. Eine Lehre der Streiks sei: Nach wie vor habe der Kampf um höheren Lohn den höchsten Mobilisierungseffekt und festige daher auch besonders die Aktionseinheit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern.

Kritisch betrachtete Prof. Dr. Schleifstein, Direktor des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, das „gegenwärtig viel strapazierte Problem der Lebensqualität“. In Verlautbarungen von Unternehmerverbänden und Regierungsvertretern müsse das Wort von der Lebensqualität dazu herhalten, Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach höheren Löhnen und Gehältern zu bekämpfen und zu diffamieren. Gleichzeitig aber würden Reformversprechen auf dem Papier bleiben, weil sie infolge der Garantie des großkapitalistischen Eigentums durch die Bundesregierung immer wieder den Profit- und Investitionsinteressen des Monopolkapitals geopfert würden. Es gebe nur den Ausweg, die Macht und die Profitinteressen des Großkapitals einzuschränken.

Neben der Diskussion brachten die Begrüßungsansprachen der Vertreter von 24 kommunistischen und Arbeiterparteien wichtige Aspekte in die Aussagen des Hamburger Parteitages der DKP. Die Anwesenheit dieser Vertreter unterstrich die Autorität, die sich die DKP in den wenigen Jahren ihres Wirkens in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung bereits erworben hat.

Der Leiter der Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Mitglied des Zentralkomitees, B. J. Aristow, widmete einen großen Teil seiner Ausführungen den Bemühungen der UdSSR um Entspannung und Friedenssicherung. Die bereits eingetretenen positiven Veränderungen führte Aristow auf „ernsthafte Tiefenprozesse“ zurück. Die Hauptrolle habe dabei die Tatsache gespielt, daß sich das Gewicht der friedliebenden Kräfte der Welt zu Ungunsten von Aggression und Reaktion verstärkt habe. Der „Baum des Friedens“ sei zwar gepflanzt, müsse aber noch wachsen und erstarken. Man dürfe nicht übersehen, daß es „nicht wenige Kräfte gibt, die dies verhindern wollen“.

Für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sprach Kurt Hager, Mit-

„Wer kämpft, gewinnt – wer stillhält, verliert“

Der Hamburger DKP-Parteitag stand unter der Losung: „Das arbeitende Volk muß bestimmen – DKP kontra Großkapital.“ Diesem Ziel, für das Millionen Gewerkschafter eintreten, waren die Reden, Diskussionsbeiträge, Entschlüsse und Beschlüsse untergeordnet. Daß die DKP in diesem Kampf gegen die Macht des Großkapitals, der zugleich ein internationaler Kampf ist, nicht isoliert steht, wurde von den Vertretern der Bruderparteien in ihren Grußansprachen immer wieder hervorgehoben.

Im Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes, den Herbert Mies gab, ist die Situation der Bundesrepublik analysiert.

glied des Politbüros des Zentralkomitees der SED. Die DDR sei darüber befriedigt, sagte er, daß durch den Abschluß des Grundlagenvertrages mit der BRD Voraussetzungen entstanden seien, von der Konfrontation zur sachlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Aber – und der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang das Vierseitige Abkommen über Westberlin: „Jede zweideutige Interpretation eindeutiger Vertragstexte kann nur dazu angetan sein, erneute Spannungen zu erzeugen und die Entwicklung normaler Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD zu erschweren.“

Einen der vielen Höhepunkte des Parteitages brachte das Auftreten von Alexandro Janes, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chiles. Die weltweite Solidarität, auch der Demokraten in der Bundesrepublik, mit dem chilenischen Volk habe eine spürbare Isolierung des faschistischen Putschregimes bewirkt. Diese Solidarität sei unerlässlich für den Kampf um Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile. Während die Junta alle ihre Karten ausgespielt habe, sei das letzte Wort des chilenischen Volkes noch nicht gesprochen.

Der Hamburger Parteitag der DKP sagte ebenso wie dem chilenischen allen anderen unterdrückten, um Unabhängigkeit und Demokratie ringenden Völkern weitere und verstärkte moralische und materielle Unterstützung und Entwicklung der Solidaritätsbewegung zu. Die drei Tage des DKP-Parteitages unterstrichen, was der bisherige Parteivorstand, Kurt Bachmann, in der Eröffnungsansprache ausgedrückt hatte: „Fünf Jahre Deutsche Kommunistische Partei, das sind fünf Jahre tatkräftiges Handeln für die Interessen der Arbeiterklasse, im Geist des proletarischen Internationalismus und der antiimperialistischen Solidarität.“ Gerd Siebert

Die BRD sei die viertstärkste Industrienation in der Welt und biete günstige materielle Voraussetzungen, dem arbeitenden Volk ein Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit zu ermöglichen. Wenn es jedoch für die Arbeiter und Angestellten statt leichter, dauernd schwerer würde, so liege das daran, daß in Bonn eine vornehmlich an den Profitinteressen der Konzerne orientierte Regierungspolitik gemacht werde. Man könnte den Chefs von BDI und BDA nur zustimmen, wenn sie sagten, diese Regierung sei „unternehmerfreundlich“, sagte Herbert Mies. „Das ist sie in der Tat. Das Wachstum der Konzernprofite ist dafür die deutlichste Bestätigung.“ Als Beweis ist in dem Bericht des Parteivorstandes angeführt: „1968 hatten die 100 größten Aktiengesellschaften rund 31 Milliarden Netto-Profit gemacht; 1971 schon über 41 Milliarden und für dieses Jahr ist schon wieder mit einem Profitzuwachs von über 10 Prozent zu rechnen.“

Herbert Mies unterstrich ausdrücklich das wachsende Klassenbewußtsein: „Die Zeit seit unserem Düsseldorfer Parteitag war eine Periode bedeutender Kämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, der Frauen, der lernenden und studierenden Jugend, der Bauern und anderer werktätiger Schichten für ihre sozialen und politischen Rechte. Von 1971 bis heute haben in der Bundesrepublik über 900 000 Arbeiter und Angestellte für höhere Löhne, für Inflationszulagen, für Rationalisierungsschutz und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt.“

Die Unruhe unter der arbeitenden Bevölkerung, so erklärte Mies, habe sich besonders in der jüngsten Zeit verschärft. Sie habe ihre Ursachen in der Inflation, in der sozialen Unsicherheit und Ungerechtigkeit: „Seit dem Frühjahr dieses Jahres verstärkten sich die betrieblichen Aktionen für Teuerungszulagen, für die Korrektur der völlig unzureichenden Tarifabschlüsse, vor allem in der Metall- und Stahlindustrie. Sie erreichten in Bremen, in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen einen Höhepunkt. Zum erstenmal erfaßten Streiks auch Unternehmen, in

denen es seit 1945 keine Arbeitskämpfe gegeben hatte. Vielfach war die Forderung nach Teuerungszulagen verbunden mit dem Kampf gegen schlechte Arbeitsbedingungen, gegen die zunehmende Arbeitshetze, gegen die Diskriminierung der Frauen, der Jugendlichen und vor allem der ausländischen Arbeiter."

Im weiteren Verlauf seiner Rede setzte sich der jetzige DKP-Vorsitzende „für die Verstaatlichung und die demokratische Kontrolle der Großbanken und Versicherungskonzerne, insbesondere der drei privaten Großbanken, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank" ein. Gerade sie seien zusammen mit den Versicherungsgesellschaften „jene Machtzentren, in denen wichtige Entscheidungen über unsere Währung, über die Preise, über die Löhne und Gehälter, über die Arbeits- und Lebensbedingungen unseres ganzen Volkes fallen".

Eine große Passage des Parteivorstandsberichts ist der Mitbestimmung gewidmet. Dazu heißt es u. a.: „Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft. Parität in den Aufsichtsräten ist dazu nötig, aber sie reicht nicht. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften brauchen Mitbestimmungsrechte, die es ihnen erlauben, den Konzernherren und ihren Managern auf die Finger zu sehen. Das erfordert, daß die großen kapitalistischen Monopole unter demokratische Kontrolle der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften genommen werden. Notwendig ist in den Großunternehmen Mitbestimmung über die Produktion und die Investitionen, über die Verwendung der Gewinne und über die Preisgestaltung."

Um diese Ziele zu erreichen, betont die DKP im Bericht an den Parteitag die Notwendigkeit der Aktionseinheit: „Unsere Partei hat ein klares Programm für die Gegenwart und die Zukunft. Wenn man uns fragt, woher eigentlich unser Optimismus rührt, was uns die Gewißheit gibt, daß wir unsere Ziele erreichen, dann lautet unsere Antwort: Die Deutsche Kommunistische Partei ist Teil des arbeitenden Volkes. Sie baut auf die Arbeiterklasse. Sie baut auf alle die, die von der Macht der Monopole bedrückt werden. Deshalb war die Stärkung des Bewußtseins der eigenen Kraft, die Förderung des gemeinsamen Handelns, die Anstrengungen für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse das Hauptanliegen der Partei in der Berichtsperiode. Das bleibt auch die Hauptfrage der Zukunft."

Der Hamburger Parteitag der DKP richtete ein „Wort an die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik". Darin heißt es u. a.: „Inflation, Preis- und Mietwucher, erdrückende Massensteuern, sinkende Realeinkommen und

rapider Kaufkraftverlust sind keine unabwendbaren Naturkatastrophen. Das wird von Großbanken und Industriebossen, von Monopolherren und Großgrundbesitzern gemacht. Das sind Gebrechen des kapitalistischen Systems, dem Profit alles, der arbeitende Mensch nichts bedeutet."

Weiter wird festgestellt: „Nur wer kämpft, kann gewinnen. Wer stillhält, verliert. Das ist die immer wieder neue Erfahrung des arbeitenden Volkes in unserem Land. Wo Arbeiter und Angestellte, Frauen und Lehrlinge in den Betrieben nicht länger tatenlos ihrer Ausplünderung zusehen und die Dinge in die eigenen Hände nehmen — dort sind sie die Stärkeren, verteidigen ihren Lebensstandard."

Eingehend auf die Absichten der wirtschaftlich und politisch Herrschenden, die die Arbeiter und Angestellten an Lohnleitlinien und Orientierungsdaten ketten wollen, stellt die DKP fest: „Nicht die Forderungen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften sind ‚überzogen', wie es die CDU/CSU, die Unternehmerverbände, aber auch die SPD/FDP-Regierung behaupten. Überzogen sind Preise und Mieten. Überzogen sind Profite und Spekulationsgewinne. Überzogen ist das Arbeitstempo in den Betrieben. Überzogen ist die Lohnsteuerschraube. Überzogen ist das Schuldkonto des Großkapitals."

Journalistenpreis zum Thema Gleichberechtigung der Frau

Am 9. November 1973 wurde in Mainz der Deutsche Journalistenpreis 1972 verliehen, der gemeinsam von der IG Druck und Papier und der Deutschen Journalisten-Union (dju) gestiftet wurde. Der Preis war 1972 ausgeschrieben worden für publizistische Arbeiten, die das Thema Gleichberechtigung der Frauen zum Inhalt haben. Preisträgerinnen sind Birgit Ziemann-Berg für ihre Kolumnen zu Frauenproblemen in der „Rhein-Zeitung" und Claudia Pinl für ihre Arbeiten in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" zur §-218-Reform und zur Frauenemanzipation. Weitere vier Journalisten erhielten Anerkennungsschreiben.

In ihrer Festrede ging Gisela Kessler, Frauensekretärin beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier, auf die Situation der berufstätigen Frauen ein. Nach ihren Angaben stehen 9,6 Millionen Frauen im Produktionsprozeß. 57 Prozent sind verheiratet. Viele haben Kinder bis zu 15 Jahren. Für sie müßten vernünftige Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Herren des Großkapitals liebten es, vom Leistungsprinzip zu reden und ihre Profite mit eben diesem Prinzip zu begründen. „Leistungen haben in den 25 Jahren der Geschichte der Bundesrepublik nur die arbeitenden Menschen vollbracht. Sie haben unermeßliche Werte geschaffen. Das Großkapital hat nur eines getan. Es hat sich die Leistungen des arbeitenden Volkes und den von ihm geschaffenen Reichtum angeeignet. Die wirtschaftliche Macht gibt dem Großkapital politische Macht. In dem hochentwickelten Industriestaat Bundesrepublik entscheidet eine Handvoll wirklich Mächtiger über das Schicksal von Millionen."

Erneut bekräftigt die DKP in „ihrem Wort" das Ziel ihres Kampfes, den Sozialismus. „Für ihn zu kämpfen lohnt sich. Denn dort, wo die Arbeiter die politische und wirtschaftliche Macht besitzen, wo sie die Minister stellen und die Betriebe leiten — da sind Krisen und Währungsverfall, Preiswucher und Bodenspekulation, Bildungsmisere und entrechtete Frauen unbekannt. Da kennt man keine Angst vor dem Morgen. Da wächst das Realeinkommen der arbeitenden Menschen stetig. Da sind Preise stabil und die Mieten bezahlbar. Da öffnen sich der Jugend alle Zukunftschancen. Da ist die Qualität des Lebens für das gesamte Volk Wirklichkeit." G. M.

Die überwiegende Zahl der Frauen sei nach wie vor auf minderbezahlten Arbeitsplätzen in Büros und in Fabriken zu finden. Obwohl das Frauenlohn-Problem seit Beginn der Arbeiterbewegung die Forderung Nr. 1 sei, ist es „noch nicht annähernd gelöst". Von einer Chancengleichheit für Frauen könne keine Rede sein.

Aber immer mehr Frauen begannen, sich ihrer Lage bewußt zu werden: „Es sieht ganz so aus, als würde auch und gerade bei den erwerbstätigen Frauen die Einsicht einziehen, daß Arbeitnehmerinteressen nicht aufzuspalten sind in ‚männliche' und ‚weibliche'. Das zeigt sich heute mehr als früher an der bewußten Beteiligung bei Streiks und betrieblichen Auseinandersetzungen und an der Tatsache, daß im vergangenen Jahr mehr als 65 000 Frauen sich den Gewerkschaften angeschlossen haben und durch diese Organisation mit den Männern gemeinsam den Kampf gegen Unmündigkeit und Diskriminierung aufnehmen wollen", sagte Gisela Kessler. Aus diesem Grunde gebe es keinen Anlaß zu resignieren.

22. Parteitag der CDU: Arbeiterinteressen untergebügelt

Nach der Ablösung Barzels und Neubesetzung der Führungspositionen war die CDU auf ihrem 22. Parteitag vom 18. bis 20. November 1973 in Hamburg angetreten, zum Kampf um die Wiedergewinnung der Regierungsgewalt zu blasen. Um sich Wählerstimmen in der Arbeiterschaft zu verschaffen, hatte die CDU-Führung vier Themen auf die Tagesordnung gesetzt: Mitbestimmung, Vermögenspolitik, berufliche Bildung und Baubodenrecht. Bei der Behandlung und Entscheidung dieser Fragen hat sich die CDU jedoch abermals als Hauptsachwalterin des Kapitals erwiesen. Die Vertreter der Sozialausschüsse und der Jungen Union, die in manchen Fragen mit sozialgefärbten Argumenten operierten, gingen hoffnungslos unter.

Die neue, nach-barzelsche Führungsmannschaft — Kohl (Parteivorsitzender), Biedenkopf (Generalsekretär) und Carstens (Fraktionsvorsitzender) — hat sich, wie im gesellschaftspolitischen, so auch im innen- und außenpolitischen Bereich als Gralshüter bundesdeutscher Reaktion vorgestellt: genau wie die Vorgänger.

Da wurde Stimmung gemacht gegen wirkliche und angebliche Linke, gegen demokratische Forderungen, wie paritätische Mitbestimmung, Gemeineigentum und Kontrolle der Monopole; gegen die Sowjetunion und gegen die DDR, die Verträge von Moskau, Warschau und über Westberlin sowie den Grundlagenvertrag. Kohl und Carstens, Stoltenberg, Dregger und Strauß malten ein Bild des Chaos, in das die Bundesrepublik abgleite, warnten vor „Neutralismus", betonten den Vorrang der Rüstungspolitik und der „Treue zum (NATO-)Bündnis". Carstens im Adenauer-Stil: „Die Lage ist ernst!"

Es kann nicht übersehen werden, daß die SPD/FDP-Koalition der CDU/CSU infolge ihrer Unentschlossenheit hinsichtlich der Preis- und Wirtschaftspolitik und der angekündigten „Reformen" reichlich Munition für deren sozialdemagogisches Sperrfeuer geliefert hat und noch liefert. Die CDU nutzte die Gelegenheit, sich auf ihrem Parteitag als eine „geschlossene Partei" mit „energischer Führung" darzustellen. Bewußt hat darum die Parteiführung gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund gerückt, „die zugleich Fragen sind, die auch die sogenannte Regierung der inneren Reformen stellt und schon längst hätte entscheiden müssen, wie sie es beabsichtigt hatte" (Biedenkopf).

Nach jahrelangem Hin und Her und immer neuen Modellen hat nunmehr die CDU auf ihrem Parteitag eine „Mitbestimmungskonzeption" beschlossen, die in ihren Reihen die Diskussion darüber beenden soll und die dem Charakter und der Politik dieser Partei

voll entspricht: Die Aufsichtsräte sollen paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und der Beschäftigten besetzt werden; das macht sich optisch gut, ist aber, wie der DGB feststellte, „Augenwischerei". Denn bei allen Abstimmungen, in denen keine Mehrheit zustande kommt, soll die Kapitalseite (Vorstand oder Aktionärsversammlung) die Entscheidung treffen. In der praktischen Handhabung würde eine derartige Regelung wirken, als gäbe es überhaupt keine Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Aufsichtsrat.

Die Repräsentanten der Sozialausschüsse, Hans Katzer und Norbert Blüm, gaben sich redlich Mühe, den Parteitag für eine Mitbestimmungsregelung zu gewinnen, wie sie in der Montanindustrie bereits praktiziert wird — also paritätische Besetzung des Aufsichtsrats plus „neutralen" Mann. Auch Sprecher der Jungen Union und sogar Rainer Barzel plädierten dafür. Katzer: Die Sozialausschüsse sind gegen Verstaatlichungen und Investitionskontrolle. „Das paßt nicht in unser Konzept; damit wollen wir nichts zu tun haben." Es gehe ihm und „den Freunden von der Jungen Union" darum, „die soziale Marktwirtschaft attraktiver zu machen".

Doch die erdrückende Mehrheit der Delegierten — 559 gegen 97 — hatte für solche sozialromantischen Anwendungen kein Verständnis und schmeterte das Katzer-Modell in der Schlußabstimmung ab. Es muß jedoch registriert werden, daß in Abstimmungen über einzelne Punkte bis zu einem knappen Drittel der Delegierten gegen die Vorstandskonzeption stimmte.

Einmütig wurde dagegen die Vorlage des Vorstandes zur „Vermögensbildung der Arbeitnehmer" verabschiedet. Sie lehnt die Einrichtung überbetrieblicher Fonds ab und fordert statt dessen die Einführung von „Investivlohn" und „ertragsorientierten" Lohnbestandteilen, die zu Lasten der herkömmlichen Lohn- und Gehaltszahlung gehen und für In-

vestitionszwecke im Unternehmen verbleiben sollen. (Siehe dazu NACHRICHTEN-Sonderdruck „Modelle zur Vermögensbildung", November 1973.) Auch die Beschlüsse zum Baubodenrecht und zur beruflichen Bildung zielen auf Lösungen, die eine Festigung der staatsmonopolistischen Wirtschafts- und Herrschaftsstrukturen bewirken sollen.

Der 22. Parteitag der CDU gab in keiner Frage der allgemeinen und Gesellschaftspolitik den Forderungen der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften statt. Die gelegentlichen Versuche der Sozialausschüsse und der Jungen Union, die CDU für die Arbeiterschaft „wählbar zu machen", wie Katzer es formulierte, offenbarten lediglich die tiefe Kluft zwischen der CDU und den Arbeiterinteressen. Dennoch ist diese Partei des Großkapitals nach dem Parteitag in Hamburg keineswegs ungefährlicher geworden. Ihre Politik muß in kompromißloser Auseinandersetzung vor der arbeitenden Bevölkerung entlarvt werden. Sb.

DGB: Mitbestimmen bei der Post

Einstimmig hat der DGB-Bundesvorstand kürzlich eine Entschließung verabschiedet, in der für die Bundespost eine neue Unternehmensverfassung gefordert wird. Danach soll die Post „im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgabenstellung nach den Grundsätzen der Gemeinwirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Beschäftigten geleitet" werden.

Kernstück der DGB-Vorschläge ist die Einführung der paritätischen Mitbestimmung bei der Bundespost. Ferner soll dieses Bundesunternehmen künftig „uneingeschränkt berechtigt (sein), Tarifverträge abzuschließen".

Umschüler streikten

500 DM Teuerungszulage fordern die etwa 20 000 Umschüler in Nordrhein-Westfalen von den Arbeitsministerien des Bundes und des Landes. Es sind überwiegend Arbeiter und Angestellte, die durch Berufskrankheit, Betriebsstillegungen oder Arbeitsunfälle zum Aufbau einer neuen beruflichen Existenz gezwungen wurden.

Zur Durchsetzung ihrer Forderung traten rund 1500 Umschüler der Berufsbildungszentren Gelsenkirchen und Essen in einen einstündigen Warnstreik. Sie riefen die Schüler der anderen Ausbildungszentren auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Personalvertretungsgesetz: Entwurf stößt auf wachsenden Widerstand

Der Innenausschuß des Bundestages hat seine Beratungen über den reaktionären Genscher-Entwurf zum Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) entscheidend vorangetrieben, so daß demnächst mit seiner Einbringung im Bundestag zu abschließenden Lesungen gerechnet werden muß. Damit stehen die Gewerkschaften vor der unmittelbaren Aufgabe, verstärkt um die Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen. Wenngleich bei den Ausschußberatungen einige Kompromisse herausgekommen sind, so ist jedoch die mitbestimmungsfeindliche Grundtendenz erhalten geblieben.

Das gilt um so mehr, als sich weder die Bundesregierung noch die Regierungsparteien noch irgendeine Untergliederung der größten Regierungspartei vom Angriff Genschers auf das Hamburger PersVG (vgl. NACHRICHTEN Nr. 5/73) distanziert haben. Dieser Angriff, der gegen alle fortschrittlichen Regelungen in den Ländergesetzen gerichtet ist, verfolgt den Zweck, die Beschäftigten in ihrem Kampf für ein fortschrittliches BPersVG zu verwirren und einzuschüchtern (für Genscher ist Demokratie in der Verwaltung nicht nur „undenkbar“, sondern auch noch – „verfassungswidrig“). Im Vorfeld der Verabschiedung des BPersVG sollen Rechte der Beschäftigten nach den Ländergesetzen abgebaut werden und dabei Länderbedienstete gegen Bundesbedienstete ausgespielt werden.

Auf diesen Zusammenhang und auf die Notwendigkeit, dem offensiv entgegenzutreten, wies bisher nur die DKP hin, die den Genscher-Angriff auf ihrer Hamburger Landesdelegiertenkonferenz vom 7. Oktober in einer einstimmig angenommenen Resolution scharf zurückgewiesen hat. In der Resolution heißt es, die „verfassungsrechtlichen Bedenken“ Genschers gegen das Hamburger Gesetz seien „von der gleichen Art wie die ‚Bedenken‘ des sog. ‚Verfassungsschutzes‘ gegen Demokraten im öffentlichen Dienst. Sie richten sich gegen die demokratischen Grundrechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben“. Weiter wird in der Resolution das Zurückweichen des Hamburger Senats gegenüber dem Druck Genschers entschieden verurteilt.

Auch der DGB-Bundesvorstand betonte anlässlich der Beratungen im Innenausschuß erneut seine prinzipielle Ablehnung des Entwurfs und wies vor allem auf die minimalen Mitbestimmungsrechte, die mangelhaften Arbeitsgrundlagen der Personalräte, die Einschränkung der Gewerkschaftsrechte und die Tendenz zur Spaltung der Personalräte in Gruppen und „Listen“ hin. In der Anfang Oktober herausgegebenen Er-

klärung heißt es abschließend: „Der DGB erwartet, daß am Ende des gegenwärtig laufenden Gesetzgebungsverfahrens ein fortschrittliches Personalvertretungsrecht steht.“

Mit Appellen allein ist es aber nicht getan. Zunächst wäre es wichtig, in Resolutionen auf Vertrauensleute- und Personalversammlungen, auf Personalrats-sitzungen, gewerkschaftlichen Konferenzen und Tagungen, durch die Sammlung von Unterschriften in der Dienststelle für die gewerkschaftlichen Forderungen, in Gesprächen am Ar-

Gefahr für Arbeitsgerichtsbarkeit

Dem Bundestag ist ein Gesetzentwurf des Bundesrates zugeleitet worden, nach dem die Arbeitsgerichtsbarkeit künftig den Justizministerien der Länder unterstellt werden soll. Es besteht Grund zu der Annahme, daß damit ein erster Schritt zur Beseitigung des besonderen Charakters der Arbeitsgerichtsbarkeit getan werden soll.

Im Zuge der Erkämpfung von Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit sah sich die herrschende Klasse zu Beginn der 20er Jahre gezwungen, die Arbeitsgerichte von der übrigen Gerichtsbarkeit zu trennen, den Gewerkschaften bei der Besetzung der Spruchkörper gewisse Mitspracherechte einzuräumen und das gesamte Verfahren zu vereinfachen und praxisnah zu gestalten. Dementsprechend wurden die Arbeitsgerichte auch der Aufsicht der Justizministerien entzogen und den Arbeitsministerien unterstellt. Eine ähnliche Regelung wurde nach der Niederlage des Faschismus mit dem Arbeitsgerichtsgesetz wieder eingeführt.

Durch eine Integration der Arbeitsgerichte in die ordentliche Gerichtsbarkeit würde zunächst der personelle Wechsel von herkömmlichen Zivilge-

beitsplatz und bei anderen Gelegenheiten gegen den Genscher-Entwurf Stellung zu beziehen und die Forderungen des DGB zu unterstützen. Erst wenn die gewerkschaftlichen Forderungen unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tatsächlich verankert sind, hat der Genscher-Entwurf keine Chance.

Eine gute Gelegenheit, in diesem Punkt voranzukommen, ist die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst, in der auch die Rolle der Personalräte bei der Durchsetzung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten diskutiert werden muß. In diesen Diskussionen kommt es darauf an, der Demagogie Genschers von den „Besonderheiten“ des öffentlichen Dienstes entgegenzutreten, etwa wie es die ÖTV in ihrem „Magazin“ kürzlich mit der Bemerkung tat, daß im öffentlichen Dienst „die gleichen Betriebsstrukturen, Abhängigkeiten, fremdbestimmten Arbeitsbedingungen und Konflikte bestehen wie in der privaten Wirtschaft“.

Nur die Erkenntnis, daß zwischen diesem Staat und seinen Beschäftigten ein prinzipieller Interessengegensatz besteht, ist ein wirksamer Damm gegen alle ideologischen Integrationsbemühungen der Herrschenden gegenüber den Arbeitern, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst. Rolf Geffken

richten zu Arbeitsgerichten schnell zu nehmen, was angesichts der mangelhaften arbeitsrechtlichen Ausbildung der Zivilrichter, ihrer mangelhaften Praxiserfahrung und den bei Amtsgerichten weit verbreiteten Vorurteilen gegenüber Laienrichtern gefährlich wäre.

Während nach dem geltenden Gesetz die sogenannten Arbeitsrichter (Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen) von den Arbeitsministerien „im Benehmen mit“ den Justizministerien bestellt werden und im Falle der Nichteinigung die Landesregierung entscheidet, würde durch eine Zentralisierung der Aufsicht beim Justizminister die Bestellung der Arbeitsrichter weitaus weniger transparent werden. Ganz abgesehen davon, daß schon nach der Struktur des Justizapparates die Justizministerien gegenüber Einflüssen der Gewerkschaften weitaus mehr abgeschirmt sind als die Arbeits- und Sozialbehörden bzw. -ministerien.

Mit dem Abbau des besonderen Charakters der Arbeitsgerichtsbarkeit wäre aber nicht zuletzt auch der besondere Charakter des Arbeitsrechts als eines Sonderrechts der abhängig Arbeitenden gefährdet. Die Tendenz zum

Unmündig der Nationalität wegen: auch das ist Nationalismus

Es war einmal ein Mann, der hieß Herbert Frahm. Als in Deutschland die Nazis an die Macht kamen, floh er nach Norwegen. Wie Tausende andere, beteiligte er sich vom Ausland her am antifaschistischen Widerstandskampf. Dabei erwarb er sich bei seinen politischen Freunden hohes Ansehen. Nach Zerschlagung der Nazi-Herrschaft entstanden in Deutschland zwei Staaten: BRD und DDR. In der BRD wurde dieser Mann Bundeskanzler; bald erhielt er den Friedensnobelpreis. Und da er nicht gestorben ist, regiert er heute: Willy Brandt.

Das ist nicht der Beginn eines Märchens. Es ist eine wahre Geschichte, die jeder kennt, und die vor wenigen Wochen – auf der 8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder in Lübeck-Travemünde – ein griechischer Arbeiter den Delegierten erzählte. Der Grieche: ein sogenannter Gastarbeiter, Mitglied der IG Metall. Aber die Geschichte hatte bei ihm eine andere Pointe:

Die politische Betätigung Willy Brandts im Exil, besonders in Norwegen, sagte der Grieche, habe wesentlich zu seiner – Brandts – Profilierung beigetragen. Ohne diese Profilierung habe er wohl kaum der spätere Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger werden können. Und um es ganz genau zu sagen: Das alles wäre ihm, dem Bundeskanzler, schon gar nicht möglich gewesen, wenn in Norwegen damals ein Ausländergesetz gegolten hätte, wie heute noch in der BRD unter der Regierung Willy Brandt.

Damit war es heraus, was viele tausend ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik neben der sozialen Diskriminierung am meisten bedrückt: die gesellschaftliche, die politische Deklassierung.

Es ist bei uns im Lande schon viel geschrieben und geredet worden über die „typischen“ Ausländerprobleme: die Sprachbarriere, die oft miserablen Unterkünfte, die Wuchermieten, die ghettoartige Isolierung, die vornehm-

Abbau demokratischer Rechte im Arbeitsrecht (vgl. NACHRICHTEN Nr. 3/72, S. 14 und Nr. 12/72, S. 17) würde dadurch begünstigt. Es ist daher zu begrüßen, daß sowohl der DGB wie die DAG den Entwurf entschieden ablehnen. Er sollte darüber hinaus zum Anlaß genommen werden, jetzt verstärkt die gewerkschaftliche Forderung nach einem fortschrittlichen einheitlichen Arbeitsgesetzbuch zu erheben. R. G.

liche Beschäftigung der „Gastarbeiter“ mit Dreckarbeiten, ihre allgemein geringere Bezahlung, die Geringschätzung und nationalistische Verachtung, mit denen ihnen in Betrieb und Öffentlichkeit oft begegnet wird, das sklavenähnliche Dasein der von skrupellosen Geschäftemachern illegal Angeworbenen... usw.

Das alles sind Zu- und Umstände, die nicht hart genug attackiert und bekämpft werden können. Attackiert und bekämpft nicht allein von den betroffenen Ausländern, sondern vor allem auch von ihren deutschen Kollegen. Das Engagement der Gewerkschaften für die zur Zeit fast drei Millionen „Gastarbeiter“ (plus rund eine Million Familienangehörige) entspricht dem selbstverständlichen Gebot internationaler Solidarität, ist Tagesaufgabe.

Doch bei alledem wird meistens übersehen, daß zur menschenwürdigen Behandlung der ausländischen Arbeiter nicht nur gleichberechtigte Entlohnung und Unterkunft gehören, sondern vor allem auch das Recht auf uneingeschränkte gesellschaftliche, demokratische Betätigung. Wer als Ausländer, wie die deutschen Arbeitnehmer, die Staatsausgaben der BRD und den Unternehmerprofit mitproduziert, muß auch das politische Betätigungsrecht haben.

Worauf der griechische Metall-Gewerkschafter in Travemünde anspielte, ist u. a. der Paragraph 6 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965, dessen Abs. 1 zwar lautet: „Ausländer genießen alle Grundrechte, soweit sie nicht nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Deutschen vorbehalten sind“. Doch Abs. 2 hat es dann in sich: „Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern.“

Ähnlich puddingweich und nach allen Seiten dehnbar sind die diversen Aus-

führungsbestimmungen und die Abkommen mit den „Lieferländern“ von Arbeitskräften. Für einen Spanier, Portugiesen, Griechen oder Türken, die 45 Prozent der „Gastarbeiter“ ausmachen und in deren Heimatländern undemokratische, teils faschistische Regime herrschen, kann die bundesdeutsche Ausländergesetzgebung zur Fortsetzung heimischer Zustände mit anderen Mitteln werden.

Mehr als einmal wurden ausländische Arbeiter, die sich politisch – demokratisch – betätigten, in die Heimatländer abgeschoben, was in manchen Fällen der Einlieferung ins spanische oder griechische Gefängnis gleichkam. In der Regel aber werden aufmüppige Demokraten unter den „Gastarbeitern“ – etwa um die guten Regierungsbeziehungen zu Spanien oder Griechenland nicht zu belasten – dadurch zum Schweigen gebracht, daß man ihnen recht ungastlich den Entzug ihrer Arbeitserlaubnis androht, wenn sie es weiter an Wohlverhalten vermissen lassen sollten.

In einem Lande, das sich demokratisch nennt, sollte das Gegenteil: die Ermunterung zu demokratischem Verhalten und Handeln, die Regel sein. Auch im Ausländerrecht. Es kann nicht die Aufgabe der Bundesrepublik sein, für die Machthaber in Lissabon, Madrid, Athen und Istanbul politische Duckmäuser zu konservieren.

Da sich allerdings die staatlichen Organe der BRD darauf beschränken, den Unternehmern die benötigten Mengen Arbeitskräfte zuzuführen und diese für die Dauer ihres Aufenthaltes politisch möglichst steril zu halten, ist es vor allem Aufgabe der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen, sich neben den sozialen auch der politischen Belange der ausländischen Arbeiter anzunehmen. Ihnen muß – mehr als bisher – die Möglichkeit gegeben werden, sich am allgemeinen politischen Leben in der BRD zu beteiligen und ihre spezifischen Anliegen artikulieren und verfolgen zu können.

Kürzlich hat auf ihrem Hamburger Parteitag die DKP ihre Satzung dahingehend geändert, daß künftig Ausländer gleichberechtigte Mitglieder werden können. In den DGB-Gewerkschaften sind bereits Hunderttausende Ausländer organisiert. Dies ist der Weg, der verstärkt weitergegangen werden muß, verbunden mit der Forderung, die diskriminierenden Bestimmungen des Ausländerrechts aufzuheben.

Für diese Forderung sollte gerade Willy Brandt ein offenes Ohr haben, wenngleich gewiß nicht jeder Ausländer, der heute in der Bundesrepublik lebt, in seinem Heimatland einmal Spitzenpolitiker und Nobelpreisträger werden dürfte. G. Siebert

Loderers „dritter Weg“ führt nicht ans Ziel

Mit der Verabschiedung von nahezu 50 Entschlüssen und Initiativanträgen endete in Lübeck-Travemünde die 8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder. Auf der Konferenz, an der fast 1000 gewerkschaftliche Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und andere Funktionäre der IG Metall — darunter 468 Delegierte — teilnahmen, hatte am 25. und 26. Oktober eine ausführliche Diskussion über Lohnforderungen und tarifpolitische Erfordernisse stattgefunden. Dies gegen den erklärten Willen des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer (vgl. auch NACHRICHTEN Nr. 11/73).

Die Delegierten überwiesen drei Entschlüsse zur Vertrauensleutearbeit, darunter je ein Entwurf des IGM-Vorstandes und der Verwaltungsstelle Ludwigsborg von „Leitsätzen zur Gewerkschaftsarbeit der Vertrauensleute“, als Material an den Vorstand. Damit wurde von der Antragskommission offensichtlich eine kritische Diskussion zu den Vorstellungen des Vorstandes der IG Metall über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Vertrauensleute abgelenkt. (Zu den Aufgaben und Aussagen zur Arbeit der Vertrauensleute siehe nebenstehenden Bericht.)

Einstimmig verabschiedete die Konferenz eine Protestentschließung „gegen den Versuch des Werksvorstandes der Klöckner-Hütte Bremen, den Betriebsratsvorsitzenden und IG-Metall-Funktionär Heinz Röpke zu entlassen“. Röpke ist als DKP-Mitglied bekannt und der Konzernleitung wegen seines konsequenten Eintretens für die Belange der Klöckner-Belegschaft schon lange im Wege. Die Delegierten begrüßten „den Beschluß der IG Metall, dem Kollegen Röpke Rechtsschutz durch alle Instanzen zu geben“.

Nicht die nötige Stimmenmehrheit fand ein Antrag, der die Möglichkeit zur vorzeitigen Entfristung von Lohn- und Gehaltstarifverträgen künftig zum Bestandteil der Abkommen mit den Unternehmern machen wollte. Es bedurfte eines demagogischen Auftritts des stellvertretenden IG-Metall-Vorsitzenden, Hans Mayr, um eine Mehrheit gegen diese Forderung zu mobilisieren. Gegen eine starke Minderheit abgelehnt wurde auch ein Antrag, der den Vorstand der IG Metall aufforderte, aus der konzentrierten Aktion auszutreten. Dagegen verlangte die Konferenz steuerliche Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Arbeiter und Angestellten.

In einer ausführlichen Entschlüsselung zur Lage der ausländischen Beschäftigten in der Bundesrepublik solidarisierten sich die IG-Metall-Delegierten mit den Anliegen und Forderungen der Ausländer. Ein griechischer Delegierter attackierte vor allem die reaktionäre

Ausländergesetzgebung der Bundesrepublik, die ausländischen Arbeitern die politische Betätigung praktisch unmöglich mache.

Die 8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder machte in Referaten und Diskussionsbeiträgen ein starkes Spannungsverhältnis zwischen gewerkschaftlichen Forderungen und Erwartungen der Mitgliedermassen einerseits und den Realitäten und wortreichen Verströungen der Regierungspolitik andererseits, der sich die IG-Metall-Führung in hohem Maße verpflichtet fühlt, sichtbar. Diese Spannungen zeigten sich in der Kritik an der Steuerpolitik, in der Forderung Loderers nach Senkung der Rüstungslasten, in der Warnung an die SPD, nicht den Wahlsieg an die FDP zu verspielen und in dem Hinweis auf „zunehmende Spannungen“ zwischen Gewerkschaften und Regierungskoalition.

Aber neben den gesellschaftspolitischen Enttäuschungen stehen bei der IG Metall besonders auch die lohnpolitischen, die mit dazu beitrugen, daß die kritische sozial- und gesellschaftspolitische Diskussion in dieser Gewerkschaft forciert wurde. Maßgebliche Vorstandsmitglieder der IG Metall scheinen jedoch nicht die nötige Schlußfolgerung ziehen zu wollen, die wachsende Unzufriedenheit der Mitglieder zu artikulieren und mit einer entsprechenden aktiven Politik in allen Bereichen umzusetzen. Statt dessen suchten sie den Eindruck zu erwecken, als sei alle Unzufriedenheit in der eigenen Organisation das Werk „Außenstehender“ und — natürlich — „Linker“.

Sowohl Loderer als auch Benz, insbesondere aber Dieckerhoff, polemisierten in Referaten und Pressekonferenzen gegen „Außenstehende“, gegen die man sich abgrenzen müsse, gegen Linksextremisten, „sozialistische Konzeptionen“ in den Gewerkschaften, „ungebetene Ratgeber von außen“ usw. Dieser auch an die Jusos gerichtete Zungenschlag führender IG-Metall-Funktionäre war in der in Travemünde gebrauchten Häufigkeit ein neuer, befremdlicher

Akzent, der allerdings von den versammelten gewerkschaftlichen Betriebsfunktionären nicht aufgenommen wurde.

In diesem Zusammenhang muß auch eine lange Passage in Loderers Referat „Grundlagen gewerkschaftlicher Betriebs- und Gesellschaftspolitik“ gesehen werden, worin er den Versuch einer Definition der bundesdeutschen Gesellschaft, des gewerkschaftlichen Standortes in ihr und der Aufgaben machte. Dabei zeigte sich das Bemühen, allen jenen Kräften, die das kapitalistische System überwinden wollen, eine Absage zu erteilen und sich in der Polemik gegen diese „Systemüberwinder“ auch von jenen zu distanzieren, die nichts als konsequente Gewerkschaftspolitik verlangen.

Eugen Loderer war sehr bestrebt, eine vermeintliche Zwischenposition des „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzunehmen. Es gelte Abschied zu nehmen sowohl „von den Schablonen einer überholten Gesellschaftskritik, die mangels Phantasie noch heute auf die Denkfiguren von gestern zurückgreift“, als auch „von einer Ideologie der Marktwirtschaft, die die bestehenden Zustände verklären will, statt sie zu begreifen“.

Was für Loderer „nicht in Frage kommt (und was in den Gewerkschaften niemand fordert — d. V.), ist die einmalige schlagartige Umwälzung der Machtverhältnisse“. Er wendet sich aber auch gegen „blindes Vertrauen in die Reformbereitschaft der politischen Instanzen“. In bezug auf die Politik der Gewerkschaften meinte er: „Wir sind nicht die revolutionäre Avantgarde des Proletariats, die das System im Handstreich aus den Angeln hebt und auf den Kopf stellt. Aber wir sind erst recht nicht auf Anpassungskurs gegenüber Regierung und Arbeitgebern.“

Den Staat sieht Loderer beileibe nicht als das Vollzugsorgan der Interessen der herrschenden Kapitalistenklasse, sondern nur „handfest in das Wirtschaftsgeschehen verstrickt“. Er sei weder „Agent der Monopole“ noch der „neutrale Sachwalter von Bevölkerungsinteressen“, sondern werde vielmehr zwischen diesen beiden Polen „hin- und hergerissen“. Womit Loderer dem Staat doch wieder einen Platz als „neutraler Sachwalter“ zugewiesen hat.

Während Eugen Loderer auf diese Weise ständig auf der Suche nach einer „dritten“ Position zwischen gesellschaftlicher Realität und realisierbarer Alternative war, zeichnete er in weiten Bereichen ein zutreffendes Bild der kapitalistischen Wirklichkeit. Der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften habe die „prinzipiellen Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten“ des bestehenden Systems nicht beseitigen können.

Die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft liege „fast überall noch einseitig

Keine Ausweitung der Rechte der Vertrauensleute

Seit dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall wird die Diskussion um eine satzungsmäßige Verankerung der Vertrauensleute als unterstes beschlußfähiges Organ der Gewerkschaft geführt. Die 8. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder sollte Auskunft geben, welche Vorstellungen der Vorstand der IG Metall über die weitere Entwicklung der Vertrauensleutearbeit hat.

Schon im Referat Eugen Loderers wurde deutlich, daß der Vorstand immer noch nicht bereit ist, dem jahre-

langen Drängen aus der Mitgliedschaft zu entsprechen. Loderer umging das Problem mit dem Hinweis, daß Entscheidungen im Rahmen der satzungsgemäßen Zuständigkeiten fallen. Das aber war nicht umstritten. Es geht vielmehr darum, den Vertrauensleuten ebenfalls satzungsmäßige Entscheidungsrechte einzuräumen.

in den Händen der Produktionsmittelbesitzer“. Es habe sich „wenig daran geändert, daß die Risiken unternehmerischer Fehlentscheidungen und die Folgen der unternehmerischen Gewinnpolitik noch immer zuallererst die Arbeitnehmer und ihre Familien treffen. Das haben in der Rezession die steigenden Arbeitslosenzahlen bewiesen. Und das beweisen heute die enormen Preissteigerungsraten...“

Loderer folgert, eine „Marktwirtschaft allein“ könne die Probleme der Zukunft nicht bewältigen. „Unser Weg ist die schrittweise und fortlaufende Veränderung der Gesellschaft.“ Die „Reformstrategie“ der IG Metall zielt auf die „Verbindung zwischen Tagespolitik und Reformpolitik“. Dazu zählte er Mitbestimmung, bessere Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen, Umweltschutz usw. „Allgemein ausgedrückt: Es geht um die Umstrukturierung des Sozialprodukts zugunsten gesellschaftlicher Bedürfnisse, welche die Qualität des menschlichen Lebens verbessern — heute und in einer nicht allzu fernen Zukunft.“

Obgleich Loderers „Gesellschaftsanalyse“ und „Standortbestimmung“ offensichtlich linken Kritikern und Alternativen — ja selbst der Forderung nach Gemeineigentum und Sozialisierung — den Wind aus den Segeln nehmen sollte, enthielt sie eine Fülle von Tatsachenfeststellungen, die die Notwendigkeit des konsequenten gewerkschaftlichen Kampfes gegen Monopolmacht und kapitalistische Machtstrukturen unterstrichen. In diese Richtung zielte auch die Feststellung von Georg Benz, daß das gegenwärtige Recht nur Ausdruck des augenblicklichen Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit sei und daß es darauf ankomme, erkämpfte Rechte bis an den Rand und darüber hinaus auszunutzen und weiterzuentwickeln.

G. Siebert

Loderer wie auch Dieckerhoff deuteten an, warum der Vorstand sich gegen mehr Rechte für die Vertrauensleute wendet. Sie meinten, es bestehe die Gefahr, daß bestimmte Kräfte, die auf basisdemokratischen Positionen stehen, den Aufstand der Basis gegen die Spitze probieren könnten. Doch darum geht es nicht. Es geht darum, die Schlagkraft der Gewerkschaft zu erhöhen. Dazu benötigt eine Gewerkschaft, eine richtige Politik vorausgesetzt, alle Organe von der Basis bis zum Vorstand.

Während Anke Fuchs noch im Frühjahr der Meinung war, daß es sinnvoller sei, die Vertrauensleutearbeit, wie die der Personengruppen, durch Richtlinien zu regeln, lehnte Loderer es ab — und das scheint gewerkschaftspolitisch zutreffend — die Vertrauensleute mit den Personengruppen zu vergleichen. Loderer stellte fest, daß die Vertrauensleute keine Gruppenvertreter, sondern gewerkschaftliche Funktionsträger sind — „die Eckpfeiler der gewerkschaftlichen Meinungsbildung im Betrieb und in der Organisation“. Dann aber kam er zu derselben Schlußfolgerung wie Anke Fuchs: keine satzungsmäßige Verankerung. Loderer und Dieckerhoff meinten, daß die Vertreterversammlung das unterste beschlußfassende Organ bleiben sollte, obwohl es Verwaltungsstellen gibt, die — wie Stuttgart — schon mehr als 100 000 Mitglieder haben.

Dieckerhoff mußte sich von dem Delegierten Rolf Knecht fragen lassen, ob die Diskussion in der Gewerkschaft für mehr innergewerkschaftliche Demokratie nicht völlig legitim sei. Indem Dieckerhoff von politischen Schreibern spreche, die die Geschäfte von Gewerkschaftsfeinden befolgten, ohne sie mit Namen und Adresse zu erwähnen, erwecke er den Eindruck als ob er, unter

Bezug auf außergewerkschaftliche Kräfte, die innergewerkschaftliche Demokratie einschränken wolle.

Es konnte überhaupt nicht überzeugen, wenn Dieckerhoff die Forderung nach einem Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie damit zu beantworten suchte, daß er sagte: „Wir demonstrieren den Ausbau der gewerkschaftlichen Demokratie dadurch, daß die Vorsitzenden aller Vertrauenskörper am Ort ihren Ausschuß wählen; dieser aus seiner Mitte den Vertreter für den bezirklichen Ausschuß wählt und dieser wiederum seinen Vertreter in den Ausschuß beim Vorstand delegiert.“

Die Notwendigkeit, dies zu tun, wurde von keinem Delegierten bestritten, aber Ausschüsse auf den einzelnen Ebenen ersetzen keineswegs die satzungsmäßige Verankerung der Vertrauensleute. Dieckerhoff konnte auch keine überzeugenden Argumente für seine Ablehnung der Forderung, nach Zusammenfassung der Vertrauensleute auf Konzernebene, vorbringen.

Gegen eine erhebliche Minderheit wurde der Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart, der forderte, daß die Arbeit der Vertrauensleute in der Satzung und nicht wie bisher in den Richtlinien festgelegt werden soll. Er geht an den Realitäten vorbei. Wenn in der Satzung im Grundsatz die Vertrauensleute als unterstes Organisationsorgan der IG Metall aussprach.

Abgelehnt wurde auch der etwas ungeheime Antrag der Verwaltungsstelle Stuttgart, der forderte, daß die Arbeit der Vertrauensleute in der Satzung und nicht wie bisher in den Richtlinien festgelegt werden soll. Er geht an den Realitäten vorbei. Wenn in der Satzung im Grundsatz die Vertrauensleute als unterstes Organisationsorgan festgelegt sind, ist die Konkretisierung der Arbeit in Richtlinien kein Gegensatz. Wesentlich sollte jedoch sein, auch die Richtlinien vom Gewerkschaftstag zu verabschieden und nicht, wie bisher, vom Vorstand.

Die Konzeption des Vorstandes zur Vertrauensleutearbeit wurde deutlich im Antrag 24 der Abteilung Vertrauensleute, in dem es heißt, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten „von den Vertrauensleuten artikuliert und durch demokratische Beschlüsse in den zuständigen Gremien zu Forderungen und gewerkschaftlichen Kampfzielen erhoben werden“. Die Forderungen aus den Verwaltungsstellen laufen darauf hinaus, den Vertrauensleuten nicht nur das Recht zuzugestehen, Interessen zu artikulieren, sondern selbst zu gewerkschaftlichen Kampfzielen zu erheben.

Verlauf und Ergebnisse der 8. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder zeigen, daß das Thema der satzungsmäßigen Verankerung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf der Tagesordnung dieser Gewerkschaft bleiben wird und sicherlich auf dem 11. Gewerkschaftstag wieder zur Diskussion steht.

Heinz Schäfer

Wie ist die Zukunft des Autos und der Automobilarbeiter?

Jahrzehntelang lag die Automobilindustrie, was Wachstum und Gewinn betrifft, an der Spitze in der bundesdeutschen Wirtschaft. Eine Expansion sondergleichen trieb Produktion und Produktivität sowie den Profit der Autokonzerne immer höher. Inzwischen scheint aber die Automobilindustrie die Grenzen des Wachstums erreicht zu haben. Mehrere große Autokonzerne haben Produktionseinschränkungen und Kurzarbeit angekündigt. Das geschieht zwar im Augenblick der Ölkrise, die aber nicht die Ursache der Flaute auf dem Automobilmarkt ist. Der Grund liegt vielmehr in der beginnenden „Marktsättigung“.

Um die Zukunft des Autos ging es auch auf der 6. Konferenz der IG Metall für die Automobilindustrie am 8. und 9. November in Böblingen. Teilnehmer waren 300 Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute und IG-Metall-Angestellte aus den Verwaltungsstellen. Neben dem Eröffnungsreferat des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer standen vier weitere Vorträge auf der Tagesordnung, die sich mit Problemen der Automobilindustrie befaßten. Leider wurde in allen Referaten zuviel von der Zukunft des Autos und zuwenig von der sozial- und lohnpolitischen Gegenwart der Automobilarbeiter gesprochen. Das begann schon mit dem Einführungsreferat Eugen Loderers, der sich heftig gegen die „Verteufelung“ des Autos zur Wehr setzte, aber beispielsweise zur Vorbereitung der Lohnbewegung der Metallarbeiter nur ein paar allgemeine Bemerkungen machte.

Auch die vier Hauptreferate „Arbeits-sicherheit als integrierte Aufgabe bei Planung“, „Vorbereitung und Durchführung industrieller Arbeit“, „Automobil- und Regionalplanung“ sowie „Stand der Arbeiten auf den Gebieten Entgiftung und Sicherheit“ waren zwar interessant, aber doch ohne direkten gewerkschaftspolitischen Bezug. Lediglich der Vortrag des Schweden Jan Hodann vom schwedischen Industrieministerium über „Neue Techniken im Automobilbau“ betraf ein Problem, mit dem nicht nur in Schweden die Gewerkschaften konfrontiert sind.

Hodann zerstörte die Legende, die Stilllegung der Fließbänder bei den schwedischen Automobilwerken Volvo sei eine Maßnahme zur Humanisierung des Arbeitsplatzes und diene den Interessen der Arbeiter. Tatsächlich sei diese Änderung angeordnet, weil die Rentabilität der Fließbandproduktion durch zunehmende Fluktuation wegen der zu hohen Beanspruchung der Arbeiter am Fließband infrage gestellt sei. Die Abkehr vom Fließband sei nicht das Ergebnis humanitärer Erwägungen, sondern rentabilitätsorientierte Zielsetzung.

Um die in den Vorträgen aufgeworfenen Fragen zu diskutieren, wurden drei Arbeitskreise gebildet, die unter den Themen „Zukunft der Arbeit“, „Sicherheit am Arbeitsplatz“ und „Neue Techniken im Automobilbau“ die Aussprache durchführten. Das meiste Interesse fand bei den Teilnehmern der Arbeitskreis 1, und hier gab es auch die gewerkschaftspolitisch wichtigsten Diskussionen; so über die Zukunft des Arbeitsplatzes.

Das Betriebsratsmitglied Gieseke von VW Hannover verurteilte in diesem Zusammenhang den Kapitalexpert der Autokonzerne in sogenannte Billiglohnländer, um dort Betriebe aufzubauen, die u. a. Motore herstellen, die dann in die Bundesrepublik eingeführt werden, um Löhne zu unterbieten und Arbeitsplätze zu gefährden. Vorgeschlagen wurde, die Arbeitszeit herabzusetzen, und zwar für Arbeiter am Fließband auf sechs Stunden und für die übrigen Beschäftigten auf sieben Stunden sowie vorzeitige Pensionierung nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit bei Zahlung einer zusätzlichen Betriebsrente.

Allgemein konnte auch Unzufriedenheit über die Tarifverträge in der Automobilindustrie festgestellt werden. So forderte der Delegierte Feuerstein von Daimler-Benz, Mannheim, die Tarifverträge verständlicher zu machen und die „Lohnrdrift“ zu verhindern. Das Betriebsratsmitglied bei Opel Rüsselsheim, Halm, stellte fest, daß es immer wieder neue Tätigkeiten im Betrieb gebe, die im Tarifvertrag nicht erfaßt sind. Auch die Forderung nach Branchenverträgen wurde wieder aufgeworfen, so von dem Betriebsratsvorsitzenden Böhm, Audi-NSU, Ingolstadt, der bemängelte, daß die allgemeinen Verträge für die Metallarbeiter die Unterschiede zur Automobilindustrie nicht genug berücksichtigen. Die Mehrheit der Teilnehmer lehnte jedoch Branchenverträge ab, so Karl Walz, mit der Feststellung, die Solidarität aller Metallarbeiter sei wichtiger für den Lohnkampf als spezielle Branchenverträge.

Deutlich wurde auch eine Politisierung der Automobilarbeiter gefordert, u. a. vom Delegierten Beiske, Adam Opel, Bochum, der auf die Abhängigkeit der Autoindustrie von der allgemeinen Konjunkturlage und auf den zunehmenden politischen Einfluß der Autokonzerne hinwies, die durch die Konzentration immer mächtiger geworden seien.

In der Arbeitsgruppe 2 wurde kritisiert, daß die Arbeitssicherheit in der gewerkschaftlichen Arbeit nicht überall die ihr zukommende Beachtung finde. Arbeitssicherheit müsse eine wichtige Teilaufgabe der Gewerkschaftspolitik werden. Gefordert wurde die ausreichende Einstellung von Sicherheitsbeamten in den Betrieben, die zwar von den Unternehmern bezahlt, aber von den Gewerbeaufsichtsämtern angestellt werden sollten.

In der Arbeitsgruppe 3 wurde mehr Einfluß auf die Gestaltung neuer Techniken durch die Gewerkschaften gefordert. In Zukunft soll durch tarifvertragliche Bestimmungen die technische Entwicklung beeinflusst werden, um die Arbeitsplätze menschlicher zu gestalten. Eine weitere Forderung war, Festlöhne nur abzuschließen, wenn auch von festen Arbeitsbedingungen ausgegangen werden könne.

Abgeschlossen wurde die Tagung mit einer Podiumsdiskussion, die sich noch einmal mit der Rolle des Autos in der Gesellschaft beschäftigte. An dieser Diskussion nahmen u. a. die Staatssekretäre Haar vom Bundesverkehrsministerium und Abress vom Bundeswohnungsbauministerium sowie der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, Diekmann, teil. Den Standpunkt der IG Metall umriß dabei der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates von VW, Siegfried Ehlers, der feststellte, daß alle verkehrspolitischen Überlegungen, die das Auto betreffen, davon ausgehen müßten, Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

Wer nur die Beseitigung des Autos fordere, ohne zu sagen, womit die Arbeiter in der Automobilindustrie ihr Brot für sich und ihre Familien verdienen sollten, stoße auf den geschlossenen Widerstand der IG Metall. Gerade wegen der Berufsrisiken müsse die Gewerkschaft auf volle paritätische Mitbestimmung bestehen.

Das Schlußwort sprach der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, der noch einmal forderte, die Frage der Arbeitssicherheit in die gewerkschaftliche Tarifpolitik einzubeziehen und an den Modellcharakter des Lohnrahmentarifvertrages 2 für Nordwürttemberg/Nordbaden erinnerte, der die Voraussetzungen für den Kampf um menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes geschaffen habe. sr

„Bildungsreform hängt vom Kräfteverhältnis ab“

Im Essener Saalbau tagte vom 6. bis 8. November 1973 die Bildungspolitische Konferenz des DGB. Es war die erste DGB-Tagung dieser Art. Maria Weber, stellvertretende DGB-Vorsitzende, umriß die Aufgabenstellung der Konferenz: „Diese Bildungspolitische Konferenz soll, ausgehend von der derzeitigen Bildungssituation, einen Beitrag leisten — in Referaten und Diskussionen — zur Klärung und Konkretisierung unserer bildungspolitischen Vorstellungen und mit dazu beitragen, bildungspolitische Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit für die nächste Zeit zu setzen.“

Der DGB-Vorsitzende Vetter unterstrich in seinem Grußwort: „Die Bildungspolitik hat für unsere gesellschaftliche Entwicklung vorrangige Bedeutung.“ Bei den Auseinandersetzungen zeige sich: „Ansätze für eine grundlegende Reform des Bildungswesens gefährden den unkontrollierten Einflußbereich der wenigen. Die Wortführer des bestehenden Zustandes haben gar nicht so unrecht: Hier sollen und werden Weichen für eine langfristige Veränderung gestellt. Unsere These gilt unverändert: Wenn die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verändern ist, dann in den Betrieben und in den Schulen. Und wenn wir Chancen für innere Reformen sehen, so vor allem in der Mitbestimmung und in der Bildungsreform.“

In einer Zeit des wissenschaftlich-technischen Umbruchs müsse zwangsläufig die Bedeutung der Bildung zunehmen. Nicht zuletzt deshalb sei der Ruf nach Bildungsreform laut geworden. Vetter wörtlich: „Ja, selbst diejenigen stimmen in ihn ein, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Verwertungsmöglichkeiten ihres Kapitals gefährdet sehen; auch sie wollen ‚reformieren‘. Hier muß klar gesagt werden: Ihre Reform ist nicht unsere Reform!“ Und: „Die Durchsetzung der Bildungsreform hängt entscheidend vom allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis ab.“

Allerdings registrierten die Tagungsteilnehmer in Veters Rede auch einen Mißton. Er sagte: „Ich halte es für einen Skandal, Milliardenbeträge für neue Universitäten auszugeben, aber die sozialen Probleme des Bildungswesens weiterhin stiefmütterlich zu behandeln.“ Es kann jedoch nicht im Interesse der Gewerkschaften liegen, die Berufsausbildung gegen die Hochschulbildung auszuspielen. So stehen die Fronten nicht! Gerade den Gewerkschaften kommt eine besondere Aufgabe zu, sich um die Zusammenführung aller Lernenden und Lehrenden in Schule, Betrieb und Universität zu be-

mühen, damit die Probleme, vor denen alle gemeinsam stehen, gemeinsam gegen den wirklichen Gegner, das Großkapital, gelöst werden können.

In einem einleitenden Referat erklärte Maria Weber, daß das Bildungswesen zu den Bereichen in der BRD gehöre, „in denen die Kluft zwischen der demokratischen Verfassung und der Verfassungswirklichkeit besonders deutlich wird“. Kritisch setzte sie sich mit den „Markierungspunkten“ der Bundesregierung zur Reform der beruflichen Bildung auseinander. Sie erklärte, den Gewerkschaften würden nur beratende und Mitwirkungsfunktionen in der Berufsausbildung nicht genügen. „Wir verlangen echte Mitbestimmungsrechte, denn nur auf diese Weise kann eine weitergehende Demokratisierung unseres Bildungswesens und der Gesellschaft erreicht werden.“ Da die Unternehmerrkammern eindeutige Interessenvertretungen der Unternehmer seien, dürften sie künftig keine Aufgaben mehr im Bildungsbereich haben.

Frau Weber kritisierte, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, endlich ein einheitliches Berufsbildungsgesetz zu schaffen. Nach wie vor sollen Handwerk und öffentlicher Dienst ausgeklammert werden. Ebenso sei in den „Markierungspunkten“ eine Neuregelung der Finanzierung — die Gewerkschaften fordern einen Berufsbildungsfonds, dessen Mittel die Unternehmer aufzubringen haben — unterblieben. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende erklärte, damit die Reformen vorankämen, bedürfe es intensiver Bemühungen. „Die Gewerkschaften sind bereit, mit allen fortschrittlichen Kräften zusammenzuarbeiten.“

Eine wenig glückliche Rolle spielte Bildungsminister Dohnanyi. Nachdem er sich in seinem Referat an die Gewerkschaften anbindern wollte („Die Gewerkschaften sind der wichtigste Partner der Bundesregierung — auch auf dem Feld der Bildungspolitik.“), versuchte er, die Regierungspolitik als Erfüllung gewerkschaftlicher Forderungen

zu verkaufen und für Verständnis zu werben, wenn er nicht die Konfrontation zur CDU/CSU suche: „Wir haben uns bewußt für eine Alternative entschieden, mit der wir die Opposition und die CDU/CSU-geführten Länder so weit wie möglich an unsere Konzeption heranführen konnten.“ Dohnanyi versuchte, die Gewerkschaften festzulegen auf die „Grenzen, innerhalb derer wir uns bewegen“, fand jedoch bei den Delegierten kaum Resonanz.

Der GEW-Vorsitzende Frister unterstrich noch einmal die DGB-Forderung, bis 1985 die Bildungsausgaben auf acht Prozent des Bruttosozialprodukts zu steigern. „Bundeskanzler und Ministerpräsidenten haben gesagt, schön wäre es, wenn. Der Finanzplanungsrat und die Finanzminister haben nein dazu gesagt und sechs Prozent als Schallmauer errichtet. Acht Prozent des Bruttosozialprodukts für das Bildungswesen, das haben andere vergleichbare und auch ärmere kapitalistische Industrieländer erreicht. Wir brauchen das System nicht zu stürzen, um dieses Ziel zu erreichen. Es genügt, daß wir mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und der Sozialbindung des Eigentums ernst machen, daß wir den rücksichtslosen Gebrauch wirtschaftlicher Macht einschränken und daß wir diejenigen künftig in gerechter Weise zur Kasse bitten, die bisher über zwei Jahrzehnte von einem höchst unsozialen Steuerrecht profitiert und Reichtümer aufgehäuft haben.“

Nach den Referaten tagte die Konferenz in sechs Arbeitsgemeinschaften weiter. Die Einführungen in die Arbeitsgruppen sind übrigens im ersten Heft einer neuen DGB-Zeitschrift — „Gewerkschaftliche Bildungspolitik“ — abgedruckt, die während der Konferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Arbeitsgemeinschaften beschäftigten sich mit den Themen „Materielle Auszubildungsförderung des einzelnen“, „Gleichwertigkeit der Bildungsgänge“, „Öffnung und Durchlässigkeit“, „Sozialgerechte Bildungsfinanzierung“, „Demokratische Neubestimmung der Ziele, Inhalte und Verfahren“ und „Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Betroffenen“.

Den Abschluß der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion „Gewerkschafter fragen — Politiker antworten“, deren Funktion etwas im unklaren blieb, da hier nur die ohnehin bekannten Gegensätze aufeinanderprallten. Sicher wäre es besser gewesen, die Zeit zu nutzen, noch mehr über die Umsetzung und Verwirklichung der bildungspolitischen Forderungen des DGB nachzudenken.

Wolfgang Bartels

DPG-Personalräte fordern: Demokratie durch Mitbestimmung

Probleme der Rationalisierung bei der Deutschen Bundespost und die Forderung nach Ausweitung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung standen im Mittelpunkt der 7. Bundespersonalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), die unter dem Motto „Mehr Demokratie durch Mitbestimmung“ am 26. und 27. November 1973 in Ludwigshafen stattfand.

Der Vorsitzende der DPG, Ernst Breit, ging in seinem Einführungsreferat auf die angekündigte Gebührenerhöhung bei der Deutschen Bundespost ein. Sie ist nach Ansicht der DPG nicht berechtigt und trifft in erster Linie die arbeitende Bevölkerung. Breit warnte die Bundesregierung eindringlich davor, Dienstleistungen der Bundespost, die der Bevölkerung zugute kämen, einzuschränken bzw. zu verteuern.

Zentrales Thema des Referates von Ewald Wehner, Personalrätesekretär beim Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft, waren Fragen einer konsequenteren Interessenvertretung der sozialen Belange des Postpersonals. Durch Rationalisierungsmaßnahmen versuche die Post, dem Postpersonal immer mehr Arbeitsleistungen aufzubürden und gleichzeitig soziale Vergünstigungen abzubauen. Von 1966 bis 1970 sei die Leistung der Bundespost um 34,6 Prozent, der Personalbestand jedoch nur um 2,6 Prozent gestiegen. Durch neue Bemessungsverfahren, Einführung von Erfolgskontrollen und neue Führungsmethoden werde versucht, die Arbeitsleistungen zusätzlich zu steigern, die Beschäftigten untereinander zu spalten und sie verstärkt sozialpartnerschaftlich zu beeinflussen.

Diesem Rationalisierungsdruck zu Lasten der Beschäftigten könne nur wirksam begegnet werden, wenn alle gesetzlichen und tariflichen Mitbestimmungsmöglichkeiten konsequent im Interesse der Beschäftigten genutzt und die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung erweitert werde. Die DPG setze sich mit aller Entschiedenheit für die Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung und für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes ein.

Harte Kritik wurde von dem Referenten in diesem Zusammenhang an dem Regierungsentwurf zum Personalvertretungsgesetz geübt, der in wesentlichen Punkten nicht den Forderungen der DGB-Gewerkschaften entspreche. Insbesondere das verstärkte Gruppenprinzip, der Minderheitenschutz und die schwache Verankerung der gewerkschaftlichen Rechte entsprechen nicht den Interessen der Beschäftigten.

Nach einem Referat des Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Hans Busch, meldete sich in der anschließenden Diskussion eine große Anzahl jugendlicher zu Wort. Sie verwiesen auf die mangelhafte Ausbildung bei der Post, auf massive Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, auf die fehlende pädagogische Qualifikation vieler Ausbilder und auf vielfältige Versuche, kritische Jugendliche einzuschüchtern und zu disziplinieren. Es wurde nachgewiesen, daß auch im Postbereich gewerkschaftlich engagierte Jugendvertreter damit rechnen müssen, nach Abschluß der Ausbildung nicht weiterbeschäftigt zu werden. Dabei wurde von den Jugendlichen auch Kritik daran geübt, daß viele Personalräte der DPG nicht entschieden genug die Belange der Jugendlichen vertreten.

In den fünf Arbeitskreisen der Konferenz erarbeiteten die Delegierten Stellungnahmen und Entschlüsse zu den „Arbeitsbedingungen der Personalräte“, der „Zusammenarbeit örtliche Personalräte-Stufenvertretung“, „Rationalisierung“, „DPG und Personalräte (Personaljugendvertreter)“ und „Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte“. Der Konferenz lagen außerdem über 100 Anträge vor, die in den Arbeitskrei-

sen diskutiert und in der Konferenz verabschiedet wurden.

Es wurde u. a. gefordert, „daß durch die Rationalisierung vorrangig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten verbessert werden sollen, daß rechtzeitig Umschulungsmaßnahmen eingeleitet werden und daß durch die Mitbestimmung des Personals bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen soziale Nachteile für den einzelnen ausgeschlossen werden sollen“. Im neuen Personalvertretungsgesetz soll die uneingeschränkte gewerkschaftliche Betätigung von Personalratsmitgliedern und Personaljugendvertretern garantiert werden, dem Personalrat in allen Mitbestimmungsangelegenheiten ein Initiativrecht zugestanden werden, der geplante Versagungskatalog gestrichen und bei der Bildung von Gesamtpersonalräten ein Delegationsrecht eingeführt werden.

Die Konferenz erarbeitete außerdem eine Reihe von Vorschlägen zur stärkeren gewerkschaftlichen Orientierung der Personalrätearbeit und unterstrich damit die Aussage von Ewald Wehner: „Personalrätearbeit ist betriebliche Gewerkschaftsarbeit.“ Wichtige Impulse gingen dabei von dem Entwurf des gesellschafts- und berufspolitischen Programms der DPG aus (vgl. NACHRICHTEN 10 und 11/73), auf dessen Forderungen in der Konferenz wiederholt hingewiesen wurde.

Der Verlauf der Bundespersonalrätekonferenz zeigte, daß ein Teil der Personalräte der DPG zunehmend kritischer auf sozialpartnerschaftliche Argumentationen reagiert und sich für eine wirksame Vertretung der sozialen Interessen der Beschäftigten einsetzt. Als Gäste der DPG nahm am zweiten Tag eine Studiendelegation von 22 sowjetischen Postgewerkschaftskollegen an der Bundespersonalrätekonferenz teil.

B. D./W. P.

Bundeskongress der dju

Seit der letzten Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier im Jahre 1970 hat sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Journalisten nahezu verdoppelt und nähert sich der 4000-Grenze. Bei den Tageszeitungen hat die dju damit fast ebenso viele Mitglieder wie der außergewerkschaftliche Deutsche Journalistenverband (DJV). Diese Erfolgsbilanz zog dju-Bundesvorsitzender Eckart Spoo auf der ordentlichen Bundeskonferenz vom 8. bis 10. November 1973 in Springen (Taunus).

Die Hauptarbeit der Konferenz bestand in der Beratung der 95 Anträge und

18 Initiativanträge, von denen mehrere zugleich als Anträge an den 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 1974 gerichtet wurden. Einer der Schwerpunkte lag in der Forderung nach Mitbestimmung in den Zeitungshäusern. Diese könne nur verwirklicht werden, wenn sie für alle in den Pressebetrieben Beschäftigten durchgesetzt werde. Notwendig sei es, Tarifverträge zu verwirklichen, in denen publizistische und personelle Mitbestimmungsrechte in enger Verbindung mit den Betriebsräten enthalten seien. Diskussionen gab es auch über mögliche Wege zur Bildung einer einheitlichen Mediengewerkschaft im DGB

Organisatorische Voraussetzungen für Mediengewerkschaft schaffen!

Interview mit Leonhard Mahlein

Zahlreiche Organisationen der Schriftsteller, Künstler, Publizisten in Wort und Bild und andere im Medienbereich Tätige fordern schon seit Jahren eine einheitliche Mediengewerkschaft im DGB. Bei den Diskussionen um die Verwirklichung dieser Forderung nimmt die IG Druck und Papier eine Schlüsselstellung ein. Über den Stand der Schaffung der Mediengewerkschaft befragte das Mitglied unseres Redaktionskollegiums Werner Petschick den 1. Vorsitzenden der IG Druck und Papier und Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, Leonhard Mahlein.

NACHRICHTEN: Kollege Mahlein, es scheint im Augenblick, als ob das Thema Mediengewerkschaft weit zu-

rückgedrängt worden wäre. Stimmt dieser Eindruck oder geht es beharrlich weiter?

Leonhard Mahlein: Nach den vielen und sehr differenzierten Diskussionen, die auch in der Öffentlichkeit über das Thema Mediengewerkschaft geführt wurden, ist nun etwas mehr Ruhe eingetreten, um die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Geirrt haben alle jene, die glaubten, eine Mediengewerkschaft könnte auf Anhieb geschaffen werden, denn es handelt sich dabei nicht nur um einen weitgesteckten Bereich, der inzwischen über 80 verschiedene Verbände in Überlegungen mit einbezieht, sondern auch um Vorgänge, die eine Reform oder Teilreform des DGB notwendig machen. Die gegenwärtige Aufgabe ist also, die organisatorischen Voraussetzungen für den ersten und weitere Schritte zu schaffen.

NACHRICHTEN: Der Verband der Schriftsteller (VS) hat seinen Beitritt zur IG Druck und Papier beschlossen. Wie vollzieht sich das konkret, welche Erfahrungen wurden dabei bis heute gemacht?

Leonhard Mahlein: Die einzelnen Landesverbände der Schriftsteller sind gegenwärtig in Gemeinsamkeit mit der IG Druck und Papier dabei, den Übertritt der einzelnen Mitglieder vom VS in die IG Druck und Papier zu vollziehen. Die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, sind unterschiedlich und hängen von der jeweiligen Aktivität der einzelnen Landesverbände ab. Allerdings stellt sich dabei heraus, daß von der überwältigenden Mehrheitsentscheidung des 2. Schriftstellerkongresses in Hamburg für die Industriegewerkschaft Druck und Papier bis zur Bewußtseinsbildung des einzelnen Schriftstellers hin zur Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft vielfach noch wesentliche Arbeit geleistet werden muß. Es dürfte sich herausstellen, daß die vereinbarte Übertrittszeit bis zum 31. 12. 1973 zu kurz ist und daß auch das Jahr 1974

noch zusätzlich für die Mitgliederwerbung genutzt werden muß. Ich bin überzeugt, daß die Delegiertenversammlung des Verbandes Deutscher Schriftsteller am 9./10. November 1973 in München einen wesentlichen Beitrag in dieser Richtung geleistet hat.

NACHRICHTEN: Wie beurteilt die IG Druck und Papier den Stand der Diskussion bei der Rundfunk-, Film- und Fernseh-Union (RFFU)? Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Kunst gibt es?

Leonhard Mahlein: Der DGB-Bundesvorstand hat sich vor kurzem auf Antrag der Gewerkschaft Kunst mit der Frage der Mediengewerkschaft beschäftigt und sowohl den Hauptvorstand der IG Druck und Papier als auch den Zentralvorstand der Gewerkschaft Kunst beauftragt, Wege zur gemeinsamen Arbeit zu suchen. Ein solches Gespräch soll auf Einladung der IG Druck und Papier noch Mitte Dezember 1973 erfolgen.

Beim ersten Schritt zu einer Mediengewerkschaft geht es meines Erachtens darum, zunächst einmal alle Arbeitnehmer der Publizistik gewerkschaftlich zu erfassen. Das sollte zwischen den DGB-Gewerkschaften zunächst in einer kooperativen Zusammenarbeit möglich sein, besonders bezogen auf die Vertretung der sozialen Interessen der Mitglieder der beiden Gewerkschaften. Da es keine festen Tätigkeitsgrenzen zwischen Journalisten der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens und auch nicht zu den Autoren hin gibt, sondern diese Tätigkeitsgebiete sehr flüssig in allen publizistischen Bereichen verlaufen, ist in diesem Bereich auch eine gewerkschaftliche Konzentration erforderlich. Der vom letzten DGB-Bundeskongress beschlossene Antrag der IG Druck und Papier, nach dem die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst (insbesondere die RFFU) die beiden Säulen einer künftigen Mediengewerkschaft bilden sollen, macht eine engere intensive Zusammenarbeit erforderlich.

NACHRICHTEN: Wie muß man die gegenwärtige Rolle des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) bei der Entwicklung zu einer Mediengewerkschaft sehen?

Leonhard Mahlein: Der Deutsche Journalisten-Verband kann bei dem Thema Mediengewerkschaft nicht übersehen werden, denn immerhin handelt es sich dabei um ca. 10 000 Mitglieder. Allerdings scheint innerhalb des DJV der Meinungsbildungsprozeß für einen gewerkschaftlichen Anschluß noch nicht abgeschlossen zu sein. Ich bin der Meinung, daß sich der DJV in dem sich vollziehenden Konzentrationsprozeß innerhalb der Kommunikationsmittel allein auf längere Sicht gesehen nicht mehr behaupten kann und deshalb auch innerhalb des DJV die Frage des gewerkschaftlichen Anschlusses intensiver als bisher diskutiert werden muß.

Normale Beziehungen mit FDGB-Gewerkschaften hergestellt

Vereinbarte Mitteilungen im Wortlaut

Im vergangenen Monat weilten Delegationen des Vorstandes der IG Metall, der Hauptvorstände der IG Druck und Papier und der IG Chemie-Papier-Keramik sowie des DGB-Bundesjugendausschusses in der DDR und nahmen mit den entsprechenden Industriegewerkschaften im FDGB bzw. mit dem Jugendausschuß des FDGB-Bundesvorstandes Beziehungen auf. Mit Ausnahme der Delegation der IG Chemie — sie war am 1. und 2. November in Halle/DDR — haben alle Delegationen mit ihrem jeweiligen Partner eine gemeinsame Pressemitteilung vereinbart. Diese bedeutungsvollen Dokumente veröffentlichen wir in vollem Wortlaut.

Metall

Auf Einladung des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Metall im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund weilte vom 16. bis 22. November 1973 eine achtköpfige Delegation des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland zu einem Studienbesuch in der DDR. Die Delegation wurde vom Kollegen Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, geleitet.

Der Vorsitzende der IG Metall im FDGB, Kollege Reinhard Sommer, informierte die Delegation über Rolle und Aufgaben der IG Metall im FDGB beim Aufbau des Sozialismus und über die Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Die Delegation informierte sich eingehend über die Arbeit der Bezirksvorstände der IG Metall Dresden und Erfurt und die gewerkschaftliche Tätigkeit der Betriebsgewerkschaftsorganisationen VEB Kombinat NAGEMA, Dresden, VEB Kombinat Umformtechnik Erfurt sowie des VEB Kombinat Stahl- und Walzwerk Brandenburg und führte zahlreiche Gespräche mit Werktätigen, Vertrauensleuten, Funktionären der Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen, Vertretern der Kombinateleitungen sowie mit Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperation Berlstedt.

Der Vorsitzende der IG Metall für die BRD, Kollege Eugen Loderer, brachte im Namen der Delegation die Befriedigung über die vorgefundene Informationsbereitschaft, Offenheit und Sachlichkeit zum Ausdruck, die sich in allen Gesprächen zeigte. Die Delegation der IG Metall war auf der Grundlage der sachlich geführten Gespräche beeindruckt von der Aufbauleistung der Bevölkerung der DDR.

Im Gedenken an die Millionen Opfer, die in der Zeit des Faschismus einge-

kerkert, gefoltert und ermordet wurden, besuchten die Vertreter der IG Metall im DGB, begleitet von Mitgliedern des Zentralvorstandes der IG Metall im FDGB, Mahn- und Gedenkstätten, unter anderem das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald.

Beide Seiten stimmte der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Organisationen, wie sie zwischen souveränen Gewerkschaften üblich sind, zu. Sie bekräftigten damit die Verantwortung der IG Metall im FDGB und im DGB für Frieden, Entspannung und Sicherheit in der ganzen Welt. Sie stimmen überein, ihre Kräfte verstärkt zum Wohle der arbeitenden Menschen einzusetzen und den Entspannungsprozeß weiter zu fördern. In diesem Sinne werden sie auch das vereinbarte Treffen der Vorsitzenden der europäischen Gewerkschaftsbünde im Rahmen der zweiten Regionalkonferenz der ILO im Januar 1974 in Genf unterstützen.

Beide Seiten begrüßten die Entspannung und die abgeschlossenen internationalen Verträge. Sie drücken ihre Hoffnung für einen positiven Abschluß der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit aus, weil sie darin günstige Möglichkeiten sehen für die Weiterführung von Beziehungen zwischen Gewerkschaften, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen wirken, darunter der IG Metall in der DDR und der BRD.

Beide Seiten verurteilen auf der Grundlage ihrer eigenen — sowie der Erklärungen ihrer Bünde den Putsch der Militärjunta gegen die verfassungsmäßige Regierung Chiles.

Beide Seiten kamen in ihren Gesprächen überein, die künftigen Schritte zum Austausch weiterer Delegationen in ihren Vorständen zu beraten. Der Vorstand der IG Metall in der BRD sprach eine Gegeneinladung zu einem Studienbesuch in die Bundesrepublik Deutschland aus, die durch den Zen-

tralvorstand der IG Metall im FDGB angenommen wurde. Beide Seiten stimmen einem ständigen Informationsaustausch zu.

Zum Abschluß der Gespräche fand eine Begegnung mit dem Vorsitzenden des FDGB, Kollegen Herbert Warnke, statt, an der der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Metall im FDGB, Kollege Reinhard Sommer, sowie der Vorsitzende der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Kollege Eugen Loderer, und der 2. Vorsitzende, Kollege Hans Mayr, teilnahmen. Der Vorstand der IG Metall dankte im Namen der Delegation für die freundliche Aufnahme und erwiesene Gastfreundschaft.

Druck und Papier

Auf Einladung der IG Druck und Papier im FDGB weilte in der Zeit vom 12. November bis 17. November 1973 eine Delegation des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier im DGB, der der Vorsitzende, Leonhard Mahlein, und der 2. Vorsitzende, Herbert Schwiedel, angehörten, zu einem Informationsbesuch in der DDR. Die Delegation hatte Gelegenheit, die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter und die Tätigkeit der IG Druck und Papier in der DDR kennenzulernen. Sie besuchte in Dresden den grafischen Großbetrieb „Völkerfreundschaft“, die Betriebsberufsschule und machte sich mit sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie den Sehenswürdigkeiten der Stadt vertraut. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Druck und Papier im FDGB, Heinz Deckert, informierte die Gäste über die Tätigkeit der Industriegewerkschaft beim sozialistischen Aufbau in der DDR. Der Vorsitzende der IG Druck und Papier im DGB, Leonhard Mahlein, gab Informationen über die Arbeit seiner Organisation in der BRD. Die Gespräche fanden in einer offenen und sachlichen Atmosphäre statt. Beide Seiten sprachen sich im Interesse der Arbeiterbewegung für normale gleichberechtigte Beziehungen, wie sie international üblich sind, zwischen ihren Organisationen aus.

Ausgehend von der Solidarität der arbeitenden Menschen für Frieden und Sicherheit, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen die Machenschaften der multinationalen Monopole halten sie die Normalisierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften, die in unterschiedlichen sozialen Systemen die Interessen der Arbeiter vertreten, für möglich und notwendig.

In diesem Sinne unterstützen sie solche gewerkschaftlichen Initiativen, wie das Treffen führender Vertreter der europäischen Gewerkschaften in Verbindung mit der 2. Regionalkonferenz der ILO im Januar 1974 in Genf. Sie halten darüber hinaus die Vorbereitung und Durchführung einer europäischen Ge-

werkschaftskonferenz für nützlich und erstrebenswert.

Im Meinungsaustausch zu internationalen Fragen heben sie die große Rolle, die das europäische Vertragswerk für Entspannung und Zusammenarbeit spielt, hervor. Der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD und die Aufnahme der DDR und der BRD in die Vereinten Nationen haben zur Festigung des Friedens in Europa beigetragen. Die IG Druck und Papier im FDGB und die IG Druck und Papier im DGB sind der Auffassung, daß dies im Zusammenhang mit der europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die noch in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden sollte, auch gute Bedingungen für die Arbeit der Gewerkschaften schafft.

Entschieden verurteilen beide Seiten den Putsch der Militärjunta gegen die verfassungsmäßig gewählte Regierung der Volkseinheit Chiles und die Ermordung des Präsidenten Salvador Allende. Sie fordern die sofortige Einstellung der blutigen Repressalien, die Freilassung der eingekerkerten chilenischen Patrioten und die Aufhebung des Verbots der Tätigkeit des einheitlichen Gewerkschaftszentrums der Werktätigen Chiles.

In den Gesprächen wurde Übereinstimmung über nächste Schritte zur weiteren Normalisierung der Beziehungen festgestellt. Der Zentralvorstand der IG Druck und Papier im FDGB nahm die Einladung zur Fortsetzung des Informationsaustausches in der BRD an. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier im DGB sprach die Einladung zum 10. Gewerkschaftstag in Hamburg aus. Die Einladungen für eine Studiendelegation des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier im DGB zu Fragen der Bildungsarbeit, insbesondere der Berufsausbildung in der grafischen Industrie in der DDR, und eine Studiendelegation des Jugendausschusses des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier im DGB in die DDR wurden angenommen. Die Termine dazu werden noch gegenseitig vereinbart.

Jugend

Auf Einladung des Jugendausschusses des Bundesvorstandes des FDGB weilte vom 11. bis 15. November 1973 eine Delegation des DGB-Jugendausschusses — entsprechend einer Vereinbarung der Bundesvorstände des FDGB und des DGB — zu einem Studienaufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Studienprogramm wurde mit einem Zusammentreffen mit dem Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Bundesvorstandes des FDGB, Kollegen Helmut Thiele, sowie weiteren Mitgliedern des Jugendausschusses des Bundesvor-

standes des FDGB eröffnet. Kollege Helmut Thiele gab einen Überblick über die Rolle des FDGB als Klassenorganisation und Interessenvertreter der Arbeiterklasse in der DDR und die Jugendarbeit des FDGB.

Die Mitglieder des DGB-Bundesjugendausschusses nahmen die Gelegenheit wahr, sich im Bezirk Dresden an Ort und Stelle über die Tätigkeit des FDGB und seiner Jugendausschüsse in einer sozialistischen Gesellschaft zu informieren. Im VEB Rohrkombinat Riesa überzeugten sich die Vertreter der DGB-Jugend von den Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und den Rechten und der Verantwortung der Betriebsgewerkschaftsorganisation bei der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie im Betrieb. Auch das Kennenlernen des gleichberechtigten Mitwirkens der Lehrlinge bei der Gestaltung ihrer beruflichen Bildung, des Tätigseins der jungen Mitglieder des FDGB und der Rechte und Förderung der Jugend im Betrieb vermittelten wichtige Informationen über die Arbeit der Betriebsgewerkschaftsorganisation.

Die Vertreter der DGB-Jugend hatten auch die Möglichkeit, an der Jugend-schule des Bundesvorstandes des FDGB in Dresden-Radebeul die Ausbildung junger Gewerkschaftsfunktionäre kennenzulernen. Der Leiter der Dele-

Loderer: DDR erfolgreich

Unmittelbar nach der Rückkehr von der Studienreise in die DDR veranstaltete der Vorstand der IG Metall am 23. November in Frankfurt am Main eine gut besuchte Pressekonferenz. Neben der vereinbarten Pressemitteilung gab der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer einen ausführlichen Bericht über seine Eindrücke von der sozialistischen DDR. Einleitend zeigte er sich beeindruckt von den großen Aufbauleistungen der Bevölkerung.

Die Studienreise in die DDR sei einerseits erst durch den Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR möglich geworden, und andererseits habe sie dazu gedient, diesen und die anderen internationalen Verträge im Interesse von Frieden und Entspannung mit Leben zu erfüllen. Die Delegation sei davon ausgegangen, daß es zwei deutsche Staaten gebe.

Ausführlich schilderte Loderer die bei Betriebsbesuchen und Gesprächen mit Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären gewonnenen Eindrücke über die Arbeit der IG Metall im FDGB: die Gewerkschaften in der DDR seien fest mit dem Staat und der SED verbunden, bemühten sich aber zugleich, ihr eigenes Profil zu verstärken. Das belegte der

gation der DGB-Jugend, Bundesjugendsekretär Walter Haas, sprach vor den jungen Gewerkschaftern der Schule über die Arbeit der DGB-Jugend unter kapitalistischen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Großes Interesse fand der Besuch der XVI. Zentralen Messe der Meister von morgen in Leipzig — einer wissenschaftlich-technischen Lehr- und Leistungsschau der Jugend der DDR, die vom FDGB mit getragen wird.

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Kollege Herbert Warnke, empfing die Delegationsmitglieder zu einem Gespräch, das in freimütiger und aufgeschlossener Atmosphäre verlief.

Im Ergebnis des Studienaufenthaltes sind sich die Vertreter beider Bundesjugendausschüsse einig, auf der Grundlage von Vereinbarungen ihrer Vorstände die Kontakte fortzusetzen. Die Ergebnisse des Studienaufenthaltes haben gezeigt, daß trotz unterschiedlicher gewerkschaftlicher Aufgaben in verschiedenen Gesellschaftsordnungen der Erfahrungsaustausch nützlich ist. Zur Vertretung der politischen und sozialen Interessen der arbeitenden Jugend ist die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit der jungen Gewerkschafter zur Stärkung der gewerkschaftlichen Solidarität mit dem Ziel der Sicherung des Friedens notwendig.

IG-Metall-Vorsitzende u. a. an Hand der Arbeit des FDGB bei der Plandiskussion, der Lohnfindung sowie der Arbeit der Betriebsgewerkschaftsleitungen.

Als besonders positiv stellten Loderer und auch Vorstandsmitglied Georg Benz die berufliche Bildung in der DDR heraus. In der beruflichen Bildung liege „die DDR ganz vorn“, habe es zu „außerordentlichen Leistungen“ gebracht und sei „der Bundesrepublik um Jahre voraus“.

Während den auf der Pressekonferenz anwesenden bürgerlichen Journalisten offensichtlich von ihren Chefredakteuren untersagt wurde, über die Ergebnisse der Studienreise des IG-Metall-Vorstandes zu berichten, bemühte sich die Wochenzeitung des DGB, „Welt der Arbeit“ (30. November 1973), in den Bericht von Eugen Loderer einen antikomunistischen Inhalt hineinzulegen. Nach der Devise, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“, wird in dem Artikel versucht, die aus der Zeit des kalten Krieges herrührenden antikomunistischen Klischeevorstellungen über den FDGB zu konservieren. Es bleibt zu hoffen, daß mit einer verstärkten Delegationsarbeit der Gewerkschaften diese alten Kalauer aus der Gewerkschaftspresse verschwinden. W.P./G.M.

Franz Woschech

Wieder hat der Tod einen bewährten Gewerkschafter mitten aus der aktiven Arbeit gerissen. Im Alter von nur 54 Jahren starb am 24. November Franz Woschech, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, an den Folgen einer plötzlichen schweren Erkrankung. Woschech leitete im Vorstand die Abteilungen Jugend, Kulturpolitik, Organisation und Verwaltung.

Der Verstorbene hat sich als einer der aktivsten und entschiedensten Verfechter gewerkschaftlicher Belange bei der organisierten Arbeiterschaft einen guten Namen gemacht. Seine gewerkschaftliche Mitarbeit begann 1946 in der Jugend- und Bildungsarbeit, der er sich seitdem besonders verbunden fühlte.

Woschech wurde 1956 zum hauptamtlichen Sekretär beim DGB berufen und war bis 1959 in der Bundesvorstandsverwaltung tätig, danach als Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Zugleich war er Mitglied des Hauptvorstandes der GEW. Der 8. Bundeskongress des DGB 1969 in München wählte ihn zum Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes.

PERSONALIEN

Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, wurde auf dem 15. ordentlichen Kongress der Internationalen Föderation von Chemie- und Fabrikarbeitern (ICF) als deren Präsident wiedergewählt. Der ICF-Kongress fand Mitte November 1973 in Genf statt.

Dr. Michael Kittner, Justitiar der IG Metall, wurde vom Vorstand dieser Industriegewerkschaft zum ehrenamtlichen Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung bestellt. Diese Neubenennung wurde durch den Tod von **Dr. Fritz Opel** erforderlich.

Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, wurde kürzlich auf dem Kongress der Internationalen Graphischen Föderation (IGF) zu einem der beiden Vizepräsidenten gewählt. Als Präsident wurde der Engländer **John Bonfield** wiedergewählt.

Egon Schäfer, bisher Bezirkssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik in Hessen, wurde zum neuen Bezirksleiter gewählt. Er tritt die Nachfolge des langjährigen hessischen Bezirksleiters der IG Chemie, **Franz Fabian**, an, der aus Gesundheitsgründen ausgeschieden ist.

Kein soziales Mietrecht ohne sozialen Mietpreis

Die Fraktionen der SPD und FDP haben zu dem Entwurf der Bundesregierung für eine Novelle zum Wohnungsgeldgesetz (s. „Geplante Wohnungverbesserung ist selbst verbesserungswürdig“ NA Nr. 10/73) ergänzende Anträge vorgelegt. Inzwischen ist die Novelle mit diesen Verbesserungen vom Bundestag beschlossen worden. Es werden jetzt zum 1. Januar 1974 nicht nur die Obergrenzen für die zuschufähige Miete oder Belastung, sondern auch die Einkommensgrenzen und der allgemeine Einkommensfreibetrag erhöht. Die Mietobergrenzen wurden um rund 20 Prozent, der allgemeine Freibetrag für das anzurechnende Bruttoeinkommen von 20 auf 30 Prozent heraufgesetzt.

So begrüßenswert die Verbesserungen sind, den Erfordernissen eines wirklichen sozialen Miet- und Wohnrechtes werden sie nicht gerecht. Die Wohnungsnovelle wird nicht alle seit Januar 1971, dem Inkrafttreten des 2. Wohnungsgeldgesetzes, erfolgten Kürzungen der Mietzuschläge rückgängig machen — geschweige denn einen vollen Ausgleich für die in diesen knapp drei Jahren rasant gestiegenen Mieten bringen. Die beabsichtigte Aufstockung der Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau bleibt weit hinter der

Entwicklung der sogenannten Sozialmieten des nur in seiner Anfangszeit sozialen Wohnungsbaus zurück.

Vor allem aber werden die Kernfragen eines sozialen Miet- und Wohnrechtes von den Bundestagsparteien nicht angepackt. Dazu gehörte nämlich der Stopp jeder weiteren Mieterhöhung und die Herabsetzung der schon seit Jahren überhöhten Mieten, die gesetzliche Fixierung eines Dauermieter-Kündigungsschutzes über den 31. Dezember 1974 hinaus und die stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu Mieten, die auch wirklich sozial sind.

Von den Rentnerhaushalten erhielt 1972 rund ein Drittel einen Mietzuschuß nach dem Wohnungsgeldgesetz, von den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittleren Einkommen (im Durchschnitt 1573 DM ausgabefähiges Einkommen im Monat) nur 7 Prozent. Nur eine Minderheit der Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte hat also von der Wohnungverbesserung einen Nutzen. Bei dem von den Gewerkschaften geforderten sozialen Miet- und Wohnrecht geht es um mehr soziale Sicherheit für alle Beschäftigten.

A. B.

Kindergeld sofort erhöhen

Die Bundesregierung hält an ihrer Absicht fest, die schon 1969 in der ersten Regierungserklärung angekündigte Reform des Kindergeldrechtes nur mit der Steuerreform gekoppelt durchzuführen. Nach den neuen Steuerreformplänen wird diese Reform 1975 erfolgen. Für 1974 soll wieder nur die Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld erhöht, das Kindergeld selbst aber nicht verbessert werden.

Auch für 1974 wird es dabei bleiben, daß nach dem Bundeskindergeldgesetz für das erste Kind kein Kindergeld bezahlt wird und für zweite Kinder nur 25 DM, wobei auch das noch nicht einmal für alle Zweitkinder der Fall ist. Das Bundeskindergeldgesetz ist seit 1964 in Kraft. Die inflationäre Teuerung in diesen rund 10 Jahren hat in besonderem Maße die Familien mit Kindern hart getroffen. Das Kindergeld aber ist in diesen Jahren, von einer einmaligen Erhöhung des Drittkindergeldes um 10 DM abgesehen, nicht erhöht worden. Nun endlich soll nach den Beschlüssen der Bundesregierung bei Wegfall der

Steuervergünstigung für Kinder ab 1975 das Kindergeld fürs erste Kind 50 DM, für zweite Kinder 70 und für die dritten und weiteren Kinder je 120 DM betragen. Das ist zwar mehr als zur Zeit gezahlt wird. Berücksichtigt man jedoch die tatsächlichen Lebenshaltungskosten für Kinder, so sind besonders die für die ersten und zweiten Kinder geplanten Sätze zu niedrig. Der DGB forderte für diese Kinder schon 1963 ein Kindergeld von 40 und 50 DM. Inzwischen sind aber die Lebenshaltungskosten für die Kinder um weit mehr als 10 oder 20 DM gestiegen.

Gefordert werden muß aber auch die Dynamisierung des Kindergeldes und die jährliche Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten sowie der übrigen Einkommen. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Preise und Mieten steigen, das Kindergeld aber stagniert. Vor allem muß das Kindergeld sofort erhöht werden, denn jede weitere Verzögerung der längst fälligen Reform wäre neues soziales Unrecht.

Bö.

Auch bei der 17. Rentenanpassung: Rentenniveau unter 50 Prozent

Die Bundesregierung hat den Entwurf des 17. Rentenanpassungsgesetzes beschlossen und den Rentenanpassungsbericht 1974 vorgelegt. Mit der 17. Rentenanpassung sollen 10,7 Millionen Renten der Rentenversicherung zum 1. Juli 1974 um 11,2 Prozent und etwa eine Million Unfallrenten zum 1. Januar 1975 um 11,6 Prozent angehoben werden. Erstmals sind in die dynamische Rentenanpassung auch die 585 000 Altersgelder- und Landabgaberenten der Landwirte einbezogen, die zum 1. Januar 1975 um 11,2 Prozent erhöht werden sollen.

Mit 11,2 Prozent werden die Sozialrenten zum 1. Juli nächsten Jahres der Steigerung der durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienste aller Arbeiter und Angestellten der Jahre 1970 bis 1972 gegenüber 1969 bis 1971 angepaßt. Die Anpassung der Renten folgt damit der Entwicklung der Arbeitsverdienste mit einem Rückstand von dreieinhalb Jahren. Nach der 17. Anpassung werden die Sozialrenten gegenüber ihrem Stand vom Jahre 1957 um 247,4 Prozent höher liegen. Mit der Entwicklung der Wirtschaft haben sie jedoch bei weitem nicht Schritt gehalten: Schon 1972 war das in der Bundesrepublik erzeugte Sozialprodukt 287,6 Prozent größer als das des Jahres 1957.

Nach dem Rentenanpassungsbericht 1974 zahlt die gesetzliche Rentenversicherung etwa 10,7 Millionen Renten, davon fast 70 Prozent aus der Rentenversicherung der Arbeiter, ein knappes Viertel aus der Angestelltenversicherung und nicht ganz 7 Prozent aus der knappschaftlichen Rentenversicherung. Die durchschnittliche Höhe der Rente beträgt zur Zeit:

Versicherten-Witwenrenten		
Rentenversicherung der Arbeiter	433,—	350,40
Angestelltenversicherung	709,80	510,—
Knappschaft	843,60	500,30

Die Anpassung um 11,2 Prozent bedeutet für die Rentner eine durchschnittliche Erhöhung bei den Versicherten- bzw. Witwenrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter um 48,50 bzw. 39,20 DM. In der Angestelltenversicherung beträgt die Erhöhung 79,50 bzw. 57,10 DM und in der knappschaftlichen Rentenversicherung 94,50 bzw. 56 DM.

Die Rentnerhaushalte sind bekanntlich von der anhaltenden Teuerung am härtesten betroffen. Für viele bringt die Anpassung um 11,2 Prozent nicht einmal einen vollen Ausgleich der letzten Mieterhöhung, die bei den von der öffentlichen Hand finanzierten Sozialwohnungen im Einzelfall bis zu 100 DM im Monat ausmachte.

Am schlechtesten kommen bei den nur prozentualen Anpassungen die Bezieher kleiner Renten weg. Von den 9,3 Millionen Versicherten- und Witwenrenten der Arbeiter- und Angestelltenversicherung lagen zu Beginn dieses Jahres immer noch 42,5 Prozent unter 300 DM im Monat.

Auch nach der 17. Rentenanpassung wird das Rentenniveau, die durchschnittliche Höhe einer Versichertenrente nach 40 Versicherungsjahren, im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttoarbeitsverdienst immer noch erheblich weniger als 50 Prozent betragen. Das jetzt bei 41,7 Prozent liegende Rentenniveau wird im nächsten Jahr nur geringfügig auf 42,7 Prozent verbessert werden. Demgegenüber fordert der DGB eine Rente, die nach einem erfüllten Arbeitsleben 75 Prozent des erreichten Arbeitsverdienstes betragen soll.

Trauriger Rekord

Mit jährlich rund 2,5 Millionen Arbeitsunfällen — davon über 6000 mit tödlichem Ausgang — und Berufserkrankungen steht die Bundesrepublik nach wie vor an der Spitze der westlichen Industriestaaten. Das wurde auf einer Tagung der IG Metall über Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz, die Mitte November in München stattfand, bekanntgegeben. Nach amtlichen Unterlagen ereignet sich „alle 13 Sekunden ein Arbeitsunfall, alle sieben Minuten ein schwerer, entschädigter Arbeitsunfall und alle zwei Stunden ein tödlicher Arbeitsunfall“.

Die Unfallkosten einschließlich der Folgekosten betragen über 10 Milliarden DM pro Jahr. Als besorgniserregend wird bei den Berufskrankheiten die sprunghafte Zunahme der Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit bezeichnet, die im wachsenden Maße zur Frühinvalidität führe.

Bemerkenswert ist noch folgendes: Obwohl es 1972 die flexible Altersrente noch nicht gab, wurden in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 61,8 Prozent aller neuzugegangenen Versichertenrenten vor Vollendung des 65. Lebensjahres bewilligt. Das bestätigt die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderung nach Herabsetzung der Altersgrenze.

Die 17. Rentenanpassung verursacht in der Rentenversicherung für das erste Jahr Mehraufwendungen von nahezu 8 Milliarden DM. Nur 612 Millionen DM für die knappschaftliche Rentenversicherung gehen davon zu Lasten des Bundeshaushaltes. In der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten werden die rund 7,4 Milliarden DM Mehraufwendungen voll aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten finanziert.

Trotz dieser Mehrbelastungen soll nach den Vorausberechnungen des Rentenanpassungsberichtes die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten im nächsten Jahr mit fast 6 Milliarden DM ihren bisher höchsten Überschuß erzielen. Dabei betragen die Erstattungszahlungen und Zuschüsse des Bundes im Jahre 1972 nur 15,7 Prozent der Gesamtausgaben. 1957 waren es immerhin noch 51 Prozent. Der Anteil des Staates an der Rentenfinanzierung beträgt also nicht einmal die Hälfte dessen, was der Deutsche Gewerkschaftsbund gefordert hat: nämlich 30 Prozent.

Die Vorausberechnungen über die finanzielle Entwicklung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sind fortgeschrieben bis 1988. Danach ist die Finanzierung der jährlichen Rentenanpassungen bei gleichbleibendem Beitragssatz für die nächsten ein- und einhalb Jahrzehnte gesichert. Ende 1988 soll die Rücklage mit rund 65 Milliarden DM sogar ihren zweiten Höchststand erreichen. Diese Vorausberechnung basiert allerdings auf der Annahme einer stetigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung. Jeder — wenn auch nur geringfügiger — Einbruch in die Konjunktur- und Beschäftigungslage wirft diese Vorausberechnung über den Haufen.

Wie unsicher diese Vorausberechnungen sind, zeigt ein Vergleich der jetzigen mit den vor nur einem halben Jahr veröffentlichten Vorausberechnungen im Rentenanpassungsbericht 1973. Vor einem halben Jahr wurde z. B. für das Jahr 1975 ein Überschuß von knapp 1,7 Milliarden DM vorausgerechnet, jetzt von fast 4,5 Milliarden DM, also fast das Dreifache. Für Ende 1980 wurden die Rücklagen der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten vor einem halben Jahr mit 34,6 Milliarden DM vorausgesagt — jetzt sollen es 54,4 Milliarden DM werden.

A. Böppe

Kongreß im Geiste der Einheit und Solidarität

Vom 15. bis 22. Oktober 1973 fand in Warna (Bulgarien) der VIII. Weltgewerkschaftskongreß statt. Unser Mitarbeiter Claus Friedrich, der sich mit dem in Nr. 11/73 veröffentlichten Bericht direkt vom Kongreßort gemeldet hatte, schrieb uns folgenden Artikel über die Ergebnisse des Kongresses:

Über 70 Namen nennt die Liste der Redner, die im Palast für Sport und Kultur in Warna (Bulgarien) an das Pult getreten sind, um sich zu Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung zu äußern. Der Kongreß traf rund 20 Entscheidungen über Dokumente und Entschlüsse, wovon als die drei wichtigsten das Orientierungsdokument, die Charta der gewerkschaftlichen Rechte und der ökonomischen und sozialen Forderungen der Werktätigen der kapitalistischen Länder sowie der Appell an die Werktätigen der Welt und an ihre Gewerkschaften anzusehen sind. Die darin enthaltenen Aussagen werden nicht nur von den 57 Mitgliedsorganisationen des WGB getragen, sondern auch von den 113 dem WGB nicht angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen, die auf dem Kongreß vertreten waren und sich als Gäste oder Beobachter an seiner Arbeit beteiligten.

Von den 280 Millionen Gewerkschaftern, die auf der Erde gezählt werden, hatten mithin 210 Millionen ihre Vertreter in Warna. Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt gegenüber dem VII. Weltgewerkschaftskongreß vor vier Jahren in Budapest, auf dem 46 Nichtmitgliedsorganisationen präsent waren. Erstmals war der Weltverband der Arbeitnehmer (WVA – ehemalige christliche Gewerkschaftsinternationale) offiziell auf einem Weltgewerkschaftskongreß anwesend. Die andere internationale Gewerkschaftszentrale, der IBFG, war ferngeblieben.

Heinz Oskar Vetter vom DGB, der, wie von informierter Seite in Warna zu hören war, ebenfalls eine persönliche Einladung erhalten hatte, war ihr ausgewichen und hatte sie an den IBFG weitergeleitet. Das ist ein Widerspruch zu seinen Bekenntnissen zur internationalen Zusammenarbeit, die andererseits von ihm zu hören sind. Dennoch muß abermals unterstrichen werden, daß die Breite und die Vielseitigkeit des Dialogs, die auf diesem Kongreß erreicht wurden, bisher beispiellos waren. Mit Recht konnte WGB-Generalsekretär Pierre Gensous unter Hinweis auf das Übergewicht der auf dem Kongreß vertretenen Nichtmitglieder des WGB fragen: Welche andere Organisation als der WGB ist imstande, die Wahl ihrer grundlegenden Orientierung einem so breiten Forum zu unterwerfen?

Gensous nannte Warna einen Kongreß der Öffnung – diese so verstanden, daß es um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisationen und internationalen Gewerkschaftszentren außerhalb des WGB im Geiste der Toleranz und Verständigung, zugleich auf der Basis des Klassenkampfes und einer klaren antiimperialistischen Haltung geht. Keine Kompromisse werde es mit Imperialisten und Ausbeutern geben.

Man kann sagen, daß der Kongreß einen besonderen Beitrag leistete, um die objektiven Gründe für die Notwendigkeit weltweiter einheitlicher Gewerkschaftsaktionen herauszuarbeiten. Wenn Frieden und Entspannung wohl selbstverständlich die Gewerkschafter auf ihrer Seite haben, so erscheint es angesichts des sich gegenwärtig vollziehenden Prozesses in Richtung auf die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in der Tat, wie viele Diskussionsredner unterstrichen, mehr als anachronistisch, die Rückwirkungen des „kalten Krieges“ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu konservieren. Ihre Überwindung wurde vielmehr als desto notwendiger angesehen, weil andererseits an Hand der aktuellen Ereignisse – Chile, Naher Osten – sichtbar wird, daß das einheitliche Engagement aller Gewerkschaftsorganisationen notwendige Kom-

Solidaritätsfonds für Haus der Arbeiterkonferenzen

Das dänische Landeskomitee der Arbeiterkonferenzen will einen Solidaritätsfonds für den weiteren Ausbau des Hauses der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock-Gehlsdorf ins Leben rufen. Das wurde auf einer Tagung des dänischen Komitees bekannt. Eine Reihe von Gewerkschaften haben schon Mittel für eine Ausgestaltung des Gebäudes bereitgestellt.

ponente für die Zurückdrängung des Imperialismus, für die Sicherung des Erreichten, für den Ausbau aller Friedenspositionen in der Welt ist, die so schwer errungen wurden.

Die Analyse der ökonomischen und sozialökonomischen Lage der imperialistischen Welt ließ den Kongreß besonders bei der wachsenden Rolle der multinationalen Konzerne verweilen, die die Arbeiterklasse und die Völker sowohl in den entwickelten Ländern des Kapitalismus wie in den ökonomisch unterentwickelten Regionen – Afrika, Lateinamerika – bedrohen.

Die multinationalen Gesellschaften bedeuten objektiv die Notwendigkeit der erstarkenden Tendenz einer Internationalisierung der gewerkschaftlichen Aktion. Gensous: „Alles drängt dazu und wird immer stärker dazu drängen, die Aktionen hinsichtlich ihrer Internationalisierung auf eine höhere Ebene zu bringen. Internationale Einheit und Solidarität der Werktätigen stehen jetzt erst recht auf der Tagesordnung. Wir sind der Ansicht, daß die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Aktion gegen die multinationalen Gesellschaften zurückgeblieben ist. Die Ursache für dieses Zurückbleiben ist die fehlende Aktions-einheit.“

Zu diesem bedeutenden Thema sagte Wolfgang Beyreuther, der Leiter der FDGB-Delegation, in Warna: „Heute wächst unter den Mitgliedern aller Gewerkschaften der Wille zu einheitlich geführten Aktionen. Die sich entwickelnden realistischen Auffassungen in den Führungen mancher IBFG-Gewerkschaften beginnen sich auch in ihrer Haltung zu Gewerkschaften sozialistischer Länder und anderer Mitgliedsorganisationen des WGB widerzuspiegeln. Sie finden jedoch bei leitenden Funktionären des IBFG noch ungenügenden Widerhall, weil dort antikomunistische Positionen Fortschritte in dieser Richtung erschweren.“

In seinem Appell nannte der VIII. Kongreß eine Reihe von Punkten, die als eine für alle annehmbare Plattform für gemeinsame Aktionen dienen könnten. Dabei stehen das gemeinsame Wirken für Frieden und Abrüstung neben dem gemeinsamen Auftreten gegen die multinationalen Monopole auf einem vorderen Platz. Als Ziele gemeinsamer Aktionen werden auch genannt: Erringung, Verteidigung und Erweiterung gewerkschaftlicher Rechte und der demokratischen Rechte der Werktätigen im Betrieb, die Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des sozialen Fortschritts, das Auftreten gegen die Apartheid-Politik und gegen faschistische Regimes und das gewerkschaftliche Wirken für den Umweltschutz. (Nebenstehend wichtige Punkte des Appells.)

Erwartungen wurden auch in das für 1974 geplante Treffen aller europä-

schen Gewerkschaftszentralen gesetzt, dem eine für Januar 1974 geplante gewerkschaftliche Begegnung aus Anlaß der 2. Europäischen Regionalkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf vorausgeht. Die drei internationalen Gewerkschaftszentren – WGB, IBFG und WVA – sollen hier schon nach Meinung vieler Redner in Warna Ansichten austauschen, gemeinsam arbeiten, um die Forderungen der Werktätigen Europas vorzutragen. Ein wichtiges Merkmal des VIII. Kongresses lag gewiß darin, und dies auch nach dem Urteil anderer kompetenter Beobachter, daß die sozialistische Welt und ihre Gewerkschaften in den Äußerungen der Redner, und zwar primär in den Ausführungen von namhaften Gewerkschaftsführern entwickelter kapitalistischer Länder, besonders „gewichtet“ wurden.

Sicherlich ist die allgemeine Erklärung dafür richtig, daß diese Erscheinung eben der Haupttendenz der gegenwärtigen Entwicklung entspricht, der Wende vom „kalten Krieg“ zur Entspannung, die auch auf dem Kongreß wesentlich auf die Initiative der sozialistischen Staaten zurückgeführt wurde, insbesondere auf das Friedensprogramm der UdSSR. Nicht allein aus Höflichkeitsgründen spendete der so vielschichtig zusammengesetzte Kongreß dem Grußschreiben des KPdSU-Generalsekretärs Breschnew einen so bemerkenswert starken Beifall.

Wenn sich in den Äußerungen der Delegierten aus den nichtsozialistischen Ländern sozusagen der Stellenwert des Sozialismus und der der Gewerkschaften sozialistischer Länder so auffällig nach vorn verschoben hat, dann lieferte der WGB-Generalsekretär dafür einen wichtigen ergänzenden Hinweis, als er nämlich einen Zusammenhang herstellte zum Anwachsen der Streik-kämpfe in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Sie haben nach seinen Worten zu einem größeren Verständnis bei den Werktätigen für die tiefere Ursache der Schwierigkeiten geführt, denen sie ausgesetzt sind: der Herrschaft der Monopole. Gensous: „Daraus erklärt sich die immer stärker werdende Stellungnahme zugunsten der Errichtung eines anderen gesellschaftlichen Typs: des Sozialismus.“

Gensous, der bei der Darstellung der Lage in den Ländern des Sozialismus besonders die dort 1971 und 1972 erreichte Erhöhung der Realeinkommen und die zu verzeichnende Preisstabilität hervorhob, ließ sich durchaus nicht zur Schönfärberei herbei. „Gewiß, wir sagen nicht, daß alles ideal ist und daß es keine Schwierigkeiten und Irrtümer gibt. Es gibt sie, und die Gewerkschaften der sozialistischen Länder erkennen sie und bemühen sich, sie zu überwinden, aber die bestimmende Tendenz, die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, bleibt bestehen.“

Aus dem Appell des VIII. WGB-Kongresses

Der VIII. Weltgewerkschaftskongreß wendet sich an die ganze Gewerkschaftsbewegung und an die internationalen Gewerkschaftszentralen – den IBFG und WVA – und schlagen ihnen vor, einen konkreten Dialog über die Herstellung der Zusammenarbeit zwischen allen Gewerkschaften zu beginnen. Es handelt sich insbesondere um die Organisation der Zusammenarbeit im Kampf

- gegen die Ausbeutungspolitik der nationalen Monopole und multinationalen Gesellschaften des Imperialismus;
- gegen die negativen Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Krise des kapitalistischen Währungssystems auf die Werktätigen;
- für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz;
- für die Verteidigung und Erweiterung der Freiheiten und der gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte;
- für den Weltfrieden, gegen den Krieg, für die Abrüstung und das Verbot der Anwendung von Kernwaffen;
- für die Beendigung der israelischen Aggression, für den Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten, für eine politische Regelung im Nahen Osten auf der Grundlage der Anerkennung der legitimen Rechte aller Staaten

Er fügte hinzu, daß die Gewerkschaften der sozialistischen Länder über Rechte, Möglichkeiten, Verantwortung und Freiheit verfügen, wie sie anderswo unbekannt sind, und machte einen interessanten Vorschlag: Alle, die den ehrlichen Wunsch haben, die gewerkschaftlichen Realitäten der sozialistischen Länder kennenzulernen, sollten diese an Ort und Stelle studieren. Man solle – dies an die Adresse des IBFG und des WVA gerichtet – gemeinsam mit dem WGB ein internationales Gewerkschaftskolloquium über die Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften und Werktätigen im Betrieb und in der Gesellschaft in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern organisieren.

Der NACHRICHTEN-Korrespondent hatte Gelegenheit, in Warna mit Georges Seguy, dem Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), der stärksten gewerkschaftlichen Orga-

und aller Völker dieser Region, insbesondere des arabischen Volkes von Palästina;

- für einen vollständigen und dauerhaften Frieden in ganz Indochina;
- für die Unterstützung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau in ihrem Kampf für die volle Befreiung des Landes;
- gegen die faschistische Diktatur der Militärjunta in Chile und für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten;
- für die endgültige Beseitigung des Kolonialismus in allen Ländern und ganz besonders in Mocambique, Angola, Französisch-Somaliland und gegen die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus über das Volk von Puerto Rico;
- für die Beseitigung des schändlichen Rassistenregimes der Apartheid in Südafrika, Zimbabwe und Namibia sowie anderen Ländern;
- gegen die faschistischen Diktaturregime in Griechenland, Spanien, Portugal, Brasilien, Paraguay und Haiti;
- für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung Koreas;
- gegen Neokolonialismus, für das Recht jedes Landes, frei über seine Bodenschätze zu verfügen und das gesellschaftliche und politische Regime nach seiner Wahl in Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität zu errichten.

nisation Frankreichs, über diesen Vorschlag zu reden. Seguy meinte: „Man spricht im Westen oft von den Gewerkschaften der sozialistischen Länder als Zentralen, die von den politischen Parteien, die die Macht ausüben, oder von den Anordnungen des Staates abhängig seien. Wir haben in Frankreich immer erklärt, daß die Gewerkschaften der sozialistischen Länder unter Klassenpositionen, die die ihren sind, an der politischen Macht teilnehmen und dabei eine reiche Erfahrung erworben haben. Deshalb sind wir dafür, daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Gewerkschaften der sozialistischen Länder und die der Gewerkschaften der kapitalistischen Länder einmal einander gegenübergestellt werden. Wir meinen, daß dies für Europa eine wichtige Frage ist zu einem Zeitpunkt, da auf dem Kontinent der gewerkschaftliche Meinungsaustausch hergestellt wird, der nur für jeden von Vorteil sein kann.“

Größtes Wohnungsbauprogramm der DDR beschlossen

Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Holz der DDR beriet auf seiner 6. Tagung am 9. und 10. Oktober 1973 über die gewerkschaftlichen Aufgaben im Wohnungsbau. Bestimmend für den Inhalt der Rede des Gewerkschaftsvorsitzenden von Bau-Holz, Lothar Lindner, war das auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees der SED beschlossene Wohnungsbauprogramm für die Zeit von 1976 bis 1990. Das Ziel der DDR besteht darin, die Wohnungsfrage in diesem Zeitraum zu lösen.

Lothar Lindner betonte, daß bei der Vorbereitung und Verwirklichung dieses langfristigen Planes die Bauschaffenden und die Beschäftigten der Holz- und Kulturwarenindustrie eine große Verantwortung tragen. Das Wohnungsbauprogramm, so erklärte er weiter, beinhaltet eine umfassende sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, es garantiere die planmäßige proportionale Entwicklung der materiell-technischen Basis und sichere bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bauarbeiter und auf den Baustellen und in den Baubetrieben.

Das Bestreben müsse darauf gerichtet sein, alle von 1976 bis 1990 zu bauenden bzw. zu modernisierenden 750 000 Wohnungseinheiten für rund 2,1 Millionen Bürger sowie die umfangreichen Gemeinschaftseinrichtungen z.B. 14 000 bis 16 000 Feierabendplätze termingerecht fertigzustellen. Diese 750 000 Wohnungseinheiten entsprechen etwa dem gesamten Wohnungsbestand der Bezirke Potsdam, Cottbus und Schwerin.

Bekanntlich hatte der VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 den Beschluß gefaßt, im Fünfjahrplan von 1971 bis 1975 eine halbe Million Wohnungen neu- um- bzw. auszubauen. Bis zur Halbzeit konnten die Wohnungsbauer an rund 900 000 Bürger 276 434 moderne Wohnungen übergeben. Das sind 55,2 Prozent des Gesamtzieles des Fünfjahrplanes.

Diese Fortschritte im Wohnungsbau finden viel Freude bei der gesamten Bevölkerung. Die guten Ergebnisse dürften aber kein Ruhekitzen sein. Das ging eindeutig aus dem Referat und der Diskussion auf der Zentralvorstandssitzung hervor. Die grundlegende Aufgabe für alle Gewerkschaftsleitungen und Vorstände der IG Bau-Holz bestehe jetzt darin, sagte Lothar Lindner weiter, das Wohnungsbauprogramm allen Bauschaffenden zu erläutern und sie für die aktive Mitwirkung zu gewinnen. Dabei sollten die Erfahrungen

der Besten wie der Kollektive der Wohnungsbaukombinate Erfurt, Potsdam und Neubrandenburg genutzt werden.

Auf diese Weise müsse ein entscheidender Kampf geführt werden, um Niveauunterschiede zwischen den Kombinat zu überwinden. Notwendig sei auch der sparsame Einsatz von Baumaterialien und die termingerechte Zulieferung von Betonfertigteilen, kleinformigen Wandbaustoffen und Elementen des Innenausbaus. Dadurch seien Reserven zur erforderlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität um jährlich 5 Prozent zu erschließen.

Auf der Tagung sprachen 21 Diskussionsredner. Sie berichteten über Verpflichtungen zur Erfüllung des Planes als Beitrag für die weitere Stärkung der DDR und die Erhaltung des Friedens, denn „nur im Frieden können wir mit allen unseren Kräften und Kenntnissen kontinuierlich am Wohnungsbauprogramm arbeiten“, schlußfolgerte das Zentralvorstandsmitglied, Dr. Iris Geund, Chefarchitektin von Neubrandenburg.

Die Diskussionsredner betonten, daß die Wohnungsfrage in erster Linie durch den Klassencharakter der sozialistischen Gesellschaft und durch die auf das Wohl des Volkes gerichtete Arbeiterpolitik bestimmt wird. Denn von jeher war der Kampf der Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung, gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung verbunden mit dem Ringen, menschenwürdige Wohnbedingungen für die Arbeiter und alle Werktätigen zu schaffen. Das Wohnungsbauprogramm der DDR wird dieser Forderung erneut gerecht: 60 Prozent der neu zu bauenden Wohnungen werden weiterhin von Arbeiter- und Angestelltenfamilien bezogen werden.

Die Erfahrungen lehren, daß die Beseitigung des sozialen Unrechts auch auf dem Gebiet der Wohnverhältnisse nur nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse möglich ist und erst im entwickelten Sozialismus grundlegend erfolgen kann. Beweis dafür sind die 200 Mrd. Mark, die in den nächsten

15 Jahren aus dem Nationaleinkommen der DDR für den Wohnungsbau aufgewendet werden.

Lothar Lindner appellierte an die Bauarbeiter, diese von den Werktätigen erarbeiteten Mittel zum Nutzen aller sparsam einzusetzen und zu verwenden. Sparsamkeit sei dabei keine Tugend der Torheit, sondern eine Tugend der Klugheit. Klug wirtschaften, um Geld für neue Wohnungen zu gewinnen — gestützt auf soziale Sicherheit und Frieden.

Weltkongreß für den Frieden

Vom 25. bis 31. Oktober 1973 fand in Moskau ein „Weltkongreß der Friedenskräfte“ statt. Daran nahmen 3500 Delegierte und Beobachter aus 144 Staaten teil. 89 Vertreter aus der Bundesrepublik Deutschland waren auf dem Weltkongreß anwesend, darunter eine Beobachterdelegation auch der SPD. Hans-Jürgen Wischniewsky vom Parteivorstand der SPD hat die große Bedeutung der Rede von L. Breshnew auf dem Weltkongreß hervorgehoben: „Mit dieser Rede wurde ein Zeichen gesetzt, daß die Entspannungspolitik weitergehen wird.“

Breshnew hatte die Entschlossenheit der Sowjetunion unterstrichen, entgegen allen Kriegsabenteuern der Imperialisten konsequent und gemeinsam mit allen friedliebenden Völkern örtliche Kriegsherde auszutreten, den Frieden in aller Welt sicherer zu machen und die Menschheit Schritt um Schritt von der Last der Rüstungen zu befreien. Der Weltkongreß nahm einen „Appell an die Völker“ an, in dem gefordert wird:

Anerkennung und Durchsetzung der Grundsätze friedlicher Koexistenz, internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten; allgemeine und vollständige Abrüstung, Beseitigung aller militärischen Stützpunkte und Militärbündnisse; Verbot von Einsatz, Herstellung und Erprobung nuklearer Waffen; Beendigung aller Formen der Aggression und des gewaltsamen Gebietserwerbs; Verwendung der Rüstungsmittel zur Bekämpfung von Armut, Unwissenheit und Krankheit; Beseitigung von Ungerechtigkeiten und wirksamer Schutz der Menschenrechte; das Recht aller Völker, selbst über ihre Naturreichtümer zu verfügen und nach eigenem Ermessen Reformen durchzuführen; Durchsetzung der für die Sicherung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit erforderlichen UNO-Beschlüsse. J. L.

Max Reimann: „Entscheidungen . . .“

Max Reimann: „Entscheidungen 1945–1956“, 228 Seiten, 9,50 DM, Verlag Marxistische Blätter.

Ein international anerkannter Arbeiterführer wurde am 31. Oktober 1973 75 Jahre: Max Reimann, jetzt Ehrenpräsident der DKP und Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums der DKP. Max Reimann, ein Bergarbeiter, war seit 1918 aktiv und mit allen Phasen der Arbeiterbewegung in Deutschland verbunden. Bei der Gründung der KPD, beim Kampf gegen die Kapp-Putschisten, den Streiks der Bergarbeiter, den Aktionen der Arbeitslosen in der Weimarer Republik. Er war Kampfgefährte Ernst Thälmanns, Wilhelm Florins, Mathias Thesens, Wilhelm Piecks und hat seinen Beitrag zur Entwicklung einer aktiven Gewerkschafts- und Arbeiterpolitik geleistet. In dem Gratulationsschreiben von Verlag und Redaktion der NACHRICHTEN stellten wir darum fest: „Max Reimann blieb immer ein Arbeiter unter Arbeitern.“

Rechtzeitig zu seinem 75. Geburtstag ist von ihm ein Buch erschienen, das ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung seit 1945 lebendig macht. Die Forderungen der KPD in den ersten Jahren nach 1945 werden ins rechte Licht gerückt. Heute, nach fast 30 Jahren, kann jeder feststellen, wie sehr die Kommunisten an der Grundlinie ihrer Forderung nach demokratischer Umgestaltung der Gesellschaft, in der wir leben, festgehalten haben.

Das Buch enthält Tatsachen und Erfahrungen, die heute nicht nur weiterhin aktuell sind, sondern auch wertvolle Hinweise und Anregungen, was heute unter anderen geschichtlichen Umständen getan werden muß, um zu erreichen, was schon 1945 die Mehrheit des werktätigen Volkes in den von kapitalistischen Besatzungsmächten besetzten Zonen wollte. Es ist ein wertvolles und lesenswertes Buch.

Josef Ledwohn

Verlagsinternes

Vor einigen Wochen beschäftigte sich die der SPD nahestehende Zeitung „Westfälische Rundschau“ mit Paul Harig und seinem vom NACHRICHTEN-Verlag herausgegebenen Buch. Auszüge daraus möchten wir den NACHRICHTEN-Lesern nicht vorenthalten. Das Blatt schreibt u. a.:

„Der Hasper, den sein unermüdlicher Kampf für seine Sache jung erhalten hat, saß den ganzen vergangenen Winter an der Schreibmaschine. Im Haus Gabelsbergerstraße sammelten sich die Manuskripte. Es sollten keine Memoiren werden, will der Kommunist aus Überzeugung sein Buch verstanden wissen. Und doch — es schildert ihn selbst, zeigt auf, was er wollte und immer noch will. Viele Hagener bilden den Rahmen, ein Teil bereits verstorben, aber seine Mitstreiter oder Gegner werden sich wiederfinden, wenn sie das Buch lesen.“

Paul Harig machte es sich nicht leicht, er ist schließlich kein Literat. Aber das, was er schildern wollte, ist verständlich. Keine Lyrik, Erinnerung an die Zeit des Aufbaus . . .

Auf die Idee, dieses Buch zu schreiben, kam Paul Harig, als ihm zu seinem 70.

Geburtstag vom Bevollmächtigten der IG Metall, Werner Schmidt, der Band „75 Jahre Industriegewerkschaft“ überreicht wurde. Dieses Buch, im Inhalt natürlich allgemein gehalten, zwang ihm den Gedanken auf, einmal die Jahre des Wiederaufbaus der Gewerkschaften aus der Sicht des an der Basis Kämpfenden zu schildern. Daß der Kommunist dabei seine politische Richtung vertritt, ist klar. Es bedeutet aber nicht, daß dadurch Wahrheiten verschüttet werden, im Gegenteil: Es ist das Verdienst Paul Harigs, mit diesem Buch vieles wieder aufgefrischt zu haben, was langsam in Vergessenheit zu geraten drohte.“

Soweit die „Westfälische Rundschau“. Was das Buch „Arbeiter — Gewerkschatter — Kommunist“ betrifft, bleibt nichts mehr hinzuzufügen als die Anmerkung, daß diese Schrift 8,— DM kostet und beim Buchhandel oder direkt beim NACHRICHTEN-Verlag bestellt werden kann. Es ist besonders für junge Menschen geeignet, die sich für den Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 interessieren.

Nun haben wir noch ein anderes Anliegen. Wie Sie wahrscheinlich im Impressum gesehen haben, hat unsere Hausdruckerei ihre Produktion von Neumünster nach Neuss verlagert. Auf neuen modernen Maschinen werden nun NACHRICHTEN gesetzt, gedruckt,

die einzelnen Bogen zusammengetragen, geheftet und beschnitten. An diesen modernen Maschinen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen, arbeiten Menschen, die sich erst damit vertraut machen müssen. Und da bleibt es natürlich nicht aus, daß z. B. einige Abonnenten verschnittene Sonderdrucke erhalten haben. Seien Sie bitte nicht böse, wenn auch Sie dazu gehören sollten. Ein Anruf oder eine Postkarte genügt.

Wir hoffen, daß wir im nächsten Jahr die Zeitschrift weiter verbessern können und sich die Zahl unserer Leser in unser aller Interesse weiter erhöht. jaco

„Hexenjagd“?

Nachdem bereits andere Gewerkschaften des DGB Beschlüsse gegen „Linksextreme“ und „Gewerkschaftsfeinde“ gefaßt haben, liegen nunmehr von der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft HBV solche Entscheidungen ihrer Hauptvorstände sowie auch des Beirates der IG Chemie—Papier—Keramik vor. Ausdrücklich als „Linksextreme“ werden die „KPD“, „KPD/ML“, die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ und „Arbeiter-Basisgruppen“ genannt.

Nach diesen Beschlüssen werden Mitglieder der genannten Organisationen ohne ein normales Ausschußverfahren automatisch aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Das ist auf jeden Fall falsch und schädlich und dient nicht der gewerkschaftspolitischen Klärung in der Arbeiterbewegung. Noch bedenklicher ist die Formulierung im Beschluß der DPG, wo es in bezug auf die genannten Organisationen heißt: „... sowie alle anderen Gruppierungen mit gleichen oder ähnlichen Zielsetzungen.“

Noch undeutlicher und damit gefährlicher ist die Feststellung des Beirates der IG Chemie—Papier—Keramik, wo es heißt: „Linksextremistische Aktivitäten und Gewerkschaftsmitglieder sind miteinander unvereinbar.“ Damit wird die Möglichkeit geschaffen, gegen alle vorzugehen, die kritisch auftreten und das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem ablehnen und es verändern wollen. Das aber nutzt nicht den Gewerkschaften, sondern nur jenen, die — wie Strauß, Kohl und die Unternehmerverbände — alle als „linksextrem“ verschreiben, die grundlegende Reformen der Gesellschaft in der BRD anstreben. Das wollen schließlich auch die Gewerkschaften selbst. L.

Terminkalender

- **14. und 15. Februar**
4. Bundesfrauenkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Münster.
- **5. April bis 26. Mai**
Wahl der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung.
- **20. und 21. Mai**
11. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin.
- **2. und 3. Juni (Pfingsten)**
Bundeskonferenz der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Hannover.
- **1. bis 5. September**
7. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten in Wolfsburg.
- **15. bis 21. September**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover.
- **Oktober**
Delegiertentagung der IG Chemie, Papier, Keramik in Nürnberg.
- **13. bis 19. Oktober**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg.
- **19. bis 26. Oktober**
11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg (Termin und Ort mit Vorbehalt).
- **Oktober**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft in Offenburg.
- **November**
Bundesjugendkonferenz des DGB.

Zu guter Letzt

Die „Welt“ am 5. Dezember: „Im größten deutschen Ölhafen Wilhelmshaven floß der Ölstrom auch im November unvermindert.“

Übrigens: Wir haben Ölkrise — und die treibt die Preise.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegen je eine Bestellkarte des Verlages Marxistische Blätter und des NACHRICHTEN-Verlages bei sowie ein Spendenaufruf mit Zahlkarte des Internationalen Vietnam-Komitees.

„Sozialgerechte“ Steuerreform gibt es nur in Wahlreden

Über 61 Milliarden DM zahlen in diesem Jahr die Arbeiter und Angestellten an Lohnsteuer. Fast 14 Prozent des Lohnes bzw. Gehaltes werden ihnen auf diese Weise vom Staat sofort wieder aus der Tasche gezogen, und bis 1977 soll dieser Satz auf nahezu 18 Prozent klettern. Über die Lohnsteuer verteilt der Staat jedes Jahr Milliardenbeträge aus dem Arbeitereinkommen zugunsten einiger Monopole um, führt die Bundesregierung die massivsten Angriffe auf die materielle Lage der Arbeiterklasse.

Gegenüber 1972 erhöht sich die Lohnsteuer in diesem Jahr voraussichtlich um 20 Prozent; ähnliche Wachstumsraten sind auch für die kommenden Jahre vorgesehen. Betrug der Anteil der Lohnsteuer 1972 noch 25,3 Prozent am Gesamtsteueraufkommen, soll er bis 1977 auf 33,8 Prozent ansteigen. Einen immer größeren Teil der Lohn-erhöhungen reißt der Staat somit bereits bei Tarifaabschluss an sich, so daß sich zur Zeit nur noch zwei Drittel aller „Einkommensverbesserungen“ auch tatsächlich in der Lohntüte niederschlagen. Da die Arbeiter und Angestellten auch noch über die Umsatz- und Verbrauchssteuern geschröpft werden, wächst ihre steuerliche Belastung — auf die Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern entfallen dieses Jahr drei Viertel des Gesamtsteueraufkommens — in einem Maße, daß die IG Metall erklärte, es sei mit Streiks zu rechnen, wenn die Bundesregierung sich nicht endlich für eine umfassende Steuerreform entscheide.

Während die Werkstätigen geschröpft werden, verschont die Bundesregierung auf der anderen Seite die Konzerne, denn deren Steueranteil sinkt beziehungsweise stagniert, zumal sich selbst Steigerungszahlen absolut nur wenig bemerkbar machen, da die Unternehmenssteuern nur noch ein Viertel des gesamten Steueraufkommens ausmachen.

Vor den letzten Bundestagswahlen ging die SPD mit dem Versprechen einer „sozial gerechten“ Steuerreform hausieren. Ihre diesbezüglichen Pläne sehen indes alles andere als „sozial gerecht“ aus. Vielmehr versucht die Bundesregierung die „Reformen“ mit einem Angriff auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu koppeln, indem sie sich von der DGB-Führung oder zumindest von den Führungen einzelner Gewerkschaften das (stillschweigende) Zugeständnis zu erkaufen sucht, daß eine Steuerreform bei Lohnforderungen „honoriert“ würde.

Der DGB-Vorsitzende Vetter fühlte sich auch tatsächlich veranlaßt zu äußern, daß eine „soziale Steuerreform“ sich positiv auf die kommenden Tarifrunden auswirken könnte. Dem trat der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leon-

hard Mahlein, entschieden entgegen: „Es ist nicht abzustreiten, daß mit solchen Steuerspielen die Tarifautonomie unterlaufen wird, und dazu können die Gewerkschaften niemals die Hand reichen.“

Die von der Bundesregierung geplante Heraussetzung der Freibeträge und die teilweise Änderung ihrer Berechnung wirken sich sogar nachteilig für viele Lohnsteuerpflichtigen aus. Der Arbeitnehmerfreibetrag soll nicht mehr vom Lohn, sondern mit 20 Prozent von der Lohnsteuerschuld abgezogen werden und an die Stelle der Kinderfreibeträge soll ein höheres Kindergeld treten, wodurch die in diesem Falle im Interesse der Arbeiter wirkende Steuerprogression ausgeschaltet würde. An eine steuerliche Entlastung der Werktätigen zu Lasten der Konzerne ist nicht gedacht, obwohl dies Hauptpunkt der Steuerreform sein müßte, sollte sie den Vorstellungen der Gewerkschafter auch nur halbwegs entsprechen. H. Pahlke

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:

Dr. Werner Petschick, 8 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 8 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postscheckkonto: Frankfurt 305040—608.

Einzelpr. 1,75 DM; Jahresabonnement 20,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co., Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.
Frankfurt am Main